

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pottier_-_Chants_r%C3%A9volutionnaires_-_p166.png

DIE COMMUNE IST NICHT TOT!

die internationale

Ökologie

Resolution zu den Klimakämpfen und COP26, IV. Internationale..... 3

Ein vollständiger Umbau des Verkehrs- und Transportsektors ist unabdingbar, IV. Internationale..... 8

Ökonomie

Wirecard und andere, Paul B. Kleiser..... 14

Covid-19-Pandemie

Zwölf Thesen zur Pandemie, Winfried Wolf..... 19

Corona-Politik im Interesse der Arbeiter*innenklasse, Sascha Staničić..... 24

BRD

Lahmgelegt? BR-Arbeit in der Pandemie, Ein Gespräch mit Betriebsräten..... 28

Gesundheit statt Profit – Für wirksamen Infektionsschutz am Arbeitsplatz! W.A...... 33

inprekorr

Portugal

Ende eines Ausnahmestatus, Fabian Figueiredo..... 35

Niederlande

Die niederländische Sozialistische Partei in der Krise, Alex de Jong..... 41

Dossier

Geostrategie im Nahen Osten, Ein Dossier mit 4 Beiträgen..... 46

Pariser Commune

Die Commune ist nicht tot!, Ernest Mandel..... 52

Die Commune – Staat und Revolution, Daniel Bensaïd..... 55

150 Jahre Rosa Luxemburg

„Sie war und bleibt ein Adler“, Jakob Moneta..... 63

letzte Seite

Ökosozialistische Konferenz der ISO..... 66

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz). *die internationale* erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Winfried Dubois, Jochen Herzog,
Paul B. Kleiser, Björn Mertens, Paul
Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer,
Michael Weis (V.i.S.d.P.)

- Abonnements:
- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
 - Jahresabo: EUR 25,-
 - Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
 - Solidarabo: ab EUR 40,-
 - Sozialabo: EUR 15,-
 - Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
 - Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:
Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
https://sozialismus.ch/

RESOLUTION ZU DEN KLIMAKÄMPFEN UND COP26

Internationales Komitee der IV. Internationale

1 Die hauptsächlich durch den Klimawandel bedingten Extremwetterereignisse mit ihren katastrophalen Folgewirkungen haben sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt und seit dem Jahr 2000 weltweit mehr als 1,2 Millionen Menschenleben gefordert. Rekordhitzesommer in der nördlichen und südlichen Hemisphäre (einschließlich Arktis und Antarktis), tödliche Waldbrände, ungewöhnlich milde und schneefreie Winter in zahlreichen Regionen, Störungen des Monsuns und immer häufigere und schwerere Extremwetterereignisse belegen, dass die Klimakatastrophe voranschreitet. Und zwar immer schneller als prognostiziert, vor allem weil die positive Rückkopplung der Erwärmung unterschätzt wird. Die Mega-Brände in Australien haben die Gefahr deutlich erhöht, dass sich diese Rückkopplungseffekte immer weiter nach oben schrauben und zu einer schnellen und irreversiblen Verschiebung des Klimas führen. Die Folge wäre ein Anstieg des Meeresspiegels um mehrere Meter mit schrecklichen Konsequenzen für Hunderte von Millionen Menschen, vor allem in Asien und Afrika, ganz zu schweigen vom Verschwinden vieler Inselstaaten.

2 Trotz der rasch zunehmenden Bedrohung ist der formale Beschluss des Pariser Klimagipfels (COP21), „die Erwärmung deutlich unter 2 °C zu halten und gleichzeitig die Anstrengungen fortzusetzen, 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau nicht zu überschreiten“, bis heute nicht umgesetzt worden. COP24 (Kattowitz) und COP25 (Madrid), die immer offener von kapitalistischen Investor*innen gesponsert wurden, endeten mit einem Scheitern. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei den Regierungen der USA, Chinas, Brasiliens und Australiens sowie bei Saudi-Arabien und den verbünde-

ten Golfstaaten. Aber jenseits der Blockademanöver der Klimaleugner*innen offenbaren diese Misserfolge im Grunde, dass es einen grünen Kapitalismus nicht geben kann. Die Erwärmung kann nicht auf unter 1,5 °C (und sogar unter 2 °C) begrenzt werden, ohne an die Wurzel des Übels zu gehen: die kapitalistische Akkumulation, die auf dem Konkurrenzkampf nach Profiten basiert, mit anderen Worten die kapitalistische Produktions-, Verteilungs- und Konsumweise, die auf Privateigentum und der Ausbeutung der Arbeitskraft beruht (was auch die Ausbeutung der sonstigen natürlichen Ressourcen impliziert).

3 Um das Ziel der COP21 zu konkretisieren, sollten die Verhandlungen vor allem darauf abzielen, die Lücke zwischen dem in Paris beschlossenen 1,5 °C-Ziel einerseits und den national festgelegten Verpflichtungen zu schließen, auf deren Grundlage der Weltklimarat eine Erwärmung von 3,3 °C bis zum Ende des Jahrhunderts prognostiziert. Stattdessen stecken sie seit fünf Jahren in der Ausarbeitung der in Paris prinzipiell vereinbarten „neuen Marktmechanismen“ fest, die für mehr Mittel sorgen sollen, um Emissionsreduktionen durch sogenannte „saubere Investitionen“ mit konsekutiven „Emissionsrechten“ zu ersetzen. Die seit dem Kyoto-Protokoll gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass diese Mechanismen in der Regel nichts anderes sind als ein Mittel zur Umgehung tatsächlicher Emissionsminderungen und ein grün angemalter Neokolonialismus, um sich der Wälder und anderen natürlichen Ressourcen auf Kosten der dortigen Bevölkerung zu bemächtigen. Aber genau das ist der springende Punkt für die Kapitalist*innen: die Öffentlichkeit glauben zu machen, dass sie die Katastrophe bekämpfen, während sie ihr Akkumulationsbestreben durch Enteignungen und

Zerstörung der Biodiversität fortsetzen. Bevor sie darüber diskutieren, wie man die Lücke schließen kann, wollen die Kapitalist*innen und ihre politischen Sachwalter*innen ausloten, wie weit sie mit ihren Trickereien gehen können. Darum geht es bei der „Nachbesserung der Anstrengungen“, die auf der COP26 (Glasgow) das Hauptthema sein sollte.

4 Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Weltgipfel in Rio 1992 und der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen sind die jährlichen CO₂-Emissionen um 60 % gestiegen. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre beträgt heute mehr als 50 % des vorindustriellen Niveaus und wird bald höher sein als die des Pleozäns (vor 2,6 bis 5,3 Millionen Jahren), als es auf der Nordhalbkugel keine bleibenden Eiskappen gab und der Meeresspiegel etwa 25 Meter höher lag als heute.

Ob auf einem Klimagipfel oder in anderen Foren werden die Klimaverhandlungen den Erfordernissen des kapitalistischen Wachstums und der geostrategischen Rivalitäten untergeordnet. Es wäre illusorisch, von diesen Gipfeltreffen wirklich ausreichende Maßnahmen zu erwarten, mit denen die Probleme gelöst und soziale und Klimagerechtigkeit zwischen Nord und Süd geschaffen werden können, weil solche Lösungen mit der kapitalistischen Akkumulation unvereinbar sind. In diesem Sinne unterstützen wir die Aussage von Greta Thunberg auf der COP25 in Madrid, dass die Lösung nicht von diesen Verhandlungen, sondern nur von den Kämpfen der Völker kommen kann.

5 In den Jahren 2019–2020 hat sich die weltweite Klimabewegung spektakulär weiterentwickelt, mit Schulstreiks, Massendemonstrationen mit teils enormen Teilnehmerzahlen (550 000 in Montreal!), Aktionen des zivilen Ungehorsams, Blockadeaktionen fossiler Energieunternehmen etc. Jugendliche, Frauen, indigene Gemeinschaften und Bauern und Bäuerinnen haben sich dabei als treibende Kraft betätigt. Aus Sorge um den Klimawandel sind neue aktivistische Netzwerke entstanden (FfF, Rise 2020, XR etc.) vor allem in den sogenannten „entwickelten“ Ländern. Gleichzeitig haben sich die indigenen Bewegungen gegen den extraktiven Kapitalismus und den zunehmenden Landraub, den Betrug um ihr Saatgut und die Zerstörung der Territorien, in denen sie Jahrhunderte lang in gegenseitiger Harmonie mit der Pachamama (Mutter Erde) gelebt haben, weiterhin und oft

noch nachdrücklicher organisiert. Die indigenen Bewegungen, Bauern und Frauen haben sich auch in etlichen anderen Massenkämpfen auf der ganzen Welt an die Spitze gesetzt – in Argentinien, Chile, Ecuador, Indien etc. – in Bewegungen, die nicht direkt auf die Umweltproblematik abzielen, trotzdem aber wesentliche Unterstützung für die Klimagerechtigkeitsbewegung liefern. Dadurch ist in mancherlei Hinsicht die Solidarität zwischen den jeweiligen Bewegungen in Süd und Nord gestärkt worden.

Die Regierungen antworten darauf mit Verleumdung, Kriminalisierung und Repression, sofern sie nicht mit ihren paternalistischen Integrations- und Bestechungsversuchen durchkommen. Besonders gewaltsame Formen nimmt diese Repression gegen indigene Gemeinschaften und die Landbevölkerung an, von denen viele Aktivist*innen ermordet werden, während die Zerstörung der Wälder und andere Umweltverbrechen ungestraft bleiben. In zwölf Monaten wurden 11 088 km² Amazonaswald abgeholzt – eine unmittelbare Folge von Bolsonaros Politik zugunsten der ungehemmten Ressourcenausbeutung und der Agrarindustrie, was unter Ausnutzung des epidemiologischen Notstands oft unter der Hand passieren konnte. Die zunehmende Abholzung und rasant steigenden Brandrodungen bringen uns immer weiter an einen unumkehrbaren Zusammenbruch der Amazonasregion. Die Vierte Internationale ruft zur breitesten Solidarität mit den Opfern der Unterdrückung und des versuchten Völkermords an den indigenen Gemeinschaften auf. Sie unterstützt jede Initiative, die darauf abzielt, multinationale oder lokale Unternehmen zu boykottieren, die an der Zerstörung des Amazonasgebiets beteiligt sind. In Anbetracht der entscheidenden Bedeutung des Amazonas-Regenwaldes für das ökologische Gleichgewicht des Planeten ruft die IV. zu internationalen Mobilisierungen zur Unterstützung der dortigen Bevölkerung auf, die sich den umweltzerstörerischen Plänen der brasilianischen Regierung zu widersetzen versucht. Sie unterstützt die Kampagne gegen das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur, das katastrophale Folgen für die Amazonas-Region haben würde.

6 Die einzige realistische Möglichkeit, die Katastrophe zu stoppen, besteht darin, eine massenhafte und ausdauernde Mobilisierung im Weltmaßstab unermüdlich zu forcieren. Wir müssen daran arbeiten, alle sozialen Bewegungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zusammenzuschweißen, um dutzende, gar hunderte Millionen Frauen und Männer auf die Straße zu bringen. Die erfolg-

reichen Vorläufer der Anti-Atomkraft-Mobilisierung in Deutschland, der enormen Mobilisierung gegen die Installation von NATO-Atomraketen in Europa und der globalen Bewegung gegen den Irak-Krieg sollten uns als Vorbild dienen. Anstatt sich mit den Entscheidungsträger*innen an einen Tisch zu setzen – so wie manche große Umweltverbände – müssen wir ihnen die Glaubwürdigkeit rauben und sie ethisch, sozial und politisch unter Druck setzen. Nur wenn die herrschende Klasse ihre Vorherrschaft bedroht sieht, werden manche Teile von ihr erwägen, das neoliberale marktwirtschaftliche Credo zu hinterfragen und stattdessen in die Wirtschaftsabläufe eingreifen, um so den produktivistischen Irrsinn wenigstens teilweise bremsen zu können. Solche Teilmaßnahmen werden den sozialen Bewegungen Selbstvertrauen geben können, weiter für einen „Systemwandel statt für einen Klimawandel“ zu kämpfen. In diesem Sinne ruft die Vierte Internationale zu weltweiten Protesten zur COP2 auf, am besten natürlich in Glasgow selbst, sofern es die Bedingungen der Pandemie erlauben.

Einen vielversprechenden Anfang hat der Wiederaufschwung der Klimabewegung bereits hinter sich. Dem Aufruf des COP26-Bündnisses „From The Ground Up“ im November 2020 folgten über 8 000 Aktivist*innen, darunter viele aus dem Süden, um fünf Tage miteinander zu diskutieren, zumeist auf einer sehr radikalen, oft antikapitalistischen und ökosozialistischen Basis. Dies zeigt auf, dass es möglich ist, Bewegungen aus Süd und Nord, Gewerkschafter*innen und Anhänger*innen der direkten Aktion auf einer gemeinsamen Basis zu vereinen.

Das Glasgow Agreement – eine Plattform für gemeinsame Aktionen und Strategien zum Thema Klimagerechtigkeit – umfasst derzeit über 130 Organisationen und Kollektive aus 40 Ländern auf vier Kontinenten. Diese Vereinbarung beinhaltet eine politische Agenda für Klimagerechtigkeit, die vollständig mit den ökosozialistischen Zielsetzungen und der direkten Massenaktion, sowohl lokal als auch international, vereinbar ist.

7 Trumps Wahlniederlage, die Gesundheitskrise und ihre rahmenwirtschaftlichen Auswirkungen, aber auch die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Solarstromerzeugung (Photovoltaik und Onshore-Windenergie sind mittlerweile billiger als Kohle und Öl und bald sogar als Gas) – all diese Ereignisse der letzten Monate schaffen neue Bedingungen. Ab jetzt stimmen Bidens Programm, der europäische Green Deal und die Erklärungen aus Peking darin

überein, die Netto- CO₂-Emissionen bis 2050 auf Null zu drücken. Alles deutet darauf hin, dass sich die USA, China und die EU auf der COP26 darauf einigen werden, den auf der COP21 beschlossenen „grünen Kapitalismus“ anzustreben.

Diese Annäherung bleibt jedoch weit hinter den Selbstverpflichtungen zurück, die notwendig sind, um das 1,5 °C-Ziel zu erreichen. Dafür müssen laut Weltklimarat die Netto-Emissionen bis 2030 weltweit um 58 % sinken, in der Europäischen Union um mindestens 65 % und in den USA sogar noch stärker.

Netto-Null-Emissionen sind nicht gleich Null-Emissionen, sondern eine „Kohlenstoff-Neutralität“, die mit dem kapitalistischen Produktivismus kompatibel ist und verschiedene falsche und gefährliche Lösungen beinhaltet, wie z. B. Atomkraft, verschiedene negative Emissionstechnologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung, verschiedene Kompensationsmechanismen zum Nachteil der Länder des Südens und ihrer Völker und sogar den Einsatz von Geo-Engineering. Diese scheinbar ambitionierte Klimapolitik verharrt eisern in der Logik von Markt und Konkurrenz, ignoriert das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung und eröffnet eine neue Phase des grünen Imperialismus. Vor allem aber ist es Teil eines irrsinnigen Szenarios, nämlich des „temporären Überschreitens“ der 1,5 °C-Schwelle bis 2050, gefolgt von einer hypothetischen Abkühlung durch negative Emissionstechnologien. Aber selbst wenn diese technologische Abkühlung möglich ist, ist die Situation dann so kritisch, dass ein irreversibler Kipppunkt während der sogenannten „temporären Überschreitung“ wahrscheinlich erreicht wird. Noch nie war der absolute Antagonismus zwischen der kapitalistischen Akkumulation und den Grenzen des Planeten so sichtbar. Er bedroht direkt das physische Überleben von hunderten Millionen Menschen und verurteilt den Rest (und deren Kinder) dazu, in einer verwüsteten Welt mit kollabierter Artenvielfalt zu leben.

8 Der Widerspruch zwischen dem Bewusstseinsstand und den objektiven Erfordernissen lässt sich nicht durch eine Sofortforderung lösen, die die Kluft überbrückt zwischen dem, was in der gegenwärtigen Konjunktur politisch machbar erscheint, und dem radikalen antikapitalistischen Programm, das objektiv notwendig ist, um die Katastrophe aufzuhalten. Ebenso wenig durch Versuche, revolutionäre und ökosozialistische Grundsätze künstlich aufzupropfen, die nicht im Einklang mit der Massenbewegung stehen. Der Schlüssel liegt vielmehr darin,

dass sich die Bewegung einen Fundus kompromissloser Forderungen zu eigen macht, die sowohl auf anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnissen (ohne falschen Katastrophismus) als auch auf den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Emanzipation und Demokratie sowie auf dem Recht künftiger Generationen, einen lebenswerten Planeten zu erben, basieren.

Um diese algebraische Formel mit konkreten Inhalten zu füllen, tritt die Vierte Internationale in der Bewegung dafür ein, gegenüber den Entscheidungsträgern Misstrauen zu wahren und Forderungen zu stellen, die auf den folgenden Elementen beruhen:

- Pläne zur Reduzierung der Emissionen in den verschiedenen Sektoren: Verkehr, Gebäude, Energie und Landwirtschaft, um unter der 1,5 °C-Grenze zu bleiben;
- Ablehnung einer „temporären Überschreitung“: beispielsweise schätzt der Weltklimarat den Kipppunkt der grönländischen Eiskappe auf 1,5 bis 2 °C, und wenn dieser Punkt überschritten wird, kann er durch keine nachfolgende Abkühlung mehr rückgängig gemacht werden;
- Kampf gegen gefährliche Technologien (Atomkraft, GVO, Geo-Engineering, BECCS), damit Abscheidungs- und Speichertechnologien nicht als Alibi für die weitere Ausbeutung fossiler Brennstoffe dienen;
- Respekt vor den Völkern des globalen Südens, insbesondere den indigenen Gemeinschaften, was die Beendigung von Kompensationsmechanismen impliziert. Diese Mechanismen lasten dem globalen Süden die Kompensation der von und für die Reichsten emittierten Treibhausgase auf und berauben die Völker um ihr Land und ihre Wälder;
- Klimagerechtigkeit (differenzierte Verantwortlichkeit und Kapazitäten des Nordens und des globalen Südens) und soziale Gerechtigkeit (gerechter Übergang im wahren Sinne des Wortes); Vorrang des Planeten vor dem Profit, lasst uns das Klima der 99% retten, die 1% sollen zahlen!
- die absolute Erfordernis, die materielle Produktion und den Transport zu reduzieren, ist unumgänglich.

9 Die Politik scheut das Vakuum. Wenn die Massenbewegung die Leere bis zur Unerträglichkeit ausgekostet hat, macht sie den Weg frei für neue politische Formationen und Alternativen, die die Schaffung einer anderen Zukunft ermöglichen können. Der in den USA von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez vorgeschlagene „Green New Deal“ muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Dieser GND ist kein

ausreichendes Programm, um die Katastrophe zu stoppen: Unter anderem beinhaltet er keinen Bruch mit der kapitalistischen Akkumulationsdynamik und stellt neokoloniale Mechanismen wie die Kohlenstoffkompensation nicht in Frage. Aber im Gegensatz zu seinem von der EU-Kommission vorgeschlagenen europäischen Ersatz ist der GND ein Plan, und dieser Plan zielt darauf ab, sowohl die soziale Krise (Beschäftigung, Einkommen, Arbeitsbedingungen) als auch die ökologische/klimatische Krise zu lösen. Diese beiden Hauptmerkmale verleihen dem GND seine politische Bedeutung und machen ihn zu einem Hebel, um die Diskussion zu verbreitern, wie die Katastrophe gestoppt werden kann. In dieser Hinsicht hat dieses Programm eine besonders hohe Bedeutung für die Arbeiterbewegung und sollte vorangetrieben werden.

10 Man kann natürlich die Produktionsweise nicht ohne die Produzent*innen und erst recht nicht gegen sie ändern. Das bedeutet, dass die wichtigste strategische Frage mehr denn je das Engagement der Arbeiterbewegung im Kampf für das Klima und gegen die ökologische Katastrophe im Allgemeinen ist. In jüngster Zeit sind – zwar begrenzte, aber dennoch bedeutsame – Entwicklungen eingetreten, die breite Aufmerksamkeit verdienen, weil sie zeigen, dass ein solches Engagement möglich ist. Zum Beispiel: Entgegen allen Vorhersagen haben sich die Gelbwesten in Frankreich und die Klimabewegung im Kampf gegen die Regierung Macron angehäuft; Gegen den Widerstand von Jeff Bezos streikten hochqualifizierte Arbeiter*innen in der Zentrale von Amazon in Seattle, demonstrierten auf den Aufruf von Greta Thunberg hin und forderten, dass sich das Unternehmen zur Rettung des Klimas verpflichtet; Im Schweizer Kanton Genf arbeitete die Gewerkschaftsführung eng mit der Jugend-Klimabewegung und der Frauenbewegung zusammen, um den „Streik für die Zukunft“ am 15. Mai 2020 vorzubereiten etc.

Die Pandemie und der Lockdown werfen die Frage nach unnötiger Produktion auf, die gestoppt werden kann und sollte, und andererseits nach unverzichtbaren lebenswichtigen Tätigkeiten, die dennoch zugleich abgewertet werden, da sie meist von Frauen ausgeführt werden. Die Vierte Internationale ruft die linken Gewerkschafter*innen dazu auf, auf solchen Initiativen und Ansätzen aufzubauen, um das Bewusstsein ihrer Kolleg*innen zu schärfen, mit dem Ziel, auch sie in öko-soziale Kämpfe einzubinden. Das Ziel ist, dass die Arbeiterbewegung ihren eigenen Forderungskatalog entwickelt,

der darauf basiert, wie die Arbeiter*innen vom Klimawandel betroffen sind, sowohl in ihren Arbeitsbedingungen als auch in ihrem Leben im Allgemeinen, und dass sie sich für einen substantiellen und „gerechten Übergang“ organisiert.

11 Zusammenfassend ruft die IV. ihre Sektionen und Sympathisant*innen dazu auf, die breitestmögliche Mobilisierung bei der COP26 in Glasgow Ende des Jahres und im Vorfeld während des gesamten Jahres zu organisieren.

Die IV. unterstreicht, dass es zwingend geboten ist, die notwendigen Emissionsreduktionen zu erreichen, um den Temperaturanstieg unter 1,5 °C zu halten. Dazu gehören die Verabschiedung eines neuen, viel radikaleren Panels von nationalen Selbstverpflichtungen, mit einem Zeitplan, der auf das nächste Jahrzehnt und nicht auf 2050 ausgerichtet ist, sowie ein massiver Geldtransfer in den Süden zur Finanzierung der Klimagerechtigkeit.

Es muss rund um die COP26 mobilisiert werden, um die Eliten ohne Ausflüchte zum Handeln zu zwingen, damit der Klimatrend umgekehrt werden kann. Die Regierungen können schnelle und umfassende Veränderungen erzwingen, wenn sie sich nur dazu entschließen – etwa um einen Krieg zu führen, können sie ihre Wirtschaft in wenigen Monaten umgestalten. Die Covid-Krise hat uns auch gelehrt, dass Regierungen riesige Geldsummen mobilisieren können, wenn sie nur gewillt sind. Sollen sie das doch für das Klima tun!

Unsere Anknüpfungspunkte und Vorschläge für die Mobilisierung sind folgende:

- Die Neuauflage des (virtuellen) Treffens des COP26-Bündnisses „From The Ground Up“ Ende März, das diesmal den Titel „Taking Action Now“ trägt und darauf abzielt, Mobilisierungspläne auf lokaler und globaler Ebene zu entwickeln.
- Maximale Mobilisierung für die COP in Glasgow selbst. Je nach Möglichkeit könnte dies physische Demonstrationen in Glasgow und anderen Teilen der Welt, dezentrale Aktionen anderswo sowie Online-Konferenzen beinhalten, falls ein Gegengipfel in Glasgow selbst nicht zustande kommt.
- Die Aktivitäten des Glasgow Agreement Netzwerks.
- Der Vorschlag für einen globalen Klimastreik, der vom Globalen Ökosozialistischen Netzwerk in Hinblick auf die COP26 in Glasgow im November 2021 initiiert worden ist.

Auf Grundlage der Aktivitäten und Perspektiven in den verschiedenen Ländern werden wir auf einem dafür anberaumten Treffen unsere Vorschläge für den Aufbau der Mobilisierung präzisieren.

24. Februar 2021

■ *Übersetzung: MiWe*



DIE VERKEHRSWENDE IST UNABDINGBAR!

Ein vollständiger Umbau des Verkehrs- und Transportsektors ist unbedingt erforderlich. Resolution des **Internationalen Komitees der IV. Internationale**

Um gegen den Klimawandel angehen zu können, muss u. a. das gesamte Transportsystem vollständig gedreht und umgebaut werden, denn es ist derzeit für ein Fünftel (in einigen Ländern bis zu einem Viertel) der Produktion von Treibhausgasen verantwortlich. Von 1970 bis 2004 stiegen im öl-basierten Verkehrssektor (Autos, SUVs, LKWs, Schiffe, Flugzeuge) die CO₂-Emissionen um 222 %. Prognosen zufolge werden sie bis 2030 um weitere 80 % zunehmen. Zwischen 2015 und 2019 wurden jährlich mindestens 90 Millionen Fahrzeuge produziert. Doch jedes einzelne Auto steht 90 % der Zeit still, was den Bau von Parkplätzen und Garagen erforderlich macht. Diese Fahrzeuge bewirken 78 % der CO₂-Emissionen, die durch den Bau, die Instandhaltung und die Nutzung von Straßen und Autobahnen verursacht werden (der Rest kommt von Bussen, Straßenbahnen und Zügen). Außerdem ist diese Art des Individualverkehrs marktgesteuert und verstärkt daher die Ungleichheit. Wir können uns die „Autokultur“, die die Gesellschaft in den letzten 75 Jahren dominiert hat, nicht mehr leisten.

Trotz der Dringlichkeit, den Verkehr und den Bestand an Privatautos erheblich zu reduzieren, wird es ein schwieriger Kampf sein, die Autoindustrie in eine Industrie umzuwandeln, die für den öffentlichen Verkehr produziert. Es gab jedoch in gewisser Hinsicht schon ein Modell: Während des Zweiten Weltkriegs wurde die gesamte US-Autoproduktion gestoppt, da Washington die Werke für die Kriegsproduktion beschlagnahmte. Ein noch weitreichenderer industrieller Umbau ist heute notwendig, um unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen drastisch zu reduzieren.

Darüber hinaus sind Autounfälle ein großes Problem. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben jedes Jahr 1,35 Millionen Menschen bei Autounfällen, 50 Millionen erleiden schwere Verletzungen. Etwa sieben Millionen sterben durch Luftverschmutzung, vielleicht eine Million durch Emissionen fossiler Brennstoffe aus Fahrzeugen oder durch deren Wartung.

Die Autoindustrie war ein zentraler Motor der Industrialisierung im letzten Jahrhundert. Dieser Industrie vorgelagert gibt es ein ganzes Netzwerk, das nach Öl bohrt bzw. es durch Fracking fördert und Mineralien schürft. Diese werden in Chemikalien, Reifen, Glas, Stahl und Plastik umgewandelt und dann zu den Montagewerken verschifft. Der Autoindustrie nachgelagert existiert ein umfangreicher Markt mit Ausstellungsräumen, Reparaturwerkstätten, Tankstellen und Schrottplätzen. Wenn wir analysieren, wie das Streben nach Profit mit der Notwendigkeit der Produktionsausweitung verbunden ist, erkennen wir, dass wir viel mehr tun müssen, als unsere Welt zu „dekarbonisieren“. Wir müssen auch die anderen natürlichen Ressourcen, die in die Herstellungsprozesse einfließen, bewerten und neu zuordnen. Aufgrund der Tatsache, dass das Privateigentum und die damit verbundene Profitwirtschaft diese Krise verursacht haben, sind die Führungen dieser Unternehmen nicht in der Lage, den Turnaround zu vollziehen.

Soweit sie den Ernst der Krise erkannt haben, haben diese Kapitalist*innen darauf reagiert, indem sie die Umstellung auf Elektrofahrzeuge als Lösung anbieten. Das reduziert zwar den Verbrauch von fossilem Treibstoff

im Benzintank, berücksichtigt aber nicht die Gesamtbelastung, die durch die Produktion und die Nutzung solcher Fahrzeuge entstehen. Demgegenüber schlagen wir regionale oder lokale Arbeiter*innen-Teams vor, die ein effizientes Verkehrs- und Transportsystem entwickeln und betreiben können, das allen zur Verfügung steht.

E-Autos sind keine Lösung für die bestehenden ökologischen Probleme

Mainstream-Medien, Teile der Bourgeoisie und große Teile der Öffentlichkeit sehen in der Umstellung auf Elektrofahrzeuge eine Lösung für die Probleme, die durch Treibhausgase im Verkehrssektor entstehen. Es gibt jedoch entscheidende Gründe, warum dies nicht funktioniert und weshalb die eh schon bestehenden ökologischen Probleme damit womöglich noch verschärft werden:

- Bevor sie überhaupt gefahren werden, bringen Elektrofahrzeuge einen enormen „ökologischen Rucksack“ mit: Die Herstellung der Batterien erfordert einen hohen Energieverbrauch und einen hohen Rohstoffeinsatz, sodass man ein Elektroauto 8 Jahre lang fahren muss, bevor eine Reduzierung des Gesamt-CO₂-Ausstoßes im Vergleich zu einem benzinbetriebenen Auto erreicht wird.¹

- Selbst diese 8 Jahre zur Erreichung einer besseren Bilanz des CO₂-Ausstoßes würden nur gelten, wenn die zu verbrauchende elektrische Energie zu 100 Prozent ökologisch wäre, was völlig illusorisch ist. Der bestehende Strommix (hauptsächlich Kohle, Gas, Öl, regenerative Ressourcen) wird sich in den nächsten Jahren nicht wesentlich ändern. Wenn also eine nennenswerte Anzahl von E-Autos (selbst wenn man E-LKWs und E-Busse mit Batterien außer Acht lässt) zum Einsatz käme, müssten zusätzliche Strommengen aus fossilen Brennstoffen gewonnen werden. Außerdem würde eine enorme Menge an neuer Infrastruktur benötigt (Millionen von Ladestationen etc., die eine Menge zusätzlicher CO₂e-Produktion erfordern).²

- Es gibt bedeutende Rebound-Effekte:

- Die massenhafte Nutzung von E-Autos würde mehr Verkehr erzeugen, da die Menschen denken, dass dies ein ökologisches Fahrzeug ist (weil es keinen Kraftstoff verbrennt). Dies umso mehr, als ein solches Auto wesentlich teurer ist und die Leute denken könnten, sie müssten es häufiger benutzen, damit es „ökologisch effektiv“ ist. Gleichzeitig würden diese Menschen seltener öffentliche Verkehrsmittel nutzen.

- Aufgrund der geringen Reichweite dieser Autos (ca. 200 km, nur der große Tesla erreicht 400 km, im Win-

ter sind diese Zahlen noch bescheidener) und weil man mehrere Stunden zum Aufladen der Batterie benötigt, sind 59 % der E-Autos Zweitwagen. Diese zusätzlichen Autos tragen zu den allgemeinen Nachteilen dessen bei, was man die „Autogesellschaft“ nennen kann.

- Und es gibt einen Rebound-Effekt, der schon heute sichtbar ist: E-Autos werden die steigende Produktion von SUVs ausweiten.

Völlig unabhängig davon, dass alle anderen Nachteile des motorisierten Individualverkehrs (siehe unten) fortbestehen würden, gibt es einige zusätzliche ökologische Nachteile, die man kennen sollte und die von den Befürworter*innen und Nutzer*innen von E-Autos völlig ausgeblendet werden:

Wichtige Rohstoffe würden massiv ausgebeutet werden. Für ein E-Auto braucht man die vierfache Menge an Kupfer (bis zu 80 kg pro Auto). Bis 2027 wird sich der Abbau von Kupfer verzehnfachen (betroffen sind vor allem die Länder Brasilien, Peru, Chile und Argentinien).

Die Produktion der Batterien erfordert die Verarbeitung großer Mengen sehr wertvoller Rohstoffe: Lithium, Graphit, Kobalt und Nickel. Die heutige Produktion von Lithium beläuft sich auf 200 000 Tonnen, bis 2025 wird sie auf 600 000 Tonnen ansteigen. Tesla-Ingenieure rechnen mit einem Bedarf von 2 – 3 Millionen Tonnen.³ Eine Tonne Lithium erfordert den Einsatz von 1,9 Millionen Liter Wasser.

Der größte Verursacher von Treibhausgasen im Verkehrssektor ist der motorisierte Individualverkehr. Aber auch der Transport von Containern rund um die Welt, Kreuzfahrtschiffe und der Flugverkehr sind sehr schädlich. Letzterer ist beispielsweise dreimal so schädlich wie die Nutzung eines Autos und 19-mal so schädlich wie die Nutzung eines Zuges (gemessen in Personenkilometern). Nicht nur die Nutzung von Autos durch Einzelpersonen ist verheerend, auch die zunehmende Nutzung von LKWs (bei gleichzeitigem Abbau der Eisenbahn) für den Transport von Gütern ist extrem schädlich und zwar nicht nur auf der ökologischen Ebene.

Eine Veränderung des Verkehrssektors nicht nur aus ökologischen Gründen ist dringend erforderlich.

Warum der motorisierte Individualverkehr tödlich ist, auch wenn man die ökologischen Auswirkungen außer Acht lässt.

1 Wir müssen uns vor allem darüber im Klaren sein, dass diese Art von Verkehrssystem eine sehr hohe Zahl

von Todesopfern verursacht. Allein in der EU starben im Jahr 2018 bei Autounfällen 25 000 Menschen, 135 000 wurden schwer verletzt. Die von der WHO veröffentlichten Zahlen des Road Safety Reports 2018 (Zahlen für 2016) zeigen, dass in den USA mehr als 39 000 Menschen starben, in Indien mehr als 299 000 und auf der Welt 1 323 666 (dies sind nur die offiziell registrierten Todesfälle). Diese hohe Zahl an Todesopfern ist nur durch die hohe Gefährdung zu erklären, die die „Autogesellschaft“ mit sich bringt, also der motorisierte Individualverkehr und die übermäßige Nutzung von LKW, Flugzeugen und Containerschiffen. Um die Proportionen richtig einzuordnen, können wir das Beispiel Japan in den Jahren 1966 bis 1975 heranziehen: Damals gab es 190 Tote durch Zugunfälle, aber 46 486 Tote durch Autounfälle, obwohl die Züge in diesem Zeitraum mehr Menschen transportierten als die, die mit dem Auto unterwegs waren. Das entspricht einem Verhältnis von 1: 245.⁴ Seit der Erfindung des Autos beläuft sich die Zahl der Todesopfer auf über 48 Millionen, was der Opferrate eines Weltkriegs entspricht.

2 Hinzu kommt: Man darf die Langzeitwirkungen der Schadstoffe nicht vergessen, die von Autos und LKWs ausgestoßen werden. Besonders verheerend sind Feinstaub (zu einem großen Teil verursacht durch Emissionen von Pkw und Lkw, vor allem durch Reifen und Bremsen) und NOx. In den meisten Großstädten wird der von der WHO festgelegte Grenzwert weit überschritten.⁵ In Shanghai mussten die Ärzte bis zum Ende des 20. Jahrhunderts 1000 an Lungenkrebs Erkrankte pro Jahr operieren. Fünfzehn Jahre später stieg die Zahl auf mehr als 10 000. Die WHO hat errechnet, dass weltweit jedes Jahr etwa 4,5 Millionen Menschen an Feinstaub sterben (zu einem großen Teil hervorgerufen durch den Straßenverkehr).

Und es gibt noch einen weiteren Faktor, der unsere Gesundheit beeinflusst: Der Auto- und Flugverkehr ist ein wichtiger Verursacher des zunehmenden Lärms, der in beträchtlichem Umfang Herzinfarkte, Schlaflosigkeit, Bluthochdruck, Nervenzusammenbrüche und andere schwere Krankheiten hervorruft.⁶

3 Die Priorität der Investitionen und der Infrastruktur liegt in den Bereichen, in denen das Kapital ein Maximum an Profiten realisieren kann, was – für den Verkehrssektor – nicht nur den Bau von Autobahnen, sondern auch den gesamten Städtebau betrifft. Die Struktur der Städte ist völlig deformiert, sodass sie für Autos und nicht für Fußgänger*innen oder Radfahrer*innen geeignet sind. Das behindert den öffentlichen Verkehr und macht die Städte nicht nur ungesund, sondern auch zu Orten, an de-

nen man nicht wirklich leben oder seine Freizeit verbringen möchte. Somit ist die Urbanität stark eingeschränkt, was den Kampf um das „Recht auf Stadt“ (Henri Lefebvre) umso dringlicher macht.

Gleichzeitig beeinträchtigt das auto-zentrierte Verkehrssystem die Infrastruktur auch auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Fast jede zurückgelegte Wegstrecke wird länger. In den 1970er Jahren legte ein Westeuropäer im motorisierten Alltagsverkehr etwa 9 000 km pro Jahr zurück. Im Jahr 2006 waren es bereits 14 000 km. Das liegt im Wesentlichen nicht an mehr Reisen, sondern an den längeren Wegen zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen und so weiter.

Der Stadtplaner Martin Wagner (im Exil in den USA) verglich Berlin Ende der 1920er Jahre mit New York 1957. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist eindeutig: Die Anzahl der Wege (d.h. jegliche Fortbewegung), die ein Mensch in einem Jahr zurücklegen muss (oder will), hat sich in diesen Jahren nicht wesentlich verändert. Sie betragen etwa 1000 pro Jahr und 650 davon könnten zu Fuß zurückgelegt werden, wenn ... der Städtebau nach ökologischen und sozialen Kriterien erfolgen würde. Neuere deutsche Statistiken zählten eine durchschnittliche Anzahl von Fahrten von 1216 pro Jahr. Der Anstieg ist vor allem auf die Entdeckung neuer Fahrten, wie z. B. die Begleitung von Kleinkindern, zurückzuführen, die – zum großen Teil – nicht notwendig wären, wenn die Wege für die Kinder kurz genug wären, d. h. so kurz wären wie vor hundert Jahren und wenn eine vernünftige Stadtplanung umgesetzt würde.

4 Die Autogesellschaft ist zudem auch sehr platzraubend, vor allem für die Nutzung der nur privat genutzten Fahrzeuge, da sie achtmal so viel Platz für den Transport benötigen wie die Bahn (gemessen in Personenkilometern). Die Straßenbahn benötigt im Vergleich zum PKW 40-mal weniger Platz. Auf kurzen Strecken benötigen LKWs 15-mal so viel Platz wie Züge, bei kleineren LKWs (und kürzeren Strecken) liegt das Verhältnis bei 70:1.

Platz raubt die Autogesellschaft noch auf zwei weiteren Ebenen: Da ist zum einen der endlos fortgesetzte Autobahnbau, der Bau von noch mehr Parkplätzen, der Bedarf an immer mehr Land, auf dem Rohstoffe abgebaut werden usw. Die zweite zusätzliche Ebene: Das Worldwatch Institute (Washington) hat herausgefunden, dass die Produktion von Ethanol eine enorme Menge an Land benötigt: Für ein Auto, das mit Ethanol fährt, wird eine landwirtschaftliche Fläche benötigt, die 16,5mal größer ist als diejenige, die ein Kleinbauer in einem Jahr für

seinen Lebensunterhalt benötigt. Heute hungern fast 900 Millionen Menschen, während jedes Jahr 142 Millionen Tonnen Getreide und Raps in „Biosprit“ umgewandelt werden, genug um 420 Millionen Menschen zu ernähren. Da immer mehr Ackerland in Flächen für den Anbau von „Pflanzen für den Tank“ umgewandelt wird, fehlen diese Flächen für die Produktion von Nahrungsmitteln. Und es darf nicht vergessen werden: Je nach Region werden bis zu 3500 Liter Wasser benötigt, um einen Liter „Biosprit“ zu produzieren.

5 Durch das ununterbrochene Wachstum der „Autogesellschaft“ wurden nicht nur die durchschnittlich zurückgelegten Wegstrecken länger, die Menschen müssen auch immer mehr Zeit dafür aufbringen, vor allem auf dem Weg zum Arbeitsplatz. In den Städten – von Mexiko-Stadt bis Peking, von Los Angeles bis Neu-Delhi – verbringen die Menschen täglich Stunden im Stau. Schon 1998 zählte eine deutsche Statistik 67 Stunden Stau pro Jahr für die Menschen im Auto (das ist mehr Zeit, als sie beim Sex verbringen). Im Jahr 2018 lag der durchschnittliche Zeitaufwand für Staus bei 120 Stunden pro Jahr und Fahrer*in.⁷

Außerdem wird die Zahl der Autos weltweit zunehmen. Im Jahr 2010 gab es eine Milliarde Autos; im April 2019 waren es schon 1,24 Milliarden; bis 2025 erwarten aktuelle Studien 1,8 Milliarden und bis 2050 2,7 Milliarden (das sind 2700 Millionen!). Inklusive LKW, Busse und so weiter werden wir im Jahr 2025 2,1 Milliarden Fahrzeuge auf den Straßen haben, also doppelt so viele wie 2010.⁸ Hinzu kommt, dass die produzierten und genutzten (!) Autos mit immer mehr Pferdestärken ausgestattet sind. Im Jahr 2017 wurden in den USA 11 Millionen SUV verkauft, nicht eingerechnet die wachsende Zahl (und wachsende Motorleistung) von Pickups.

Alles zusammengenommen stehen wir vor dem Klimakollaps, wenn wir nicht einen grundlegenden Umbau des gesamten Verkehrssektors erzwingen.

6 Die „Autogesellschaft“ ist teuer. Kauf und Unterhalt eines Autos ist viel teurer als die Nutzung eines vernünftigen öffentlichen Verkehrssystems. Unabhängig von den ökologischen und anderen oben genannten Effekten wird jedes Auto von der Gesellschaft (d. h. von den Steuerzahler*innen) hoch subventioniert.

Obwohl der weit verbreitete Begriff „externe Kosten“ eigentlich irreführend ist (da diese Kosten nicht von außen kommen, sondern dem autobasierten Verkehrssystem strukturell inhärent sind), sind die Ergebnisse der verschiedenen Studien recht eindeutig und einigmaßen

deckungsgleich. Die wichtigste ist die Untersuchung „External Effects of Transport. Accident, Environment and Congestion Costs of Transport in Western Europe“. In der Studie von 2004 werden die Zahlen für das Jahr 2000 angegeben. Demnach beliefen sich diese Kosten in der damaligen EU-15 zusammen mit Norwegen und der Schweiz (wir nennen sie EU-17) auf 7,3 % ihres BIP, *ohne* die Staukosten mitzuzählen. Die größten Anteile hatten die Auswirkungen auf das Klima (30 % der „externen Kosten“) und die Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung vor allem in Krankenhäusern (24 %).

Inzwischen – da die Autos, vor allem die SUVs, immer größer werden und der Straßenbau immer teurer wird – kommen wir auf bis zu 10 % des BIP für die sogenannten „externen Kosten“, erst recht, wenn wir die Staukosten und die steigenden Kosten für die größere Infrastruktur für LKWs (wie die „Gigaliner“ etc.) berücksichtigen.

Dies entspricht den Untersuchungen der Universität Dresden, dass (in Deutschland) jedes Auto mit 2000 Euro pro Jahr subventioniert wird. Das sind 45 000 Euro an Subventionen für ein Auto durch die Gesellschaft. Andere Studien gehen von noch höheren Zahlen aus, wie z.B. die von IWW/INFRAS. Für das Jahr 1996 errechnete diese Institution bereits jährliche Subventionen von 4000 DM (=2250 €) für jedes Auto pro Jahr!⁹ Tatsächlich wäre nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in der Lage, zusätzlich zum Kaufpreis weitere 25 000 € für ein neues Auto zu bezahlen. Das bestehende System ist also eine riesige Subventionsmaschine für die gesamte ölbasierte Wirtschaft, vor allem für die Autoindustrie.

Der Kapitalismus kann die Probleme nicht lösen

Das bestehende gesellschaftliche und politische System wird mehrheitlich von mächtigen fossilen Konzernen dominiert, die viel Kapital in diesen speziellen Teil der Wirtschaft investiert haben, der sie zu einer ölbasierten Wirtschaft macht. Schon seit Jahrzehnten sind unter den zehn größten Konzernen der Welt jeweils fünf bis sieben „fossile“ (die folgende Rangliste ist die von 2017, in der wieder sieben Konzerne „fossil“ sind): Royal Sinopec (im Ölsektor und gleichzeitig Nr. 3 der zehn größten Konzerne); China National Petroleum (Öl; Nr. 4); Shell (Öl, Nr. 5); Toyota (Autoindustrie; Nr. 6); Volkswagen (Autoindustrie; Nr. 7); BP (Öl; Nr. 8); Exxon (Öl; Nr. 9).

Dieser mächtige Sektor der kapitalistischen Wirtschaft ist zugleich der Impulsgeber der kapitalistischen Entwick-

lung: Seit der Wiederherstellung eines „normalen“ Zyklus der kapitalistischen Entwicklung (Mitte der 70er Jahre) hatten wir fünf Zyklen und das waren immer gleichzeitig die Zyklen der Autoindustrie (im Moment sind wir am Ende von Zyklus 6). Am wichtigsten ist, dass mit neuen Produktions- und Transportmethoden seit den 1970er Jahren globale Lieferketten aufgebaut wurden, die LKWs, Flugzeuge, Eisenbahnen und Schiffe einsetzen, um die Produktionskosten zu senken. Diese verschiedenen Transportmittel befördern standardisierte Container von einem Teil der Welt zum anderen. Diese Technologie zur Vergünstigung und Beschleunigung langer Transporte basiert u. a. auf dem Abbau von Zollschränken und verbesserter Kommunikation. Die Technologie ermöglicht die Koordination einer globalen Aufteilung von Aktivitäten und erlaubt eine zunehmende Arbeitsteilung. Sie beginnt mit der Beschaffung von Rohstoffen, weist aber die Materialmontage und die Komponentenproduktion den Gebieten mit niedrigeren Löhnen zu, während sie gleichzeitig strenge technische Standards vorschreibt. Das Management legt außerdem Wert auf eine schlanke Produktion und Just-in-Time-Lieferung, um den Bedarf an Lagerbeständen drastisch zu reduzieren. Obwohl die Logistik der globalen Lieferkette je nach Branche unterschiedlich ist, hat sie in der Automobilindustrie allein in den OECD-Ländern zu einer Senkung der Gesamtkosten um 11 % geführt. (Siehe <https://www.bu.edu/transportation/CTS2002G.pdf>). Angesichts der Störungen, die das COVID-19-Virus verursacht hat, überdenken allerdings einige Unternehmen das Ausmaß ihrer globalisierten Wertschöpfungskette.

Die Reichweite der ölbasierten Wirtschaft (der fossilen Wirtschaft) geht weit über die Autoindustrie hinaus: Dazu zählen vor allem der Schifffahrtssektor, die Luftfahrt (Flugverkehr) und natürlich der Energiesektor (Strom, Heizung). Die gesamte Infrastruktur der Wirtschaft und unsere Lebensweise (vom Städtebau bis hin zum gesamten Verkehrs- und Transportsektor) werden vom fossilen Sektor der Wirtschaft bestimmt.

Die Abkehr von dieser Art des Wirtschaftens wird nicht allein durch starke Argumente möglich sein. Es wird eine Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt werden müssen, dass wir eine völlige Kehrtwende brauchen, wenn wir, unsere Kinder und Enkelkinder, eine lebenswerte Zukunft haben sollen. Breite Koalitionen ökologischer und sozialer Kräfte werden die Interessen der Konzerne bekämpfen müssen. Das bedeutet – aufgrund der damit verbundenen Implikationen –, dass dieser Kampf mit dem Kampf für ein anderes Wirtschafts- und Gesellschafts-

tem verbunden werden muss. Für diesen Umbau wird eine totale Umkehr aller Investitionen notwendig sein. Nur die Gesellschaft als Ganzes wird in der Lage sein, das zu leisten und umzusetzen. Die Enteignung des Kapitals wird eine Voraussetzung sein, aber das allein wird nicht ausreichen. Es ist ähnlich wie bei der Befreiung der Frauen, der unterdrückten Nationalitäten usw.: Ohne die Abschaffung der Autogesellschaft wird der Sozialismus nicht möglich sein und die Abschaffung der Autogesellschaft wird nicht ohne Sozialismus möglich sein.

Für die Umwandlung der Autoindustrie in eine Industrie zum Bau von öffentlichen Verkehrsmitteln ist es unabdingbar, dass die Arbeiter*innenklasse und die breite Öffentlichkeit auf jeder Stufe der Rohstoffgewinnung, der Produktion, des Transports und der Wartung die entscheidenden Akteure sind. Das heißt, ein Netzwerk von Arbeiter*innen- und Gemeinschaftsorganisationen wird notwendig sein, um das neue System zu entwerfen, konkret zu planen und praktisch umzusetzen. Diese Strukturen werden auch die passenden Arbeitsbedingungen unter Berücksichtigung der Entlohnung und Sicherheit der Arbeiter*innen und der Gemeinschaft sicherstellen. Dies beinhaltet die Reduzierung und Angleichung der Arbeitszeiten, die Maximierung der Fähigkeit aller, sich an der Planung zu beteiligen, wie auch die Neugestaltung der Arbeitsplätze, um Wissen und Zufriedenheit zu verbreiten. Bezahlte Freizeit wird für eine breite Palette von Bedürfnissen garantiert werden. Das Gefälle zwischen dem Globalen Norden und Süden wird unter diesen Bedingungen beendet werden und andere Formen der Diskriminierung durch die demokratische Beteiligung aller beseitigt werden können. Natürlich wird es Fehler geben, aber diese können durch die transparenten Prozesse der demokratisch organisierten Analyse, Bewertung und Entscheidungsfindung korrigiert werden.

Was sind unsere Ziele?

Wenn wir unsere Forderungen kundgeben, appellieren wir nicht an die Regierungen (oder – um genau zu sein – an die herrschende Klasse als Ganzes), sondern wir sprechen klar aus, welche Veränderungen wir für notwendig erachten und für welche es sich zu kämpfen lohnt. Dieser Kampf muss von unten, von allen beherrschten Klassen ausgehend geführt werden. Dabei machen wir deutlich, dass es auch im Kapitalismus möglich ist, den öffentlichen Verkehr zu stärken, und wir unterstützen solche Kämpfe. Dabei vertreten wir die Position, dass die Kosten für die Umstellung von den großen Unternehmen zu zahlen

sind, die schließlich davon profitieren, dass die Arbeitenden in die Betriebe kommen. Aber auch staatliche Gelder sollen dafür locker gemacht werden. Die Entscheidungen für den konkreten Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems sollten bei breitesten regionalen oder lokalen Arbeiter*innenkollektiven liegen.

Zu unseren Forderungen sowie kurz- und langfristigen Zielen gehören:

- Massiver Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme mit Schwerpunkt auf der Wiedereinführung, dem Bau und der massiven Ausweitung des Straßenbahnverkehrs und – wo möglich – der Wiedereinführung und Verbreitung von Oberleitungsbussen.
- Umstellung der Autoindustrie auf den Bau öffentlicher Verkehrsmittel (Züge, Straßenbahnen, Oberleitungsbusse etc.)
- Kostenlose Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel in den Städten und im Umland.
- Umstrukturierung der Städte, so dass die meisten Ziele (Arbeitsplatz, Einkaufen ...) zu Fuß erreichbar sind.
- In Verbindung mit diesen Maßnahmen und mit Ausnahme der Notdienste: Autos raus aus den Städten.
- Angemessene Besteuerung des Flugverkehrs, sodass der Flugverkehr um mindestens 70 bis 80 % zurückgeht. Verbot des gesamten Flugverkehrs unter einer Entfernung von 1000 km.
- Rückbau der weltweiten Lieferketten für die Industrie, sodass die Containerschiffahrt auf ein winziges Maß reduziert wird.

Im Kampf für ein anderes Verkehrssystem ist die Umstellung der Autoindustrie absolut unabdingbar. Da die Produktion und der Betrieb von öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus, Bahn etc.) weit davon entfernt sind, vergleichbare Profite wie die Massenproduktion von Autos zu erzielen, wird es niemals möglich sein, die betroffenen Kapitaleigner*innen zu einer solchen Umstellung zu bewegen. Der Kampf für eine entschädigungslose Enteignung und Vergesellschaftung dieser Produktionsmittel ist also die große Herausforderung im Kampf gegen den Klimawandel und für ein sozialeres und gesünderes Verkehrssystem.

24. Februar 2021

■ Übersetzung: Jakob S.

1 Um eine Kilowattstunde Speicherkapazität der Batterie zu produzieren, muss man 150–200 Kilo CO₂-Äquivalente (CO₂) produzieren. Zur Produktion der Batterien für ein kleines E-Auto muss man 6 Tonnen CO₂ freisetzen, für einen Tesla S (85 kWh) sind es 17 Tonnen CO₂. Um eine Vorstellung von den Größenverhältnissen zu bekommen: Ein Durchschnittsbürger in Deutschland hat einen CO₂-Ausstoß von 8,9 Tonnen (in Österreich 6,9 Tonnen, in den USA 15 Tonnen) pro Jahr.

2 Nicht zu vergessen ist die auch bei E-Autos fortgesetzte Instandhaltung von Autobahnen und Straßen als Teil der Infrastruktur: In den USA betragen 2014 die durchschnittlichen Kosten für den Umbau einer Sammelstraße in einem kleinen Stadtgebiet 1,5 Millionen Dollar und bei einer schon bestehenden Fahrbahn einer großen städtischen Autobahn 7,7 Millionen Dollar pro Meile.

3 Um eine Vorstellung von den Größenordnungen zu bekommen: Für ein Smartphone braucht man 3 Gramm, für einen Laptop 50 Gramm, für ein Tesla-E-Auto: 50 kg.

4 The Economist 31.8.1985

5 Der von der WHO definierte Grenzwert für Feinstaub liegt bei 45µg/m³ an 35 Tagen im Jahr.

6 Die von der EU definierten Grenzwerte: 45 – 50 dB(A) für die Nacht und 55 – 60 dB(A) für den Tag werden in vielen Städten, besonders in der Nähe der Flughäfen, überschritten.

7 In Berlin: 154 Stunden, in München: 140 Stunden <https://de.statista.com/infografik/4761/zeitverlust-im-stau-je-fahrer/>. Die Kosten wurden von verschiedenen Forschern errechnet: 80 000 Mio. Euro allein für Deutschland.

8 Es wird erwartet, dass die maximale Anzahl von E-Autos 150 Millionen erreichen wird, was bedeutet, dass die Zunahme von Benzinautos größer sein wird als die von E-Autos.

9 In Deutschland (1996) zahlten die Autobesitzer 63,7 Milliarden DM Steuern, aber gleichzeitig gab die Gesellschaft 301 Milliarden DM für die autobezogenen Teile des bestehenden Verkehrssystems aus.



WIRECARD UND ANDERE

Längere Zeit galt die Aschheimer Firma Wirecard, die sich ursprünglich mit Bezahlmethoden für Glücksspiele und Pornofilme einen Namen gemacht hatte, als einer der wenigen Stars am deutschen Digitalisierungshimmel. Nach Bekanntwerden massiven Betrugs schreit die offizielle Politik mal wieder nach neuen Gesetzen.

■ **Paul B. Kleiser**

Ein Betrag von 1,9 Mrd. Euro hatte wohl nie existiert, trieb aber den Aktienpreis auf fast 200 Euro, der dann auf weniger als zwei Euro abstürzte¹. Doch wurde Wirecard von der Politik – von allen Parteien außer der Linken – über Jahre in erheblichem Maße hofiert; man hoffte auf einen zweiten deutschen digitalen „Weltkonzern“ nach Art von SAP. Denn Digitalisierungsideologie verpflichtet. Ein Untersuchungsausschuss des Bundestages soll Licht in die Affäre bringen. Man kann Zweifel haben, ob die korrupten Querverbindungen des Lobby-Sumpfes – trotz des rühmlichen Engagements einiger Abgeordneter wie des Linken Fabio de Masi – aufgedeckt werden; die Parteien der GroKo mauern aus gutem Grund. Es gibt sogar Hinweise, dass de Masi von Geheimdiensten ausgespäht wurde. (SZ, 03.02.2021)

Der frühere bayerische Polizeipräsident Waldemar Kindler (natürlich mit CSU-Parteibuch) wurde 2013 in den Ruhestand verabschiedet. Innenminister Joachim Herrmann sagte beim Abschied, Kindler habe maßgeblich dazu beigetragen, „Bayern zum deutschen Meister (darunter geht’s nicht!) der inneren Sicherheit zu machen“. Doch was tut ein Spitzenbeamter, wenn ihm seine nicht zu knappe Pension nicht ausreicht? Für 3000 Euro im Monat bietet er Wirecard seine Dienste an und engagiert sich als Türöffner und Kontaktpfleger bis in die obersten Parteispitzen (der CSU) hinein. Er ließ seine Kontakte spielen, damit der Fahrer von Markus Braun,

CEO von Wirecard, einen Waffenschein bekam, was wahrscheinlich illegal war und zunächst vom Polizeipräsidentium München auch abgelehnt worden war. (SZ, 12.02.2021)

Der Wirecard-Konzern hatte über Jahre hinweg ein breites Netzwerk von Helfern aufgebaut, die der Politik weismachten, das Unternehmen sei „für den Wirtschaftsstandort“ Deutschland äußerst wichtig. Kein Geringerer als Ole von Beust, zwischen 2001 und 2010 Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, setzte sich für den angeblichen Technologiekonzern ein. Noch im März 2020 schrieb er ans Kanzleramt, Wirecard sei eine der „weltweit am schnellsten wachsenden digitalen Plattformen im Bereich Financial Commerce“. (SZ, 20.11.2020) Im früheren Bundesminister für Verteidigung Freiherr von und zu Guttenberg (CSU) hatte Wirecard einen besonders aktiven und engagierten Helfer. Er antichambrierte bei Merkel, weil Wirecard „eines der global führenden Technologieunternehmen im Bereich der Finanzdienstleistungen“ sei und die Absicht verfolgte, beim chinesischen AllScore Payment Service einzusteigen. So von Guttenberg instruiert, setzte sich sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Chinabesuch im Frühjahr 2020 für Wirecard ein. Dabei war das Kanzleramt bereits informiert, dass die Staatsanwaltschaft München ein Verfahren gegen Wirecard prüfte. (DER SPIEGEL, Nr. 42/2020)

Die „Austria Connection“ zur FPÖ und deren Jungstar Johann Gudenus, der für diese Partei zehn Jahre im Wiener Parlament saß, funktionierte ebenfalls prächtig. Der Co-Chef des Konzerns Jan Marsalek scheint vor den Strafverfolgungsbehörden über Wien nach Minsk ausgeflogen zu sein, ohne dass er an der Abreise gehindert wurde. Der frühere FPÖ-Nationalratsabgeordnete Thomas Schellenbacher – der seit Jahren wegen Korruptionsvorwürfen im Visier der Strafverfolgungsbehörden steht – hat inzwischen eingeräumt, für Marsalek einen Flug nach Minsk organisiert zu haben. Einzigartig sei der Skandal um Wirecard nur wegen seiner schrillen Details, schrieb *DER SPIEGEL* (Nr. 32/2020). Offenbar verfügte er über gute Verbindungen nicht nur zum russischen Geheimdienst, sondern vor allem zum österreichischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorbekämpfung (BVT), einer Behörde mit üblem Ruf. (SZ, 01.10.2020 und 26.01.2021) Die vielschichtige Verquickung von Wirtschaft und Politik zieht sich wie ein roter Faden durch alle Wirtschaftsskandale der Republik, egal ob es um FlowTex, Siemens, die Deutsche Bank, Mannesmann oder VW (Dieselskandal) ging. Überall entstanden Schäden in Milliardenhöhe, die Privatleute oder der Staat zu bezahlen hatten.

Einzigartig ist der Fall Wirecard nur, weil zwei oder mehr (österreichische) Manager es bei der Bilanzfälschung offenbar besonders toll trieben. Und weil sie Kritiker*innen der Geschäftspolitik unnachsichtig verfolgten, um sie zum Schweigen zu bringen. Vor allem die beiden Wirtschaftsjournalisten der *Financial Times* (FT), Dan McCrum und Stefania Palma, beschrieben über Jahre hinweg die krummen Aktivitäten des „House of Wirecards“ als ein bis dahin in Deutschland „weder gesehenes noch überhaupt vorstellbares wirtschaftliches Fehlverhalten“. McCrum beschäftigte sich seit 2014 mit dem Konzern und schrieb ein Jahr später die erste Serie von kritischen Artikeln. Ende Januar 2019 erschien ein Artikel von McCrum in der FT, in dem er die Ungereimtheiten des Singapurser Ablegers von Wirecard auflistete.² Der Artikel führte umgehend zu einem Einbruch des Aktienkurses. Die deutsche Wirtschaftspresse, allen voran das *Handelsblatt*, stellte sich bedingungslos hinter den Konzern und beschimpfte die Briten. Die Journalisten handelten sich sogar Strafanzeigen durch den inzwischen einsitzenden Vorstandschef Markus Braun und den flüchtigen Jan Marsalek ein. Die Finanzaufsicht BAFIN soll die beiden sogar aufgefordert haben, strafrechtlich gegen die FT vorzugehen. Sie erstattete sodann selbst Anzeige wegen Marktmanipulation bei der

Münchener Staatsanwaltschaft, die sodann Ermittlungen aufnahm. (SZ, 05.11.2020) Ironie der Geschichte: Mittlerweile können sich Insolvenzverwalter Michael Jaffé und die Staatsanwaltschaft München auf die Vorarbeiten der FT stützen.

Die Unternehmenskonstruktion von Wirecard mit mehr als fünfzig ineinander verschachtelten Gesellschaften diente offensichtlich der Verschleierung der realen (vergleichsweise bescheidenen) Geschäftstätigkeit. Denn ab 2006 wurde in den USA die elektronische Zahlungsabwicklung von Onlineglücksspielen verboten. Aus diesem Grund entfiel für Wirecard eine wichtige Einnahmequelle. (*DER SPIEGEL* Nr. 30/2020) Daraufhin begannen die Firmenchefs, in vielen Ländern Firmen (teilweise zu überhöhten Preisen, z.B. bei der Übernahme der Gateway Payment Solutions) aufzukaufen, so in Indien, Brasilien, Singapur und auf den Philippinen. Dadurch konnte die Gesamtbilanz aufgebläht und der Aktienkurs massiv in die Höhe getrieben werden. Nach den Untersuchungen der KPMG soll ein Mitarbeiter von Ernst & Young (EY) bereits 2016 auf einen möglichen Betrug durch Führungskräfte von Wirecard hingewiesen haben. Damals ging es um die Übernahme von drei Firmen in Indien über einen Fonds, an dem mehrere Führungskräfte wohl selbst beteiligt waren. Der Kaufpreis war offenbar überhöht, weil die Umsätze aufgebläht worden seien. Außerdem soll es einen Bestechungsversuch bei einem Mitarbeiter von EY gegeben haben. Laut KPMG sollen die Untersuchungen 2018 vom Vorstand Jan Marsalek höchstselbst beendet worden sein. (SZ, 01.10.2020) Inwiefern die Prüfer von EY ihren Verpflichtungen nicht oder nur schlampig nachgekommen sind – wie das ein Papier eines KPMG-Prüfers nahelegt (SZ, 10.12.2020) – ist Teil der Untersuchung des Bundestags und dürfte wohl auch noch die Staatsanwaltschaften beschäftigen. Denn viele Geschädigte stehen Gewehr bei Fuß.

Nicht alle Anleger*innen folgten den Erzählungen vom sagenhaften Erfolg des Unternehmens: Der auf Digital-Firmen spezialisierte „Digital Leaders Fund“ (DLF) z.B. prüfte ein Investment bei Wirecard nach dem Aufstieg in den Dax und engagierte sich nicht, weil er die Firma für einen „Fummelladen“ (FAZ a.S., 06.12.2020) hielt: Händlerbank, Zahlungsabwicklung, digitale Brieftasche, Issuing usw. Der Fonds wusste, dass man in diesem Bereich gewinnbringende Geschäfte nur über riesige Zahlen oder Beziehungen zu den Endkunden machen kann. Beides traf auf Wirecard nicht wirklich zu. Ansonsten waren große Zahlungsabwickler aus Verbindungen mit großen Inter-

nethändlern entstanden, so Paypal mit Ebay und Alipay mit Alibaba. Wirecard verfügte vor allem über Kunden kleineren bis mittleren Umfangs.

Gier frisst Hirn

Im Gegensatz zu DLF stellte sich der zur Deutschen Bank gehörende Fonds DWS besonders dumm an und legte zehn Prozent seines Geldes in Wirecard-Aktien an.³ Nach der Pleite macht DWS Ansprüche von 600 Mio. Euro geltend – das meiste Geld werden sie wohl abschreiben können. Das gilt auch für die Banken, die Wirecard Kredite gewährt haben – häufig ohne zureichende Sicherheiten. Dazu zählt auch die bundeseigene KfW, die – durch Verkauf ihrer Kredite – von 100 Millionen Euro gerade mal noch 10,9 Mio. retten konnte. Für ihre Geschäftspolitik interessiert sich bereits die Staatsanwaltschaft. Ein Konsortium von 15 Banken hatte Wirecard zuletzt 1,6 Mrd. Euro geliehen, wovon Wirecard im ersten Halbjahr 2020 gut die Hälfte abgerufen hatte. Zu den Kreditgebern gehörten neben der Deutschen Bank und der Commerzbank auch die LABA Baden-Württemberg, die DZ-Bank und diverse ausländische Banken wie die ING-Diba, Barclays und die Citibank. (SZ, 07.12.2020)

Das Wirecard-System funktionierte so lange, bis im Herbst 2019 der japanische Technologiekonzern Softbank als Investor einsteigen wollte. Die Japaner verlangten eine Sonderprüfung der Bilanzen, die diesmal von der KPMG vorgenommen wurde. Es stellte sich heraus, dass die nach Dubai zu Card Systems Middle East, das von Oliver Bellenhaus geführt wurde, transferierten Gelder angeblich auf die Banken BDO und BPI auf den Philippinen weitergeleitet worden waren.

Dieses Land ist weitgehend vom internationalen Finanzsystem abgekoppelt, denn es gilt als Hotspot der Geldwäsche. Die KPMG bat den philippinischen Treuhänder Mark Tolentino, ein ranghoher Regierungsmitarbeiter, Belege über die Einzahlungen auf den genannten Banken beizubringen. Nach längerem Zögern bekam EY (Ernst&Young) Ende März schriftliche Saldenbestätigungen über insgesamt 1,9 Mrd. Euro. Eine genauere Prüfung ergab aber, dass es sich bei den Belegen um Fälschungen handelte. Daraufhin versagte EY am 18. Juni 2020 das Testat für die Bilanz 2019. Der Skandal nahm seinen Lauf. Bereits eine Woche später musste Wirecard Insolvenz anmelden.

Der zur Überprüfung angestellte James Freis von der Deutschen Börse, der lange in Washington für das US-Finanzministerium gearbeitet hatte und es bis zum Direktor

der obersten Behörde für Geldwäsche der USA gebracht hatte, kam dem Betrugsversuch rasch auf die Schliche. Denn er fragte sich, warum Banken in einem Land, das so stark vom Dollar geprägt ist wie die Philippinen, Euro-Konten in Milliardenhöhe führen sollten. Außerdem schaute er sich die Geschäftsberichte der beiden Banken an und konnte keine Angaben zu größeren Euro-Beträgen in den Bilanzen feststellen. Selbst im Fall der Philippinen gilt es als unwahrscheinlich, dass so umfangreiche Euro-Treuhand-Konten außerhalb der Bilanzen geführt werden können. Und schließlich zeigten die Kontoauszüge, dass die Gelder angeblich per Handy überwiesen worden waren, was bei so hohen Summen kaum denkbar schien. Am 19. Juni 2020 brach das Kartenhaus zusammen. Jan Marsalek reiste nach Wien, bestieg in Bad Vöslau mit Seesack und Koffer ein kleines Privatflugzeug und rauschte Richtung Minsk ab, wo sich seine Spur verliert. (vgl. SZ, 28./29.11.2020)

Kapitalistische Träume und die Realität

Bei Wirecard mit immerhin 5 800 Angestellten gab es (natürlich) keinen Betriebsrat⁴ (man ist ja modern und selbstverantwortlich) und der Aufsichtsrat um den 75 Jahre alten Wulf Matthias war ein Witz. Sein Vize Stefan Klestil ist nicht nur der Sohn des früheren österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil (ÖVP), sondern wurde auch in Wien hauptsächlich als „Türöffner“ eingesetzt. Jan Marsalek, die Nummer zwei des Unternehmens, hatte offenbar gute Verbindungen zu Geheimdiensten, vor allem dem russischen, und träumte sogar vom Aufbau einer eigenen Privatarmee. Träumen durften – bis zum bitteren Erwachen – längere Zeit auch die Anleger*innen.⁵ Der Wirecard-Skandal ist ein Extremfall, aber kein Einzelfall im deutschen Kapitalismus.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst&Young (EY) prüfte die Bilanzen von Wirecard seit 2009. (Insofern würde auch der von Finanzminister Scholz geplante Wechsel alle zehn Jahre keine Veränderung gebracht haben.) Diese weltweit agierende Gesellschaft verschaffte Wirecard bis 2018 ein uneingeschränktes Testat, obwohl in den vorangegangenen zehn Jahren Aktionäre und Medien immer wieder auf Ungereimtheiten in den Bilanzen und Geschäftspraktiken hingewiesen hatten. Drei Frauen im Aufsichtsrat stellten sich sogar gegen die Geschäftsführung: Sie waren ziemlich schnell wieder draußen. Die Bankerin Tina Kleingarn wollte Bürgschaften für zwei eigenartige asiatische Geschäftspartner nicht genehmigen; sie konnte sich nicht durchsetzen und schied 2017 aus.

2018 war Anastasia Lauterbach als Expertin für Cybersicherheit in den Aufsichtsrat geholt worden. Sie stimmte 2019 gegen ein Aktien-Rückkaufprogramm (zum Hochtreiben des Kurses) und wollte einen Compliance-Ausschuss einrichten. McKinsey wurde beauftragt, die Strukturen zu durchleuchten und stellte unzählige Mängel fest. Der Vorstand um Markus Braun beendete die Zusammenarbeit umgehend.

Am 18. Juni 2019 fand in der Messe München die Jahreshauptversammlung von Wirecard statt. Die meisten Aktionäre waren voll des Lobes für die Geschäftsführung und die tolle Entwicklung des Aktienkurses. Ein naiv kapitalismusgläubiger Vater meinte, er werde ab sofort das Kindergeld für seine Tochter in diese Aktien stecken, „und glauben Sie mir, sie wird mir dafür verdammt dankbar sein“. (SZ, 01.08.2020)

Für die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) trat die schneidige Fachanwältin für Banken und Kapitalmarktrecht, Daniela Bergdolt auf. Sie kündigte vor einer mehrheitlich hasserfüllten Versammlung an, den Vorstand nicht entlasten zu wollen. Denn es hätten sich Berichte über Betrugsfälle in Singapur gehäuft. Und: „Ihr Risiko-Management kann nicht effizient sein, ihr Compliance-System kann nicht in Ordnung sein. Ihre Strukturen sind leider immer noch nicht an die Größe des Unternehmens angepasst.“ Wirecard sei ein Getriebener, der immer nur zugebe, was eh schon bekannt sei. Ein sich als besonders schlau vorkommender Aktionär nannte sie einen „digitalen Neandertaler“ (männliche Form!).

Eigentlich hätte die für die Finanzaufsicht zuständige BAFIN bzw. ihre für den Aktienhandel zuständige Unterabteilung Wirecard prüfen sollen. „Die BAFIN habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und sei pflichtgemäß Verdachtsmomenten nachgegangen“, behauptete der Chef Felix Hufeld. Auf ihren Schreibtischen lagen neben einer Reihe von Beschwerden Hinweise auf Insiderhandel. Statt aber den Beschwerden nachzugehen, zeigte die BAFIN die beiden Journalisten, die schon früh führend an der Aufklärung des Betruges arbeiteten, bei der Staatsanwaltschaft an. Und was machen Angestellte dieser Behörde außerdem? Sie zocken privat selbst mit Aktien eines Unternehmens, das sie kontrollieren sollten. Allein 2020 soll es 153 Wirecard-Geschäfte der Belegschaft gegeben haben; mit keiner anderen Aktie wurde in diesem Umfang spekuliert. Bezeichnenderweise sind solche Geschäfte in Deutschland – im Unterschied zu anderen EU-Ländern und der EZB – nicht einmal verboten. Bisher führte das klägliche Versagen der BAFIN und ihres Chefs Felix

Hufeld nicht dazu, dass dort aufgeräumt wurde und Köpfe rollen. (SZ, 02.09.2020 und 18.11.2020) Hufeld scheidet Ende März 2021 bei voller Pension aus!

Wirecard hatte bei 15 Hausbanken, darunter der Commerzbank, der LBBW, der ING, Barclays, der Citibank, bei kleineren österreichischen Banken sowie sogar der staatlichen KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) insgesamt 3,2 Mrd. Euro an Krediten aufgenommen. Nach den kritischen Presseberichten im Herbst 2019 legte der Konzern eine Anleihe von 1,4 Mrd. Euro auf und zahlte damit alte Schulden zurück. Man tat so, als gebe es keine finanziellen Probleme. Noch im Januar und sogar im April 2020 wurden weitere Kredite über 300 Mio. und 500 Mio. Euro aufgenommen. Bereits Ende April 2020 wurde der verheerende Bericht der KPMG veröffentlicht. Da nur wenig Restvermögen aufgefunden wurde (auf den Konten des Unternehmens fand der Insolvenzverwalter gerade noch 26,8 Mio. Euro), dürfte sich die Schadenshöhe auf deutlich über drei Milliarden Euro belaufen. Der von Wirecard angerichtete Gesamtschaden geht in Richtung zwanzig Milliarden Euro!

Der Vertreter der Linken im Untersuchungsausschuss des Bundestages, de Masi, meinte ganz zu Recht: „Wirecard ist ein Fenster in unsere Zeit“. Viele Menschen hätten sich von der Story und dem vermeintlich neuen (modernen) Geschäftsmodell blenden lassen. „Ich bin nicht gegen Innovationen, sondern gegen Innovation bei der Bilanzierung.“

Besonders problematisch ist auch das deutsche System der Aufsichtsräte, wie nicht nur der Fall Wirecard gezeigt hat. Häufig wechseln frühere Vorstandsvorsitzende in den Aufsichtsrat, was bis vor kurzem bruchlos möglich war; nun verlangt der Gesetzgeber immerhin eine „Abkühlphase“. Oder aber man bittet Kollegen (kaum Frauen) aus befreundeten Unternehmen oder von Großkunden, solche Sitze einzunehmen. Eine wirkliche Kontrolle kann so nicht stattfinden. Bekanntlich hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus.

Die Deutschland-AG

Die Liste von Korruptionsaffären deutscher Unternehmen ist lang. Bis 1999 war es nicht einmal ein Straftatbestand, im Ausland Gelder für die Akquisition von Aufträgen zu verteilen. Erst danach wurden Compliance-Abteilungen eingerichtet, die über das gesetzeskonforme Verhalten wachen sollen.

Im Jahre 2006 wurde eine Korruptionsaffäre bei Siemens aufgedeckt. Hunderte Millionen Euro waren

in schwarzen Kassen angelegt worden, um einflussreiche Personen und Behörden zu bestechen und so an möglichst große Aufträge zu kommen. Der Abschlussbericht der Staatsanwaltschaft förderte zutage, dass auch hochrangige Vorstandsmitglieder in das Korruptionssystem eingebunden waren. Gegen kritische Betriebsräte der IG Metall hatte man sogar eine firmeneigene Gewerkschaftsstruktur mit hörigen Räten aufgebaut. Insgesamt sind wohl 1,3 Mrd. Euro an Schmiergeldern geflossen. Ob der seit 1992 amtierende CEO Heinrich von Pierer selbst in das System eingebunden war, konnte nicht endgültig geklärt werden, gilt aber als sehr wahrscheinlich. Unter seiner Ägide hätte jedenfalls noch nicht einmal die Aufklärungsarbeit geleistet werden können, die es dann gab. Immerhin wird der Schaden auf mindestens 2,5 Mrd. Euro geschätzt. (*Handelsblatt*, 25.01.2016) Vor einem Athener Gericht wurde bis Herbst 2019 drei Jahre lang gegen Pierer und 21 andere (frühere) Vorstände verhandelt; in Griechenland hatte es der Konzern bei der Digitalisierung der Telefongesellschaft OTE besonders toll getrieben. Im November 2019 verhängte das Gericht Freiheitsstrafen zwischen sechs und 15 Jahren wegen Bestechung und Geldwäsche. (*Die Zeit*, 02.12.2019) Aber natürlich schützt der deutsche Staat seine Schäfchen vor dem Zugriff der griechischen Justiz.

Die Reduzierung der Zuarbeit für den Staat durch dessen Privatisierungen (Post, Telekom) und die unklare Geschäftsausrichtung brachten für Siemens eine fast permanente Ertragsschwäche mit sich. Besonders schlecht entwickelte sich die Energiesparte, weil Siemens traditionell auf Großtechnologien setzte. Der Umbau dieses Sektors auf eher dezentrale Lösungen brachte es mit sich, dass Siemens für kleinteilige Lösungen wenige Angebote hatte. Auch der Kauf des US-Kompressorenherstellers Dresser-Rand durch Kaeser war zwar ein weiterer Schritt in Richtung Aufbau eines „global players“, ohne dass hier jedoch ein klares Konzept dahinterstand. Pierers Nachfolger Peter Löscher konnte kein glaubwürdiges Gesamtkonzept entwickeln. So fiel Siemens immer weiter hinter die Konkurrenz (General Electric) zurück.

11.02.2021

1 Der Wertverlust für die getäuschten Aktionäre ist schwer zu errechnen, da ja unbekannt ist, zu welchem Preis die Aktien jeweils eingekauft wurden und welche Rolle Leerverkäufe spielten. Geht man jedoch vom Höchststand aus, dann gingen mindestens 13 Milliarden Euro den Bach runter.

2 Vgl. den ganzseitigen Artikel „Jäger und Sammler“ über Dan McCrum in der *Süddeutschen* vom 03.02.2021. Mittlerweile hat er diverse Auszeichnungen bekommen.

3 Der Aktienkurs der Deutschen Bank lag schon mal bei fast 120 Euro; heute dümpelt er bei etwa acht Euro dahin!

4 Der Konzern nutzte eine Gesetzeslücke, wonach Mitarbeiter*innen von Tochterunternehmen nicht automatisch dem Konzern zugerechnet werden. Dies gilt, wenn die Töchter weniger als 500 Beschäftigte haben und kein formaler „Beherrschungsvertrag“ besteht.

5 Einige hatten ihr ganzes Vermögen in Aktien von Wirecard investiert. Täglich gehen bei der Bundeskanzlerin Briefe und Mails ein, die um Hilfe bitten (insgesamt viele Tausend, *SZ* 04.02.2021). So tragisch viele Einzelschicksale sein mögen, diese Leute haben gegen das 1. Gebot der Geldanlage verstoßen: Niemals alle Eier in einen Korb!



ZWÖLF THESEN ZUR PANDEMIE

Diese wurden anlässlich eines in Mannheim am 18. März 2021 zu diesem Thema gehaltenen Vortrags vorgestellt.

■ **Winfried Wolf**

1 Pandemie als Tatbestand – Epidemiologie als Wissenschaft

Covid-19 ist mit weltweit 2 681 644 (oder knapp 2,7) Millionen Todesfällen und mit 73 000 Corona-Toten in Deutschland (jeweils in rund 14 Monaten) die größte Pandemie seit der Spanischen Grippe Ende des Ersten Weltkriegs.¹ Darüber sind sich WHO, die Regierungen aller Länder und alle relevanten wissenschaftliche Einrichtungen der Virologie und Epidemiologie einig. Dass es Corona-Leugner gibt – auch in der Virologie und Epidemiologie – ist normal. Ebenso wie es Klimaleugner gibt (auch unter Klimatologen). Doch ein Anzweifeln der Grunderkenntnisse dieser Wissenschaften und Institutionen ist absolut minoritär. Richtig allerdings ist: Wir müssen immer kritisch sein. Bzw. dabei auf die kritischen, linken Bereiche in diesen Wissenschaftsdisziplinen schauen (z. B. die Gruppe „Krankenhaus statt Fabrik“ bzw. den Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte – VdÄ).

2 Bedrohliche Dynamik und dritte Welle

Die Dynamik der Pandemie hat sich in letzten Monaten enorm intensiviert – obgleich inzwischen weltweit einige hundert Millionen Menschen geimpft werden konnten. Die Zahl der Corona-Toten hat sich seit Anfang November 2020 und bis zum 18. März 2021 von 1 Million auf die genannten 2,7 Millionen um mehr als das 2,5fache gesteigert. In Deutschland hat sie sich im gleichen Zeitraum VERSEBENfacht (von 10 538 auf 74 043). Allein im Zeitraum

1. Januar 2021 bis 18. März 2021 starben in Deutschland 40 483 Menschen „an und mit Corona“. Im gesamten Jahr 2020 waren es „nur“ 34 194 Corona-Tote.²

Leider spricht viel dafür, dass diese Situation noch bis zum Herbst 2021 anhält, zumal wir in vielen Ländern seit einigen Wochen – so insbesondere in Deutschland – eine dritte Welle erleben. Stichworte: Mutanten mit höherer Infektiosität und höherer Letalität. Eine „Herdenimmunität“ kombiniert mit einer ausreichend großen Zahl Geimpfter wird in Europa erst im Herbst erreicht sein. Weltweit frühestens Mitte 2022. Wir werden beim aktuellen Gang der Dinge in Deutschland im Herbst 100 000 Corona-Tote zu beklagen haben. Weltweit mehr als 3,5 Millionen.

3 Richtige und falsche Vergleiche

Richtig ist, dass weiter viele Menschen unnötig an Krankheiten – auch ansteckenden – sterben. Und dass es eine Verantwortungslosigkeit des Westens ist, darüber hinwegzusehen bzw. nicht das zu unternehmen, was hierfür erforderlich wäre. Falsch ist jedoch, damit Covid-19 zu relativieren. Zumal viele dieser Vergleiche inzwischen ins Leere gehen.

Erinnert sei an die Vergleiche mit den Straßenverkehrstoten, die im Frühjahr und Mitte 2020 genannt wurden, um die Corona-Toten zu relativieren. Heute haben wir in Deutschland im Jahr 20mal mehr Corona-Tote als Straßenverkehrstote.³ Erinnert sei auch an die vielfachen

Vergleiche mit den Grippe-Toten. Inzwischen ist die Übersterblichkeit in Deutschland (und in Europa) eindeutig gegeben – und damit deutlich höher als in den Jahren mit starken Grippe-Wellen.

4 Das marode Gesundheitssystem.

Natürlich ist das Gesundheitssystem marode. Stichworte: Bettenabbau – miserabel bezahlte und zu wenige Pflegekräfte. Selbst 2020 wurden erneut 20 Krankenhäuser geschlossen! Das müssen wir kritisieren – und das tun wir.

Doch auch das beste Gesundheitssystem der Welt hat keine Chance, eine unkontrolliert sich ausweitende Epidemie „aufzufangen“. Im Übrigen gibt es enorme Erfolge in der Bekämpfung von Covid-19 ausgerechnet in Ländern mit einem eher wenig entwickelten Gesundheits- und Klinik-System. Es ist also falsch, einen direkten Zusammenhang herzustellen zwischen einem ausgebauten Gesundheitssystem und einer guten Epidemie-Bekämpfung.

5 Wir unterstützen nicht die Merkel-Politik. Im Gegenteil!

Die Bundesregierung hat in den Jahren vor der Corona-Epidemie absolut versagt (siehe die RKI-Studie zu „ModiSARS“ 2012). Sie hat in den ersten 10 Wochen 2020 versagt (siehe die vielfachen Erklärungen von Merkel, Spahn und Wieler, wonach keine Epidemie drohen würde, wonach Masken nichts taugten usw.) Sie hat mit ihrer Öffnungspolitik ab Juni 2020 versagt (und die Warnungen vor einer zweiten Welle in den Wind geschlagen). Sie pampert Pharmaunternehmen und lässt deren Preistreiberei und Selektierung bei der Belieferung mit Impfstoffen zu. Einige „Volksvertreter“ von CDU/CSU im Bundestag erwiesen sich als korrupt und verdienten massiv an Masken-Aufträgen. Ein Ex-CSU-Landesminister, der auch heute noch zum führenden Kreis der CSU zählt, wurde mit Maskengeschäften Millionär. Der Gesundheitsminister Spahn erwies sich als Ankündigungsminister. Das Absetzen des Impfstoffes von Astra-Zeneca war wenig verantwortungsvoll und dürfte der Impfkampagne massiv Schaden zugefügt haben. Der Jojo-Lockdown, den die Merkel-Regierung praktizierte, kostete Zehntausende unnötig das Leben.

Das komplette Versagen dieser Regierung ist ein entscheidender Grund für unser Plädoyer für einen solidarischen Shutdown von unten – gesellschaftlich getragen.

6 Die psycho-sozialen Schäden sind real

Unbestreitbar sind die Schäden, die mit den Restriktions-

maßnahmen angerichtet werden, enorm – im Bereich des Psychisch-Sozialen, für Kinder und Jugendliche; hinsichtlich der Gewalt gegen Frauen. Doch diese Schäden sind vor allem der Zick-Zack-Politik der Regierung geschuldet, mit der die Dauer solcher Restriktionen immer aufs Neue verlängert wird.

Und vor allem gilt: Wer von den psycho-sozialen Folgen der Restriktionen spricht, darf von den psycho-sozialen Folgen, die mit dem frühzeitigen und unnötigen Tods von bislang 73 000 Menschen verbunden sind, nicht schweigen – Tote, um die mehrere hunderttausend Menschen trauern.

Wobei ja auch da gilt: Es wären deutlich mehr Corona-Tote, hätte es keine Lockdowns gegeben, ließe man eine ungehinderte Ausbreitung des Virus zu.

7 Solidarischer Shutdown – eine realistische Perspektive

Unsere Initiative plädiert für einen solidarischen Shutdown. Die Debatte um die „Null“ ist dabei Spiegelfechterei – dazu noch unten. Wichtig ist, dass es ein klares Ziel gibt: Die Zahl der Neuinfektionen muss auf nahe Null gesenkt werden. Erst dann können die Infektionen im Einzelnen verfolgt und eine Ausbreitung des Virus so gut wie zum Stoppen gebracht werden.

Ein solcher Shutdown muss sozial abgesichert sein („Schutzschirm“); Geld ist genug da, wie uns tagtäglich demonstriert wird. Dieser Shutdown müsste für einen klar abgrenzbaren Wirtschaftsraum gelten. Wir sagen „Europa“; faktisch ist das die um GB, Norwegen und die Schweiz erweiterte EU. Und er müsste vor allem die gesamte Gesellschaft erfassen, also auch den größten Teil der Wirtschaft.

Eine solche Politik verfolgt auch das Ziel: Die Ausbreitung der Mutanten muss unbedingt gestoppt, die Entwicklung neuer Mutanten verhindert werden. Anderenfalls ist die Gefahr einer sprunghaften Ausweitung der Epidemie enorm. Siehe die dramatische Entwicklung, die es in Portugal in den Monaten Januar und Februar 2021 gab.

8. Drei Gegenargumente – und die Antworten

Gegen Zero-Covid werden im Wesentlichen drei Argumente vorgebracht:

(1) „Zero“ sei unrealistisch. Antwort: Das ist eine politische Zahl. Wie wir sie anderswo auch verwenden. Wir fordern auch eine „Null-CO₂-Wirtschaft“. Die offizielle Politik in Schweden lautet: „Null Straßenverkehrstote“. Realistisch? Eher nicht. Aber politisch richtig.

(2) Dass „Zero-Covid“ europaweit zu erreichen, sei unrealistisch. Antwort: Der genannte Raum ist weit realistischer einzugrenzen und bietet den Menschen in diesem Raum weit mehr Freiheiten, als dies z. B. in Neuseeland oder auch im Raum Australien der Fall ist.

(3) Die Raumbegrenzung sei „eurozentristisch“. Argumentiert man so, dann muss man jede Forderung auf BRD-Ebene als „nationalistisch“ geißeln. Wir fordern bewusst nicht einen nationalen Alleingang – was deutlich einfacher und „populärer“ wäre. Umgekehrt wäre eine Forderung, die Pandemie-Bekämpfung durch einen WELT-Shutdown anzugehen, abstrakt gesehen nicht falsch – aber nochmals deutlich weniger „realistisch“ als der Ansatz „Europa“.

Zumal es in anderen Regionen ja längst die Politik „zeroCovid“ gibt. Für 1,8 Milliarden Menschen gilt (als erklärtes Politik-Ziel) zero Covid.

9. Andere Länder betreiben „zero Covid“ – mit einigem Erfolg

Als Internationalistinnen und Internationalisten sollten wir über den Tellerrand der Republik und den der EU schauen. Tatsächlich gibt es mit China, Neuseeland, Australien, Vietnam, Südkorea, Kuba und teilweise auch Japan rund ein Dutzend Länder, in denen eine solche zero-Covid-Politik betrieben und eine Eindämmungspolitik des Corona-Virus in Ansätzen gelungen ist. Damit konnte bislang das Leben von Hunderttausenden Menschen gerettet werden.

Es lohnt sich, die weltweite Corona-Bilanz genauer zu studieren: Bis zum 18. März starben weltweit, wie erwähnt, mehr als 2,7 Millionen Menschen den Corona-Tod, 540 000 in den USA, 770 000 in der EU plus Großbritannien, die Schweiz und Norwegen, 670 000 in Lateinamerika. Wie lässt sich erklären, dass gut drei Viertel aller Corona-Toten auf Regionen entfallen, in denen nur 18 Prozent der Menschheit leben? Oder: Warum starben in den Niederlanden 26mal mehr den Corona-Tod als in Australien – bei vergleichbarer Einwohnerzahl? Warum in Irland 174mal mehr als in Neuseeland – zwei Inseln mit vergleichbarer Einwohnerzahl? Warum in Italien 52mal mehr als in Südkorea – bei vergleichbarer Einwohnerzahl? Warum auf der reichen Halbinsel Florida 48mal mehr als auf der armen Insel Kuba?

Sicher gibt es eine Vielzahl von Gründen (wie durchschnittliches Alter in der Gesellschaft; Anteil von Vorerkrankungen usw.), die für diese krass unterschiedliche Bilanz eine Rolle spielen. EIN Faktor dürfte jedoch wich-

tig sein: Je direkter die Kapitalinteressen wirken können, desto größer die Opferzahl. Oder auch: Je mehr der Staat (z. B. in Asien) für einen gewissen Schutz sorgen konnte und je mehr es an innergesellschaftlicher Solidarität gibt, desto besser die Bilanz bei der Pandemie-Bekämpfung.

Auch gilt: Dort, wo es eine autoritative – in der Gesellschaft weitgehend anerkannte – Regierung gibt und dort wo es einen relativ großen gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt, war diese Zero-Covid-Politik am erfolgreichsten.

Und: Dort war dies keineswegs notwendigerweise mit Zwang verbunden. Oft erfolgte dies auf Basis einer breit getragenen gesellschaftlichen Übereinkunft.

Die Ministerpräsidentin von Neuseeland sprach in ihrer Zero-Covid-Politik immer von einem „5-Millionen-Team“. Sie hatte damit Erfolg – im Zeitraum März 2020 bis 18.3.2021 gab es auf Neuseeland 26 Corona-Tote! Und: Sie erhielt bei den Wahlen im Oktober das Dankeschön der Bevölkerung und erzielte einen enormen Wahlsieg.

10. Wo stehen die Bosse & Banker?

Bislang wird die Wirtschaft im Sinne der Produktion in der offiziellen Corona-Politik fast komplett ausgeblendet. Dabei verbringen mehr als 35 Millionen Deutsche den größten Teil des Tages in Fabriken, Büros, auf Baustellen, in Logistik-Zentren usw. Und JEDE Ansammlung von Menschen auf engerem Raum trägt zur Ausbreitung der Epidemie bei. Die offizielle Corona-Politik ist schlicht und einfach auch Klassenpolitik: Sie trifft die besonders Schwachen – und sie spart die besonders Starken aus.

Für jede fortschrittliche, linke Politik sollte die Frage entscheidend sein: Wo stehen Kapital, Arbeitgeberverbände und die neoliberalen Parteien und Politiker? Die Antwort ist eindeutig: Je weiter man nach rechts geht und je näher man in „Tuchfühlung“ zum großen Kapital gelangt, desto lauter wird der Ruf nach „Lockerung“. „Weg mit den Restriktionen!“ „Man muss differenzieren!“ „Ein Ende mit der Corona-Diktatur!“ Alle rechten, rechtsextremen und „neoliberalen“ Parteien, Politiker und Institutionen – Lindner, Kubicki, Gauland, Bolsonaro, Elon Musk, BDI/BDA, Confindustria, Wall Street Journal oder Börsen-Zeitung usw. rufen nach solchen Lockerungen. Sie speien Gift&Galle gegen eine Einbeziehung der Wirtschaft in Restriktionen. Und konkret gegen ZeroCovid. Sie sprechen von „Corona-Diktatur“. Der Vertreter des Instituts der Wirtschaft (IW), Michael Hüther, erklärt dies damit, dass das „Leben ja schon immer ein Weg hin zum Tod“ gewesen sei“.

In DIESEM Zusammenhang entdecken sie JETZT die Interessen von Frauen und Kindern. Und in DIESEM Kontext beziehen sie sich JETZT auf „unsere Verfassung“. Das ist nichts als zynische Heuchelei.

Doch diese Haltung ist nicht primär inhuman. Sie ist primär kapital-logisch. Das Arbeitsleben muss aus Sicht der Kapital-Vertreter bei den Restriktionen möglichst ganz ausgeklammert werden, weil diese kapitalistische Wirtschaft auf Gewinn und damit auf der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beruht. Selbst der Home-Office-Anteil ist im März 2021 nur halb so groß wie im April und Mai 2020. Eine direkte Kontrolle am Arbeitsplatz bedeutet auch eine höhere Mehrwertrate. Die Autokonzerne erlebten 2020 zwar Umsatzrückgänge. Doch sie hatten gleichzeitig erneut fette Gewinne – weitgehend ko-finanziert mit Kurzarbeit-Geldern (also aus Kassen, die von den Arbeitnehmenden und den Steuerzahlenden ko-finanziert werden).

11. Solle man nicht besser „differenzieren“? Die Alten schützen?

Die Forderung „Die Alten zu schützen“ ist absolut richtig. Und die Kritik an den Zuständen in den Altenheimen ist völlig gerechtfertigt. Doch zunächst sind es doch die Liberalen, sind es CDU, CSU, SPD, FDP usw., die jetzt vom „Schutz der Alten“ reden, die jedoch diese Zustände mit ihrer Privatisierungspolitik geschaffen haben.

Wobei für die Altenheime und für die alten Menschen insgesamt gilt: Einen wirksamen „Schutz“ für diese Menschen kann man nur erreichen, wenn man *die Gesellschaft als Ganzes* schützt. In den Heimen leben knapp eine Million Menschen. Insgesamt liegt der Anteil der Menschen im Alter von 75 und mehr Jahren bei 10% der Gesamtbevölkerung. Das sind acht Millionen Menschen. Diese (und ihre Angehörigen, Pflegende usw.) zu „schützen“ hieße, sie auf viele Monate wegsperren. Was ja vielfach erfolgt. Und was skandalös ist.

Faktisch läuft die Forderung „die Alten schützen“ auf eine unsolidarische *Spaltung der Gesellschaft* hinaus. Junge, „leistungsfähige“ und gesunde Menschen sollen möglichst wenige Restriktionen erleben, sollen feiern und genussvoll Urlaub machen können. Die Alten werden isoliert. Und sterben einen Tod in Dunkelheit und Einsamkeit.

12. Fördert zero Covid den „autoritären Staat“?

Das Gegenteil ist der Fall: Zickzack-Kurs und Jojo-Lockdown befördern Staatsverdrossenheit, Politikmüdigkeit, rechte Tendenzen und den autoritären Staat. Das ist aktuell

besonders deutlich. Die offizielle Politik hat die Forderungen nach „Öffnungen“ befeuert. Jetzt wird mitten in eine dritte Welle hinein geöffnet. Das muss Tausende zusätzliche Tote kosten. Es ist unter diesen Bedingungen extrem schwierig, nun das Ruder wieder herumzureißen und einen neuen Lockdown zu begründen – und umzusetzen. Die Glaubwürdigkeit der offiziellen Corona-Politik ist schlicht und einfach nahe zero.

Auf diese Weise gewannen die Querdenker & Corona-Leugner Aufwind – und sie werden neuen Aufwind gewinnen. Die Infragestellung demokratischer Rechte wird vor allem dadurch gefördert, dass es mehr als ein Jahr lang die bekannten Restriktionen mit dem sattsam bekannten Auf und Ab gab.

Länder, die eine relativ erfolgreiche Eindämmungspolitik betrieben haben, sind heute nicht autoritärer als vor der Epidemie. Auf Neuseeland trifft das Gegenteil zu. Umgekehrt zeigen die genannten Länder, in denen es eine solche relativ erfolgreiche Politik der Eindämmung gab, dass dort wieder für den größten Teil der Bevölkerung ein relativ normales Alltagsleben stattfinden kann. Siehe die Bilder gestern vom „America’s Cup“ aus Neuseeland. Siehe vor wenigen Wochen die Bilder von den „Australian Open“ – jeweils Filmberichte mit Tausenden Menschen, die begeistert und ohne Masken feiern konnten. Warum? Weil erfolgreich eine Zero-Covid-Politik betrieben wurde.

Bilanz

Worum muss es bei einer verantwortungsbewussten linken Politik gehen?

Die Pandemie ist Realität. Eine Übersterblichkeit von mehr als 20 Prozent im Dezember 2020 und Januar/Februar 2021 – und in einzelnen Bundesländern von mehr als 40 Prozent – das gab es noch nie seit 1945. Diese Pandemie trifft deutlich überproportional diejenigen, die arm sind, die einkommensschwach sind, die in prekären Verhältnissen leben, die aufgrund ihres Alters und ihrer Wohnsituation besonders gefährdet sind. Das sind die Menschen, die für uns als Humanistinnen und Humanisten – und linke Politik muss immer humanistische Politik sein – im Zentrum stehen sollten.

Der Kern der Epidemie hat mit Kapital und kapitalistischer Globalisierung zu tun. Stichwort: Zoonose.

Wir können und müssen das erklären.

Der Kern des Versagens in der Bekämpfung der Pandemie hat mit der *kapitalistisch* verfassten Gesellschaft zu tun. Stichworte: Fallpauschale; Ausschluss der Wirtschaft bei den Eindämmungsmaßnahmen und Lockdowns.

Wir können und müssen das erklären.

Die zentrale Erkenntnis für eine wirksame Bekämpfung der Pandemie ist die, die die Menschen seit Jahrhunderten im Kampf gegen Seuchen gewonnen haben: Eindämmung, Isolierung, Verfolgung der Infektionsketten, um sie zu unterbrechen; Heilung Erkrankter. Das erfordert eine solidarische Bewegung von unten. Das lässt sich mit den konkreten Erfahrungen und Länder-Beispielen belegen.

Das können und müssen wir erklären.

Und: Wir müssen uns dafür in einem bestehenden und wachsenden Bündnis engagieren.

Wilhelmshorst bei Berlin, 18. März 2021

1 Angabe hier und im weiteren Verlauf nach der Johns Hopkins University; Stand: 18. März 2021

2 Hier nach: www.worldometer.info. Bei dieser Statistik sind die Angaben für die einzelnen Länder exakt zurück verfolgbar für einzelne Zeitpunkte.

3 2020 waren es 2724 Straßenverkehrstote (Corona-bedingt 300 weniger als 2019).



MEHR ZU DIESEM THEMA

Unter einer etwas anderen Akzentsetzung hat der Autor W. Wolf auf derselben Veranstaltung in Mannheim ein Interview zu dem Thema ZeroCovid gegeben. Nachzulesen auf der Homepage der ISO Rhein-Neckar unter dem Link: <https://iso-4-rhein-neckar.de/millionen-corona-tote-resultat-einer-klassenpolitik-von-oben/>

Ernest Mandel bei ISP



Ernest Mandel

Marxistische Wirtschaftstheorie

Schriften 1

818 Seiten, Hardcover, 49,80 Euro

2007, ISBN 978-3-89900-115-0

Ernest Mandel

Macht und Geld

Eine marxistische Theorie der Bürokratie

318 Seiten, Hardcover, 21,50 Euro

2000, ISBN 978-3-929008-73-9

Ernest Mandel

Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes

191 Seiten, 17,80 Euro

2018, ISBN 978-3-89900-152-5

Ernest Mandel

Einführung in den Marxismus

isp-pocket 4

239 Seiten, 12,00 Euro

8. Auflage 2008, ISBN 978-3-89900-004-7

Ernest Mandel

Die langen Wellen im Kapitalismus

Eine marxistische Erklärung

130 Seiten, 8,50 Euro

2. Auflage 1987, nur direkt ab Verlag lieferbar

Ernest Mandel

Oktober 1917

Staatsstreich oder soziale Revolution?

Zur Verteidigung der Oktoberrevolution

167 Seiten, 12,50 Euro

1992, ISBN 978-3-929008-36-4

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

FÜR EINE CORONA-POLITIK IM INTERESSE DER ARBEITER*INNENKLASSE

Eine solidarische Kritik an #ZEROCOVID. Innerhalb kurzer Zeit war es den Initiator*innen der #ZeroCovid-Kampagne gelungen, über 100 000 Unterschriften für ihren Aufruf zu sammeln. Einige ihrer Protagonist*innen sahen schon den Beginn einer neuen sozialen Bewegung und kündigten die Bildung zahlreicher Nachbarschafts- und Betriebsgruppen an.

■ **Sascha Staničić**

■ Nach einer anfänglich hohen medialen Aufmerksamkeit kann man nach zwei Monaten bilanzieren, dass die Kampagne wenig Mobilisierungskraft und reale Wirkung entfaltet hat. Das hängt mit der falschen Fokussierung auf die Reduzierung Neuinfektionen auf null zusammen, die unter Linken und in der Arbeiter*innenklasse Kontroversen statt Mobilisierungskraft auslöste, was zu erwarten war.

Die zentrale Forderung der #ZeroCovid-Kampagne ist es, durch einen europaweit (aus Platzgründen kann ich nicht auf den Eurozentrismus des Aufrufs eingehen) koordinierten Shutdown, der das Wirtschaftsleben einbezieht, die Zahl der Neuinfektionen auf null zu senken: „Das Ziel darf nicht in 200, 50 oder 25 Neuinfektionen bestehen – es muss Null sein.“ Die Maßnahmen der Regierungen werden als nicht ausreichend bezeichnet und die These vertreten, dass nur eine kurze Zeit (die jedoch nicht näher definiert wird) nötig sei, um das Ziel von null Neuinfektionen zu erreichen.

Infektionen nachverfolgen

Die mittlerweile mit voller Wucht stattfindende dritte Welle der Pandemie zeigt, dass entschlossene Maßnahmen

zur drastischen Senkung der Infektionsrate dringend nötig sind – und dass die von Kapitalinteressen geleitete Politik der Bundes- und Landesregierungen hier versagt. Solange die Neuinfektionen nicht nachvollziehbar sind, ist das Virus kaum einzudämmen. Eine solche Nachverfolgbarkeit bedarf jedoch nicht einer Null-Infektionsrate, also einer kompletten Ausrottung des Virus. Es kann keine wissenschaftlich fundierte Antwort darauf geben, ab welcher Zahl einer solche Nachverfolgbarkeit möglich ist, denn die Frage der Nachverfolgung von Neuinfektionen hat nicht nur etwas mit der Anzahl derselben zu tun, sondern vor allem auch mit der Arbeitsfähigkeit – und damit Personalausstattung – der Gesundheitsämter und mit der angewandten Teststrategie.

Wir sind gleichzeitig skeptisch, dass eine Senkung der Neuinfektionen auf null, auch noch in einem kurzen Zeitraum, eine realistische Zielsetzung ist, solange nicht der Großteil der Bevölkerung geimpft wurde. Das Virus vollständig auszumerzen, ist in einer kapitalistischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik unrealistisch und wäre, wenn überhaupt, wohl nur mit „Repression nach innen und Abschottung nach außen“ (Raul Zelik) erreichbar.

Vor allem aber sollte der Kampf gegen die Pandemie nicht mit Scheuklappen geführt werden, sondern die gesellschaftlichen Folgen, insbesondere die ökonomischen und psychosozialen Folgen für die Arbeiter*innenklasse, die Jugend und sozial Benachteiligte und auch das Bewusstsein und die Stimmung unter diesen, müssen bei der Ausarbeitung von Forderungen und Strategien mit bedacht werden.

Solidarischer Shutdown?

#ZeroCovid stellt eine Reihe von wichtigen sozialen Forderungen auf, die wir teilen, wenn sie uns auch vielfach nicht weit genug gehen.

Forderungen nach Lohnfortzahlung im Falle von Betriebsschließungen durch einen Shutdown, nach Lohnerhöhungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen, nach Rücknahme der Privatisierungen und Schließungen von Krankenhäusern und der Abschaffung des Fallpauschalensystems in denselben sind völlig richtig. Sie sind schon lange Teil des Programms der Sol und auch anderer linker Gruppen, wie auch die Forderung danach, dass die Reichen und Vermögenden durch eine Sonderabgabe für die Kosten der Pandemiebekämpfung aufkommen sollen.

Wir teilen aber nicht die Auffassung, dass der Lockdown des Privatlebens, der von den Regierenden verhängt wurde, einfach „nicht ausreicht“ und durch einen Lockdown der Wirtschaft erweitert werden muss. Auch wir fordern schon lange, dass alle Wirtschaftsbereiche, die nicht zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung nötig sind, geschlossen werden sollten und Ausnahmen nur mit Zustimmung der Beschäftigten und bei bestehenden wirksamen Hygienekonzepten erlaubt sein dürfen. Wir sind aber auch der Meinung, dass die Einschränkungen im Privatleben, im Bildungswesen und anderen gesellschaftlichen Bereichen auf der Basis anderer Maßnahmen flexibler gestaltet werden könnten. Viele der verhängten Maßnahmen – von den rigiden Kontaktbeschränkungen unter freiem Himmel über geschlossene Zoos bis zu den nächtlichen Ausgangssperren – sind unsinnig und wirkungslos.

Wirkungsvolle Maßnahmen nötig und möglich

Wirkungsvolle Maßnahmen müssten Investitionen in Gesundheitsschutz, Freigabe der Impfpatente und eine massive Ausweitung der Impfstoffproduktion in staatlicher Hand, massenhafte Tests, kostenlose Vergabe von FFP2-Masken, Ausstattung von Schulen, anderen öffentlichen Gebäuden und Betrieben mit Luftfiltern, Ausstattung von

Bussen und Bahnen mit UV-Filtern, Personalausbau im Gesundheitswesen etc. beinhalten.

#ZeroCovid steht aber für einen „harten Shutdown“ und scheint nicht wahrzunehmen oder bewusst zu ignorieren, welche hohe Belastung der Lockdown jetzt schon für große Teile der Bevölkerung bedeutet und wie groß der Unmut mit vielen der Lockdown-Maßnahmen ist, die oftmals willkürlich, nicht durchdacht und unsinnig sind.

Das gilt insbesondere für die Situation von Schülerinnen und Schülern. Hier ist es auch nicht damit getan zu fordern, dass Eltern dann für die Betreuung ihrer Kinder im Homeschooling freigestellt werden sollen. Die traurige Wahrheit ist, dass viele Familien kein sicherer Platz für Kinder sind, dass viele Eltern kaum in der Lage sind, Homeschooling mit ihren Kindern zu machen, die Wohnverhältnisse und technische Ausstattung digitales Lernen erschweren, dass migrantische Kinder im Erlernen der deutschen Sprache massiv zurückfallen, wenn sie wochen- und monatelang keine adäquate Unterstützung von ausgebildetem Lehrpersonal erhalten – von anderen psychosozialen Folgen ganz abgesehen. Statt einfach nur Schulschließungen (auch noch bis zur Erreichung der Null-Infektionsrate?) zu fordern, muss eine schnellstmögliche sichere Schulöffnung als Ziel genannt werden.

Wir sind der Überzeugung, dass die Linke in der gegenwärtigen Situation konkrete Forderungen in den Mittelpunkt stellen sollte, die zum einen ein wirksames Zurückdrängen des Virus einschließlich der Wiederherstellung der Nachvollziehbarkeit der Infektionsketten zum Ziel haben sollten und andererseits die sozialen und ökonomischen Interessen der Arbeiter*innenklasse und sozial Benachteiligten in den Mittelpunkt rücken.

Was fordern?

Aus unserer Sicht sollten Kernforderungen einer Kampagne von Gewerkschaften und Linken sein:

- 1** Schließung aller Fabriken und Betriebe, die nicht zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung nötig sind, es sei denn Belegschaften, Gewerkschaften und Betriebsrät*innen stimmen einem Weiterbetrieb auf Basis funktionierender Hygienekonzepte bzw. durch Homeoffice zu; garantierte Lohnfortzahlung im Falle von Schließungen.
- 2** Statt gesundheitsgefährdender Schulöffnungen: Voraussetzungen für sicheres und stressfreies Lernen schaffen – Ausstattung aller Schulklassen mit Luftfiltern; kostenlose Bereitstellung von Masken für alle Schüler*innen und

Lehrer*innen; Einstellung von Personal, um die Betreuung der Schüler*innen zu gewährleisten, wenn sie nicht am Unterricht teilnehmen können; Nutzung von Kongresszentren, Hotels etc. für diejenigen Schulen, deren räumliche Verhältnisse zu beengt sind, um Abstandsregeln einzuhalten; Vervielfachung der Schulbusse, um Abstandsregeln auch beim Schulweg einhalten zu können; Investitionsprogramm Bildung: für Neueinstellungen von Lehrer*innen, Digitalisierung, Laptops für alle Schüler*innen, Gebäudesanierung. Auf dieser Basis: Halbierung der Klassen, Entscheidung von demokratisch gewählten Vertreter*innen von Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen über Schulschließungen bzw. -öffnungen und Aussetzen von Prüfungen, Sitzenbleiben und Hochschulzugangsbeschränkungen in diesem Schuljahr.

3 Maximale Beschleunigung der Impfkampagne und Medikamentenentwicklung: Impfstoffe müssen patentfrei sein und dürfen nicht das Privateigentum einiger weniger sein. Nötig ist jetzt eine unmittelbare Steigerung der Produktion von Impfstoffen unter staatlicher Kontrolle und mit staatlichen Anordnungen. Dazu müssen vorhandene Produktionskapazitäten auf Basis eines Gesamtplans für die Herstellung notwendiger medizinischer Produkte unter staatliche Kontrolle gestellt und eingesetzt werden. Sollten diese nicht ausreichen, müssen unmittelbar staatliche Produktionskapazitäten errichtet werden. Gleichzeitig muss massiv in die Entwicklung eines wirksamen Covid-Medikaments investiert werden – in öffentlicher Hand und auf Basis einer Offenlegung aller Forschungsergebnisse.

4 Testen, testen, testen: Massive Ausweitung der Corona-Tests. Ausarbeitung und Umsetzung einer verbindlichen Teststrategie, um Risikogruppen, Krankenhaus- und Pflegepersonal, Schüler*innen, Lehrer*innen, Erzieher*innen etc. ausreichend und kostenlos zu testen; drei kostenlose Schnell- bzw. Selbsttests pro Woche für alle, um Infektionsketten zu durchbrechen und soziale Kontakte zu ermöglichen; private Labore unter demokratische, öffentliche Kontrolle.

5 Ausbau der Gesundheitsämter und Krankenhäuser: massive Neueinstellungen, die es ohne Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich nicht geben wird; massive staatliche Investitionsprogramme; privatisierte Krankenhäuser in öffentliches Eigentum zurückführen und das Fallkostenpauschalensystem abschaffen.

6 Lohn- und Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten; staatliche Unterstützungsprogramme für kleine Gewerbetreibende

7 Finanzierung aller nötigen Maßnahmen durch die Vermögen der Reichen und die Profite der Banken und Konzerne.

Solidarität mit wem?

Der #ZeroCovid-Aufruf erweckt leider zwangsläufig den Eindruck, dass es nicht die Klassenpolitik der Regierenden im Interesse der Kapitalistenklasse ist, die kritisiert wird, sondern dass die Regierenden mit ihren Maßnahmen nicht weit genug gehen. Unsere Warnung, dass der Aufruf in der öffentlichen Debatte vor allem als Aufruf für einen harten Shutdown bis zur Null gesehen wird und das „Solidarische“ wenig wahrgenommen wird, hat sich aus unserer Sicht bestätigt.

Dass der Aufruf keinen Klassenstandpunkt einnimmt, zeigt schon die Art und Weise, wie er den Begriff „solidarisch“ verwendet. Mit diesem Begriff werfen bürgerliche Politiker*innen gerade um sich und meinen damit, dass die Arbeiter*innenklasse Einschränkungen und Einkommenseinbußen hinnehmen soll. #ZeroCovid findet es solidarisch, wenn die Reichen eine Corona-Abgabe zahlen sollen. Solidarität ist aber nie eine Einbahnstraße – welche Solidarität wird dann von den Beschäftigten und Erwerbslosen eingefordert und für wen? Es geht nicht um Solidarität der Kapitalisten und Superreichen mit den Armen und Ausgebeuteten, sondern um die Durchsetzung einer Politik, die den Reichen nimmt, um der Gesellschaft zu geben. Das geht nur durch Kämpfe und Mobilisierungen.

Massenmobilisierungen nötig

Wir sind davon überzeugt, dass der #ZeroCovid-Aufruf aus den genannten Gründen einen falschen Ansatz verfolgt und auch keine mobilisierende Wirkung in die Arbeiter*innenklasse ausstrahlen kann, weil er keine Antwort auf die vielfältigen konkreten Probleme der Menschen angesichts des Lockdowns des Privatlebens und des Bildungswesens gibt. Im Gegenteil: Die Fokussierung auf die Null hat die Linke nicht geeint, sondern an dieser Frage einen Riss erzeugt, der vermeidbar gewesen wäre. Der relative Erfolg von #ZeroCovid hatte so seine Schattenseite, wurde doch wertvolle Zeit und Energie in eine Debatte gesteckt, die zur Mobilisierung für eine andere Corona-Politik hätte genutzt werden können. Denn ohne eine Massenmobilisierung der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten ist eine Korrektur der Corona-Politik undenkbar.

Eine solche wäre möglich, wenn Gewerkschaften und DIE LINKE für eine Corona-Politik im Interesse der Arbeiter*innenklasse, wie wir sie vorschlagen, informieren, organisieren und mobilisieren würden. Da die Führungen in diesen Organisationen dies zurzeit nicht tun, sollten sich Aktive an der Basis zusammenschließen, Aktionen von unten organisieren und für einen Kurswechsel in ihren Organisationen eintreten. Wir haben deshalb #ZeroCovid im Februar einen Vorschlag unterbreitet, in dem es unter anderem hieß:

*„Wir rufen Euch deshalb dazu auf, Euch zusammen mit uns und anderen dafür stark zu machen, dass es in den nächsten Wochen zu Protestkundgebungen und Demonstrationen, natürlich unter Hygienebedingungen, für eine Reihe konkreter Forderungen kommt, die zum Ziel haben, erstens das Infektionsgeschehen zurückzudrängen und zweitens die sozialen Rechte der Lohnabhängigen und Mittelschichten, die massiv von der Pandemie und ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen betroffen sind, zur Geltung zu bringen. (...) Vor uns stehen die schlimmsten Wochen der Pandemie. Immer mehr Menschen verzweifeln an den Folgen des Lockdowns, weil dieser die Interessen der Wirtschaft vor die Interessen der Bevölkerung setzt. Die Stimmung kippt – aber ohne eine Antwort von links und aus der Gewerkschaftsbewegung ist die Gefahr groß, dass Querdenker*innen und Rechtspopulist*innen davon profitieren können. Dem müssen wir uns entgegenstellen durch eigene Antworten und eigene Mobilisierungen.*

Wir bitten Euch, unseren Vorschlag zu beraten und zu unterstützen und mit diesem an Gewerkschaften, die Partei DIE LINKE, linke Organisationen und soziale Bewegungen heranzutreten. (...)“

Wir erhielten die Antwort, der Vorschlag werde in der facebook-Gruppe diskutiert – mehr nicht. Auf Initiative der AKL hat der LINKE-Bundesparteitag die Idee gemeinsamer Proteste unterstützt, aber typisch für DIE LINKE bedeutet ein Beschluss noch nicht, dass von Seiten des Parteivorstands auch praktische Initiativen ergriffen worden wären. Und so sind es weiter vor allem die Querdenker*innen, die eine Opposition zum Corona-Chaos auf die Straße tragen.

Kapitalismus bekämpfen

Gleichzeitig muss klar sein: der Kapitalismus erzeugt nicht nur Pandemien aufgrund des Raubbaus an der Natur, er garantiert auch, dass diese nicht effektiv bekämpft werden und die Arbeiter*innenklasse und die Armen auf der ganzen Welt die Zeche dafür zahlen müssen.

Deshalb tritt die Sol für ein sozialistisches Programm zur Bekämpfung der Pandemie ein, das nicht bei der Überführung von Pharmakonzernen und privaten Krankenhäusern in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung stehen bleibt, sondern offensiv den Bruch der Macht der Banken und Konzerne, deren Überführung in öffentliches Eigentum und eine demokratisch geplante Wirtschaft fordert.

Auch wenn ein solches Programm zum gegenwärtigen Zeitpunkt in breiten Initiativen wie #ZeroCovid und auch den Gewerkschaften keine Mehrheiten findet, sollten Sozialist*innen erstens in diesen für einen Ansatz eintreten, der die Corona-Politik deutlich als Klassenpolitik versteht und die Interessen der arbeitenden Klasse in den Mittelpunkt rückt und zweitens selbstbewusst sozialistische Maßnahmen propagieren. Vor allem aber sollten Linke Forderungen in den Mittelpunkt rücken, hinter denen sich die Arbeiter*innenklasse vereinigen könnte und die Mobilisierungskraft entfalten könnten. Ein Shutdown bis zu null Neuinfektionen gehört sicher nicht dazu.

Sascha Staničić ist Bundessprecher der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol), Mitglied der Antikapitalistischen Linken (AKL) in der Partei DIE LINKE und war einer der Herausgeber*innen der Zeitschrift *FaktencheckCorona*.

LAHMGELEGT? BR-ARBEIT IN DER PANDEMIE

Ein Gespräch mit **Betriebsräten**. Das Gespräch fand Ende Januar 2021 statt. Die Namen wurden zum Schutz der Teilnehmenden geändert. **U. D.** stellte die Fragen.

Im letzten Jahr hatten wir zweimal mit aktiven Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen aus der Rhein-Neckar-Region über ihre Situation in der Pandemie gesprochen. Alle hatten über zusätzliche Herausforderungen berichtet.

Einerseits durch die Pandemie selbst. Zum Beispiel aufgrund der eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten mit den Kolleg*innen oder wegen der Schwierigkeiten Sitzungen und Betriebsversammlungen durchzuführen.

Andererseits durch die jeweilige Unternehmensführung: Diese hatten ja ihre Strategie, Profitziele, Umstrukturierungen, „Optimierungen“ usw. während der Pandemie nicht plötzlich auf Eis gelegt, sondern verfolgten diese weiter. Und sie griffen dabei im „Schatten der Pandemie“ in unterschiedlichem Maß Betriebsräte und deren Mitbestimmungsrechte an.

Grund genug also, diesmal mit den Kolleg*innen über Ihre Arbeit und Erfahrungen zu reden.

Die Weinheimer Nachrichten befragten vor kurzem Unternehmen zur Pandemie. Diese waren sich einig: Der Gesundheitsschutz wird beachtet und weitergehende gesetzliche Regelungen seien nicht notwendig. Unseres Wissens gab es darauf keine Reaktionen von Gewerkschaften und Betriebsräten. Macht das Management tatsächlich einen guten Pandemie-Job oder legt Corona die Betriebsräte lahm?

Clara: In den letzten Gesprächen wurde ja schon deutlich, dass die Pandemie für uns eine ziemliche Heraus-

forderung war und ist. Ich glaube, das trifft auf alle in dieser Runde zu. Bis wir kapiert hatten, was da auf uns zukommt, waren wir schon mitten in der ersten Welle. Und plötzlich war nichts mehr wie zuvor. Die Unternehmensführung war schneller als der Betriebsrat.

Auch wenn Arbeits- und Gesundheitsschutz für uns vorher schon wichtig war, waren wir ehrlicherweise überfordert. Und vielen Betriebsräten in unserem Gewerkschaftsbezirk ging es ähnlich.

Heiko: Ich muss Clara zustimmen. Von jetzt auf nachher standen ganz andere Themen auf der Tagesordnung. Wir haben zwar arbeitende BR-Strukturen, und Arbeitsschutz ist bei uns seit Jahren ein zentrales Thema, aber auf so etwas waren wir nicht vorbereitet.

Wir mussten die Geschäftsführung nicht zum Handeln bewegen. Klar, anfangs hat sie Corona als „chinesisches Problem“ abgetan. Aber als sie die Entwicklung und die möglichen negativen Folgen für das Unternehmen sah, hat sie sofort gehandelt. Einige Vorgesetzte sind dabei mit ihren Maßnahmen zu weit gegangen und wollten uns aus ihren Entscheidungen raushalten. Die mussten wir erst wieder einfangen und dabei auf unsere Mitbestimmungsrechte pochen. Ich glaube, das ist uns gelungen.

Kevin: Bei uns hat die Führung auch reagiert. Aber ein guter Job sieht anders aus. Die binden uns zwar ein, aber das ist nur Anstrichfarbe, denn gleichzeitig haben sie ihre Angriffe auf uns verschärft.

Seit Jahren müssen wir um unsere Mitbestimmungsrechte gerade auch beim Arbeitsschutz kämpfen und jetzt tun die so, als ginge es ihnen nur ums Wohl der

Belegschaft. Die wollen doch nur eines, dass der Laden störungsfrei weiterläuft. Solange wir ihre Maßnahmen „konstruktiv“ abnicken, ist es gut, wenn wir aber eigene Vorstellungen haben, sind wir der Untergang des Unternehmens.

Soweit ich das für unsere Geschäftsstelle beurteilen kann, trifft das, was Clara sagt, zu. Viele Betriebsräte, aber auch die Gewerkschaftshauptamtlichen, waren plötzlich mit etwas völlig Unerwarteten konfrontiert und überfordert und wussten nicht, wie sie damit umgehen sollen. Die „sanften“ Betriebsräte, die eh nur kuschen und kuscheln, die wir ja auch kennen, die sind noch weiter abgetaucht.

Also ist mein Eindruck richtig, dass die Pandemie bei euch eine gewisse Ratlosigkeit und vielleicht sogar eine Schockstarre verursachte?

Heiko: Von einer Schockstarre würde ich bei uns nicht reden. Wir haben, wenn auch mit Einschränkungen, arbeitsfähige Strukturen. Das war natürlich ein Riesenvorteil. Auch dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz seit Jahren große Bedeutung hat, hat uns geholfen. Wir haben dazu einfach schon Wissen und Klarheit über unsere Rechte.

Trotzdem drohten uns, neben den Schnellschüssen des Managements, die Fragen und Herausforderungen der Pandemie zu überrollen. Zum Beispiel, wie und wo können wir uns zu unserer Sitzung treffen? Wie können wir trotz Hygienebestimmungen und „Home-Office“ Kontakt mit den Beschäftigten halten? Kriegen wir Video-Sitzungen hin? Können wir online rechtssicher abstimmen? Und einige Betriebsräte haben versucht, sich noch stärker als bisher einzugraben und nichts zu machen. Dagegen anzugehen, war sehr schwer.

Clara: So gut sieht es bei uns nicht aus. In unserem Betriebsrat gab es schon eine gewisse Handlungsunfähigkeit. Das traf auch auf uns von der aktiven Minderheit zu. Quer durch die Strömungen haben wir gemerkt, wie Corona uns beansprucht, auch ganz persönlich, und lähmt. Und dann kommt dazu, dass unserer Meinung nach das Management Corona nutzt, um die Mitbestimmung und unsere Rechte in Frage zu stellen. Die Mehrheit sieht dieses Problem nicht.

Auch waren wir selbst zum Pandemiebeginn handlungsunfähig. Wir haben aber das Glück, uns mit aktiven Kolleg*innen anderer Betriebe regelmäßig austauschen zu können. Das hat uns immer wieder aktiviert und Impulse gegeben.

Tom: Die Logistik gilt ja als einer der Pandemie-Hotspots. Unsere Niederlassung gehört da zum Glück nicht dazu.

Und ich habe ja schon früher darüber gesprochen. Wir arbeiten auch bei anderen Firmen in der Logistik und im Versand. Da sind wir auf den jeweils herrschenden Gesundheitsschutz angewiesen.

Unser eigener Betriebsrat ist noch weniger zu sehen als zuvor. Klar, wenn du kein freigestellter Betriebsrat bist und dazu noch an einem anderen Ort arbeitest, ist es nicht leicht, Kontakt zu halten. Aber während der Pandemie ist das gleich null.

Auch der Betriebsrat unseres Auftraggebers ist kaum präsent. Für uns als Werkverträger ist der ja nicht zuständig, aber doch für die eigenen Leute. Ich glaube, die haben schlichtweg keinen Plan. Die hatten schon vor der Pandemie keine gute Kommunikation. Woher soll das jetzt plötzlich herkommen. Ich sehe das so und ich weiß, ich habe da gut reden, wer sich vor einer Krise nicht gut aufstellt, der schafft es während der Krise erst recht nicht.

Kevin: Anfangs hat es auch uns beinahe überrollt. Aber wir haben versucht, nicht unter die Räder zu kommen und unsere Strukturen und unsere Arbeit aufrecht zu erhalten. Das fiel uns zwar ziemlich schwer, aber Zeit für Warten und Erstarrung hatten wir gar nicht. Wir mussten nämlich nicht nur auf die Unternehmensführung reagieren, sondern auch auf die starke und unternehmensorientierte Minderheit.

Habt Ihr alle, wie bei Heiko, arbeitende Betriebsratsstrukturen? Haben diese weitergearbeitet?

Clara: Wir haben viele Ausschüsse. Vielleicht zu viele. Die waren sehr unterschiedlich aktiv. Manche haben schon vorher nichts gemacht. Ein paar arbeiten weiterhin, allerdings sehr eingeschränkt. Die Arbeit wird nicht regelmäßig besprochen.

Der Betriebsrat führt auch keine regelmäßigen Sitzungen mehr durch. Insgesamt ist die Arbeit des Betriebsrats durch die Pandemie deutlich schlechter geworden. Wir als Minderheit versuchen, dagegenzuhalten, aber das ist sehr mühselig. Es ist wirklich vieles in der Pandemie ganz anders als vorher.

Übrigens führen wir auch keine Betriebsversammlungen durch. Ich weiß, das müssten wir tun, aber dafür haben wir noch keine wirkliche Idee.

Tom: Wir haben einen kleinen Betriebsrat und kaum Ausschüsse. Aber die Arbeit hat sich in der Pandemie auf die beiden Vorsitzenden konzentriert. Der Rest ist inaktiv. Es gibt kaum noch Regelmäßigkeit. Und mit der Begründung „Corona“ wird fast alles akzeptiert, was vom Unternehmen kommt.

Heiko: Ich wollte keinen falschen Eindruck erwecken. Auch bei uns läuft nicht alles super. Am Anfang herrschte eine sehr große Unsicherheit. Was dürfen wir noch? Was können wir noch? Es hat einige Monate und viele Diskussionen gebraucht, wieder Betriebsratsarbeit außerhalb der Pandemiebekämpfung zu organisieren. Und diese ist bei weitem nicht auf dem Niveau der Vorkrisenzeit.

Kevin: Ja, bei uns haben die Strukturen weitergearbeitet. Vor allem der Betriebsausschuss hat an Bedeutung gewonnen. Ein Teil der Arbeit konzentriert sich inzwischen auf ihn. Das ist nicht glücklich, aber wir standen vor der Wahl, nicht mehr zu funktionieren oder so zu funktionieren. Wir haben regelmäßig unsere BR-Sitzungen durchgeführt und dabei schon früh die Videokonferenztechnik genutzt. Aber das ist datenschutzrechtlich nicht immer ganz einfach.

Die sonstigen Ausschüsse funktionieren unterschiedlich gut, aber spürbar schlechter als zuvor.

Ihr habt berichtet, dass sich Betriebsräte aus der Arbeit zurückgezogen haben? Welche Folgen hat das?

Kevin: Bei uns ist das unterschiedlich. Die Aktiven sind noch aktiver geworden. Und die passiven, sind eher noch passiver geworden. Die schießen aus dem Hinterhalt. Das heißt, sie schauen zu, wie wir arbeiten, und wenn etwas nicht gut läuft, dann greifen sie uns an. Sie warten auf Fehler von uns, um bei den kommenden BR-Wahlen die jetzige Mehrheit zu kippen.

Heiko: Ja, bei uns ist das der Fall und das ist wirklich bitter. Es haben sich einzelne zurückgezogen. Das hat den Arbeitsdruck auf die Aktiven noch erhöht. Und die Schwierigkeit, reale Sitzungen durchzuführen, hat das Gremium zerfleddert. Vorher war klar, es gibt einmal in der Woche die BR-Sitzung und alle haben zu erscheinen und mitzuarbeiten. Dies war längere Zeit nicht der Fall, nicht einmal per Video. Dies hat das Gremium stärker auseinandergetrieben. Das war und ist für uns wirklich eine Gefahr. Seit letzten Spätherbst arbeiten wir dagegen an.

Clara: Bei uns sind die Aktiven weiterhin engagiert. Diejenigen, die vorher schon passiv waren sind komplett weggetaucht. Wir von der Minderheit versuchen, den Kontakt zu den Kolleg*innen zu halten und gehen in die Abteilungen. Aber umso mehr kriegen wir auch deren Frust ab.

Auch den Frust über die fehlende Betreuung durch die passiven BR. Es ist ja nicht so, dass die Kolleg*innen keine

Probleme hätten. Im Gegenteil. Im „Stillen“ wird ja weiter die Optimierung betrieben. Und die Hygienemaßnahmen werden ja auch, gerade in der Produktion – und zwar zurecht – als belastend wahrgenommen.

Stimmt Ihr Clara zu, dass sich die Erwartung der Kolleg*innen an die Betriebsräte nicht grundlegend verändert hat?

Clara: Also so wollte ich das nicht sagen. Natürlich sind neue Fragen hinzugekommen. Zum Beispiel zur Pandemie und zum betrieblichen Hygienekonzept. Das ist neu. Und die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, schwingt mit. Aber ansonsten gibt es auch die „alten“ Probleme. Schlechte Vorgesetzte, Urlaubsprobleme, Staub, Entgeltfragen, höhere Leistungsanforderungen. Eben den ganzen üblichen Katalog. Aber genau deswegen wollen die Kolleg*innen, dass sich die Betriebsräte weiterhin darum kümmern, ihnen den Rücken stärken usw. Sie wollen auch in der Pandemie gute und aktive Betriebsräte.

Heiko: Im Kern stimme ich Clara zu. Und wenn ein Teil der Betriebsräte sich aus der Arbeit verabschiedet, wird das Problem für die Aktiven noch größer. Dann müssen der Betriebsausschuss oder die Vorsitzenden noch mehr machen. Und das kann nicht funktionieren.

Die Folge ist, dass die Verärgerung der Beschäftigten uns gegenüber zunimmt. Ich verstehe das deshalb gut. Ich hätte früher genauso reagiert. Aber damit spielen sie den Passiven und auch dem Management in die Hände. Kritik allein ändert ja auch nichts. Wir versuchen darum, diejenigen, die sich beschwerten, zu bewegen, im nächsten Jahr zum Betriebsrat zu kandidieren. Da sind aufrechte Leute dabei.

Tom: Ich würde Clara auch zustimmen. Bei uns ist ganz stark Zukunftsangst und die Unsicherheit, wie es mit dem Arbeitsplatz weitergeht, zu spüren. Die einen reagieren gegenüber ihren Kolleg*innen aggressiv, die anderen schlucken und ducken sich.

Kevin: Im Unternehmen gibt es den ganz normalen „Wahnsinn“. Die Pandemie kommt nur noch dazu. Aber die Beschäftigten wollen nicht nur sehen, dass wir bei der Pandemiebekämpfung mitmischen, sondern auch bei den anderen Themen. Es gibt natürlich auch Beschäftigte, die sich näher bei der Unternehmensführung sehen und uns sagen, wir sollen uns aus allem raushalten, weil die Führung alles richtig macht. Aber das ist eine Minderheit.

Was uns ganz gut gelingt ist, dass wir regelmäßig die Beschäftigten in den Abteilungen aufsuchen. Probleme gibt es bei denen, die im „Homeoffice“ sind ober mobil

arbeiten. Das wollen wir jetzt angehen. Allerdings haben wir bisher wie bei Clara keine Betriebsversammlungen organisiert. Aber ich finde, so etwas zu organisieren, ist einfacher gesagt als getan. Unsere Kolleg*innen sind deswegen aber nicht sauer, ihnen ist es wichtiger, dass wir regelmäßig in den Abteilungen sind.

Wir hatten schon öfters darüber gesprochen: Verfolgt der Betriebsrat eigene Ziele oder reagiert er nur auf Unternehmensentscheidungen?

Clara: Es hat sich nichts geändert. Der Betriebsrat reagiert auf Unternehmensentscheidungen. Er definiert keine eigenen Ziele. Die Mehrheit will daran in Wirklichkeit nichts ändern. Das würde ja ihre gesamte bisherige Arbeitsweise in Frage stellen. Wir versuchen die Diskussion darüber im BR zu führen, aber mit wenig Erfolg.

In der Pandemie hat sich das eher noch verstärkt. Die meisten Betriebsräte fühlen sich abhängig von den Informationen der „Spezialisten“, also Werksärzte, Arbeitssicherheitsabteilung und Werks- und Abteilungsleiter.

Unsere Betriebsrats-Strukturen stehen auf dem Papier, arbeiten aber nicht. Das alles hat sich im letzten Jahr noch verschlechtert. Wir selbst drohen in dem Wust von Themen, mit den uns das Unternehmen konfrontiert, unterzugehen. Für das Unternehmen gibt es nicht nur Corona, sondern auch pandemieunabhängige Ziele. Das will und kann die Mehrheit des Betriebsrates wohl nicht sehen.

Kevin: Ich finde ja, wir machen keine schlechte Arbeit. Aber dennoch sind wir eher ein reagierender Betriebsrat. Wir haben immer wieder versucht, das zu ändern, aber ohne Erfolg. Zentral haben wir versucht, beim Arbeitsschutz ein zentrales Aktionsfeld aufzubauen. Aber da sind wir noch nicht wirklich vorangekommen.

Heiko: Wir hatten ja schon drüber gesprochen. Wir haben eigene Ziele und Leitlinien für unsere Arbeit. Aber Corona hat es verdammt schwer gemacht, am Ball zu bleiben. Und es ist auch sehr schwer, die BR-Kolleg*innen zur kontinuierlichen Arbeit zu bewegen. Corona überlagert alles und wirkt wie ein Beruhigungsmittel.

Tom: Eigene Ziele zu benennen und zu veröffentlichen, das ist in der Pandemie völlig untergegangen. Das war vorher schon keine Stärke. Außer vielleicht vor Wahlen, wenn mal wieder so ein Unsere-Erfolge-unser-Programm-Flugblatt herauskam. Alles scheint der Pandemiebekämpfung untergeordnet zu werden. Dabei sehen alle, dass das Unternehmen seine eigenen Ziele weiterhin

systematisch verfolgt. Zum Beispiel die Straffung und Optimierung der Arbeitsabläufe usw.

Welche Erfahrungen habt Ihr in dem zurückliegenden Jahr gemacht?

Clara: Das Pandemiejahr war ein schwieriges Jahr für uns. Neue Anforderungen, die Technisierung unserer Arbeit, neue Arbeitsformen, das musste alles erst mal verdaut werden. Unsere Gewerkschaft hat uns zwar Material und Flyer zur Verfügung gestellt, aber bei vielen Fragen, zum Beispiel „Wie führen wir Sitzungen im BR oder mit den Vertrauensleuten durch?“, standen wir alleine da.

Was aber ganz deutlich wurde und vorhin schon gesagt worden ist: Was du in den krisenfreien Zeiten nicht aufbaust, das kannst du in der Krise nicht schaffen. Also entweder der Betriebsrat hat Arbeitsstrukturen und Kommunikationskanäle usw. oder er hat es nicht. In der Krise sind so viele andere Dinge auf uns hereingepreselt, dass wir das nicht aufbauen konnten.

Also müssen wir uns diesmal nach der Krise auf die nächste besser vorbereiten.

Heiko: Dem kann ich nichts hinzufügen. Stimmt hundertprozentig.

Tom: Genauso sehe ich das auch. Ich hoffe nur, dass das auch die anderen so sehen und begreifen.

Kevin: Das Jahr hat für uns mehr Anforderungen bereitgehalten als die vorherigen. Für jede Schweinerei des Unternehmens, für jeden Missachtung unserer Mitbestimmung wurde als Grund Corona genannt. Und dass man jetzt schnell handeln müsste und keine Zeit zur Diskussion habe. Dem konnten wir uns gut entgegenstellen. Aber es macht wirklich mürbe.

Das Unternehmen verfolgt ja weiter seine Ziele. Und die dafür Verantwortlichen arbeiten trotz Corona weiter. Darum werden wir auf vielen Ebenen „beschäftigt“. Unter Corona-Bedingungen ist es aber schwerer als sonst, sich dagegen zu wehren und die Beschäftigten einzubeziehen. In dieser Situation war es für den aktiven Kern des Betriebsrates sehr wichtig, sich fast täglich auszutauschen und das gemeinsame Vorgehen zu besprechen.

Seid Ihr über „Euren“ Betrieb hinaus vernetzt?

Clara: Ja. Und wie schon gesagt können wir in diesem Kreis über unsere Situation reden und wie wir weiterarbeiten können. Natürlich müssen wir die Arbeit bei uns selbst machen, aber wir bekommen immer wieder

Anregungen. Und mir gibt das auch Kraft, mich weiter einzusetzen.

Kevin: Ich denke, Clara spricht für uns alle. Sonst würden wir ja nicht hier sitzen. Manchmal muss man aber aufpassen. Dann erschlagen einem die vielen Vorschläge und Anregungen. Wir müssen immer prüfen, was wir davon konkret umsetzen können. Aber trotzdem ist es besser, als alleine im Topf zu schmoren.

Was würdet Ihr anderen Betriebsrät*innen empfehlen?

Clara: Wissen ist Macht. Bildet euch weiter, besucht Schulungen und vergesst niemals, warum ihr Betriebsräte seid und wer euch gewählt hat. Ihr seid ein Teil der Belegschaft. Darum muss eure Seite immer die der Belegschaft sein.

Kevin: Tauscht euch regelmäßig aus und besprecht, was zu tun ist. Versucht alle einzubinden. Aber wenn das nicht gelingt, dann trefft euch mit denen, die was tun wollen. Das Schlimmste was passieren kann ist, wenn die Aktiven nicht gemeinsam an einem Strang ziehen. Wenn alle für sich allein arbeiten oder leiden, dann ist die Gefahr groß, dass sie nicht durchhalten oder aufgeben.

Heiko: Unbedingt die Strukturen aufrechterhalten. Unbedingt den Kontakt mit euren Kolleg*innen aufrechterhalten. Dabei ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz ein zentrales Thema. Und was bislang kaum angesprochen worden ist, aber sehr wichtig ist: Aufbau der Gewerkschaft im Betrieb. Das heißt unter anderem, der Aufbau eines aktiven Vertrauensleutekörpers. Wir sind in erster Linie nicht Betriebsräte, sondern aktive Gewerkschafter*innen, die Betriebsräte sind.

Dieses Gespräch wurde in zwei Teilen in der Januar- und der Februarausgabe der *Avanti*² veröffentlicht.



Neu bei ISP



Paul B. Kleiser
**Der Heimathorst
 oder
 Bayern ohne Lederhosen**

Eine kritische Geschichte

188 Seiten, 19,80 Euro

ISBN 3-89900-155-6

In der Präambel der »weiß-blauen Grundsätze der Bayernpartei« kann man lesen: »Bayern ist der älteste Staat des deutschen Sprachgebiets und einer der ältesten Staaten Europas. Das bayerische Volk hat ein echtes, ererbtes und gefestigtes Staatsbewusstsein. Aufgrund seiner Vielfalt und Traditionen haben die Bayern einen tiefen Grund, ihr Vaterland und ihre bairische, fränkische und schwäbische Heimat zu lieben.«

Die meisten Anhänger konservativer Parteien und Organisationen, vor allem der CSU, würden diesen Aussagen zustimmen und von 1 000 Jahren bayrischen Staatswesens sprechen. Der große Oberpfälzer Historiker Karl Bosl nannte diese Position zu Recht eine »pseudohistorische Ideologie«.

Die Mythenbildung ist in Bayern wohl wegen der langen Herrschaft der Wittelsbacher und wegen des katholischen Partikularismus besonders ausgeprägt. Das spezifische Sonderbewusstsein der Bayern entwickelte sich unter dem Eindruck der Reformen des Grafen Montgelas, der Befreiungskriege gegen Napoleon und der Kulturpolitik von König Ludwig I. erst langsam im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Das Buch dekonstruiert den »Bayernmythos« und stellt ihm eine Geschichte der sozialen Kämpfe und Auseinandersetzungen bis heute entgegen. Es erklärt den Niedergang der CSU seit dem Tod von Franz Josef Strauß und dem Scheitern der WAA in Wackersdorf und beleuchtet die gegenwärtigen Umbruchprozesse, die tendenziell der bayerischen Sonderstellung ein Ende bereiten.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

GESUNDHEIT STATT PROFIT – FÜR WIRKSAMEN INFEKTIONSSCHUTZ AM ARBEITSPLATZ!

Am 27. Januar 2020 ist bei der Firma Webasto die erste COVID-19-Infektion in Deutschland festgestellt worden. Das war ein Weckruf. Doch er verhallte ungehört. **W. A.**

Nicht zuletzt deswegen ist die offizielle „Corona-Politik“ gescheitert. Selbst die Kanzlerin soll am 24. Januar 2021 laut Presse gesagt haben: „Uns ist das Ding entglitten.“

Gesundheitsschutz als „Profitbremse“?

Eine wesentliche Ursache für das „Entgleiten“ ist in der Arbeitswelt zu finden. Denn Firmenleitungen verstehen sie zunehmend als rechtsfreien Raum. Betriebsräte, Gesundheitsschutz und Gewerkschaften gelten dort immer mehr als „Profitbremsen“.

Im Frühjahr 2020 rissen pandemiebedingt die globalen Lieferketten großer Industriebetriebe ab. Dadurch ruhten in vielen Fabriken die Fertigungen, was das Infektionsgeschehen wirksam einschränkte.

Statt jetzt endlich das Unterlaufen des seit 1996 geltenden Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG) aufzugeben, kündigten Kapitalverbände 2020 einen verschärften Klassenkampf von oben an. Gesamtmetall etwa forderte sogar eine weitere Aushebelung des gesetzlichen Gesundheitsschutzes im Betrieb.

Beliebigkeit beim Gesundheitsschutz?

Das ArbSchG verpflichtet Unternehmen zwingend zu einem präventiven Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Demzufolge sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen –

überall ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen (GFB) durchzuführen.

Diese GFB müssen vor allem Gefahrenquellen aufzeigen, Gefährdungen beseitigen bzw. minimieren und so Belastungen und Erkrankungen vorbeugen. Alle Beschäftigten sind über den Gesundheitsschutz umfassend zu unterweisen. Festgestellte physische und psychische Gefährdungen sind fortlaufend zu dokumentieren.

Gesetzesbruch ohne Folgen?

Diese Gebote gelten sowohl für betriebliche Arbeitsplätze als auch für das „Homeoffice“. Jedoch werden sie nur in den seltensten Fällen umgesetzt. Es ist bezeichnend, dass diese folgenschwere Missachtung in der „Öffentlichkeit“ kaum diskutiert wird.

Nur dort, wo das ArbSchG – meist aufgrund aktiver Betriebsräte – ernst genommen wird, kann ein wirksamer Infektionsschutz sichergestellt werden. Denn dann werden durch konkrete betriebliche Festlegungen nicht nur die AHAL-Regeln eingehalten, sondern es wird das elementare „TOP-Prinzip“ des Gesundheitsschutzes verwirklicht. Das bedeutet, dass in dieser Rangfolge technische (z. B. Trennwände), organisatorische (z. B. versetzte Arbeitszeiten) und persönliche Schutzmaßnahmen (z. B. FFP2-Masken) umgesetzt werden müssen. Darauf weist auch die aktuelle SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung von Januar 2021 hin, obwohl sie durch Lobbyismus aufgeweicht worden ist.

Das anhaltende Versagen von Politik, Behörden, Unternehmens- und Einrichtungsleitungen ist offensichtlich. Betriebsräte sind umso mehr gefordert, ihrer aus dem Betriebsverfassungsgesetz resultierenden Verantwortung für

Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gerecht zu werden. Gewerkschaften müssen sie dabei konsequent unterstützen.

Was tun?

Es bedarf eines gesellschaftlichen Aktionsplans für die Arbeitswelt. Seine wesentlichen Punkte sollten sein:

1. Die systematische (muttersprachliche) Aufklärung über die Gefahren der Pandemie, über wirksame Methoden des Infektionsschutzes am Arbeitsplatz sowie über die Rechte und Pflichten von Beschäftigten.
2. Die schnelle Entwicklung und kontinuierliche Umsetzung eines standardisierten, betrieblich zu konkretisierenden Infektionsschutzplans – beginnend in den Brennpunkten der Pandemie (Altenheime, Flüchtlingsunterkünfte, Handels- und Industriebetriebe, Kitas, Krankenhäuser, Schulen ...).
3. Die betriebliche und überbetriebliche Überprüfung des Infektionsschutzes nach dem TOP-Prinzip an allen Arbeitsplätzen.
4. Die gesetzliche Pflicht, überall Betriebsräte und von den Beschäftigten kontrollierte Kommissionen für Infektionsschutz zu bilden.
5. Die wirksame politische und strafrechtliche Abwehr von Betriebsratsmobbing und Gewerkschaftsbekämpfung.

Quelle: Dieser Artikel ist für die erste Ausgabe der Zeitung ZeroCovid verfasst und für Avanti² leicht überarbeitet worden.

LITERATURNOTIZ VON PAUL B. KLEISER

Erich Fried 100

Am 21. Mai wäre der „Lyriker der Emanzipation“ und kritische Marxist 100 Jahre alt geworden. Er gehörte zur großen Tradition der engagierten jüdischen Intellektuellen, die der Arbeiterbewegung so viel geschenkt haben.

Ich habe in den 1970er Jahren mehrfach mit ihm diskutiert, vor allem über Stalinismus. Neben politischen Gedichten schrieb er auch wunderschöne Liebesgedichte.

Gegen Vergessen

(...)

Ich will mich erinnern

An alles, was man vergisst

Denn ich kann nicht retten

Ohne mich zu erinnern

(...)

aus: Moshe Zuckermann/Susann Witt-Stahl

Gegen Entfremdung.

Lyriker der Emanzipation und streitbarer Intellektueller.

Westend Verlag, Frankfurt am Main 2021.

ENDE EINES AUSNAHMESTATUS

In den vergangenen 50 Jahren galt die iberische Halbinsel als immun gegen die Etablierung rechtsextremer Parteien, da der Antifaschismus nach dem Sturz der Diktaturen in Spanien und Portugal in den 1970er Jahren in der Bevölkerung tief verankert war. Zunächst mit den Wahlerfolgen der spanischen Vox vor 3 Jahren und jetzt auch mit dem Wahlerfolg von André Ventura in Portugal scheint dieser Sonderweg beendet.

■ **Fabian Figueiredo**

■ Bis 2019 gehörte Portugal zu den raren Ländern der Europäischen Union, die keine Rechts-extremist*innen in ihre Parlamente gewählt hatten. Zumeist wurde diese Besonderheit damit erklärt, dass Portugal eine junge Demokratie ist, die (auf revolutionärem Wege) aus einer langen Periode von 48 Jahren faschistischer Diktatur und 13 Jahren Kolonialkrieg hervorgegangen ist. Die noch frische Erinnerung an die Verbrechen der Diktatur des „Estado Novo“ von António Oliveira Salazar [1899–1970, Präsident des Ministerrats von 1932 bis 1968] und Marcello Caetano [1906–1980, Präsident des Ministerrats von 1968 bis April 1974 und später im Exil in Brasilien unter der damaligen Militärdiktatur] sowie die demokratischen Errungenschaften der Revolution vom 25. April 1974 haben entscheidend dazu beigetragen, die portugiesische extreme Rechte für viele Jahre in Schach zu halten. Danach erwies sich das portugiesische Parteienspektrum – vor allem im rechten Lager – als recht beständig. Bis 2019 ist rechts der beiden wichtigsten Parteien der portugiesischen Rechten, der Sozialdemokratischen Partei (PSD) und dem Demokratischen und Sozialen Zentrum (CDS), noch nie eine politische Formation entstanden, die sich politisch durchsetzen konnte.

Diese beiden Charakteristika – die Erinnerung an die Repression und Armut unter der Diktatur und die stabile Parteienlandschaft – haben der portugiesischen Demokratie 45 beständige Jahre beschert, in denen keine Vertreter*innen rechtsextremer Parteien in die nationalen und regionalen Parlamente und in die Gemeinderäte gewählt worden sind.

Nach der Nelkenrevolution

Bereits in ihren Anfängen musste sich die portugiesische Demokratie der Destabilisierungsversuche rechtsextremer Terrorgruppen erwehren. Terroristische Organisationen wie die MDLP (Movimento Democrático de Libertação de Portugal), die ELP (Exército de Libertação Português) und die „Maria da Fonte“, die hauptsächlich aus Mitgliedern der aufgelösten politischen Polizei (PIDE-Polícia internacional e de defesa do estado) und faschistischen Fraktionen der Armee bestand, waren für Hunderte von Entführungen, Morden und Bombenanschlägen auf linke Aktivist*innen und Organisationen verantwortlich. Finanziert wurden ihre Aktivitäten weitgehend von Nostalgiker*innen des Estado Novo aus der Geschäfts- und Finanzwelt. Daneben erhielten sie die Unterstützung

der reaktionärsten Teile der katholischen Kirche, vor allem aber seitens der Franco- und der brasilianischen Militärdiktatur. Die politische Führung der MDLP operierte von Madrid aus und die ELP-Terroristen wurden auf spanischen Fincas ausgebildet. Der Führer der MDLP, General António de Spínola [1910–1996, Präsident der Junta der Nationalen Rettung vom 25. April bis 16. Mai 1975, Präsident der Republik vom 15. Mai bis 30. September 1974], ging ins brasilianische Exil, nachdem sein Putschversuch am 11. März 1975 gescheitert war [Mario Soares sollte ihn 1987 rehabilitieren und später zum Marschall ernennen].

In den heutigen autonomen Regionen der Azoren und Madeira entstanden terroristische Organisationen mit separatistischen Tendenzen – die Frente de Libertação dos Açores (FLA) und die Frente de Libertação do Arquipélago da Madeira (FLAMA) –, die ein Übergreifen der revolutionären Entwicklung vom Festland verhindern wollten. Für die Wahlteilnahme gründeten die Nostalgiker*innen der Diktatur verschiedene Kleinstparteien und gingen (geplatze) Koalitionen ein: die PDC (Partido da Democracia Cristã), die MIRN (Movimento Independente para a Reconstrução Nacional/Partido da Direita Portuguesa), die PP/MFP (Partido do Progresso/Movimento Federalista Português) und die Frente Nacional.

Nach dem Staatsstreich vom 25. November 1975, der den revolutionären Prozess beendete, nahmen die Aktivitäten der terroristischen Organisationen weiter zu. Im Jahr 1976 beendeten die ELP und die MDLP jedoch ihre Tätigkeit und auch die FLAMA führte 1978 ihre letzte bewaffnete Aktion durch. Die rechtsextremen Parteien waren da bereits in Auflösung begriffen. Die Anhänger*innen dieser radikalen Rechten in Gesellschaft und Wirtschaftskreisen gingen zur CDS und PSD über und nur eine Minderheit hielt weiter an den Positionen fest.

In den 1980er und 1990er Jahren kam es im Großraum Porto und Lissabon zum Wiederaufleben der Neonazi-Bewegung. Sie organisierte Demonstrationen und Konzerte und gründete eine neue Partei: das Movimento de Ação Nacional (MAN). Wie ihre Vorgänger existierte auch sie nur kurz. Zumeist beschränkten sich diese Gruppierungen auf gewaltsame Aktionen und pflegten enge Beziehungen zum organisierten Verbrechen. Die portugiesischen Skinheads wurden des Mordes an einem jungen Schwarzen, Alcindo Monteiro [1995, er kam von den Kapverden] und an dem linken Aktivisten und Mitglied der Revolutionären Sozialistischen Partei (PSR) Zé da Messa [er hieß José Carvalho und wurde im Oktober 1989 vor der Tür des PSR-Büros in Lissabon ermordet] für schuldig befunden.

In der Folge landeten diese Skinheads vor Gericht und ihre wichtigsten Anführer wurden gefasst.

Im Jahr 1999 unterwanderte eine Gruppe Rechtsextremer eine in Auflösung begriffene bürgerlich-zentristische Partei, den Partido Renovador Democrático (PRD). Die Rechten tilgten deren Schulden, übernahmen die Kontrolle über die Parteiführung und änderten den Namen in Partido Nacional Renovador (PNR). Das portugiesische Verfassungsgericht erklärte diese Namensänderung im April 2000 für rechtmäßig.

Die portugiesische extreme Rechte versuchte, sich in der PNR neu zu sammeln, aber im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern kam sie aus ihrem Schattendasein nicht raus und reihte Misserfolg an Misserfolg. Ihr bestes Ergebnis bei den Parlamentswahlen 2015 lag bei 0,18 % der Stimmen. Weder konnte sie qualifizierte Kader für sich gewinnen, noch das Interesse der „Wirtschaftskreise“ wecken.

Radikalisierung der portugiesischen Rechten

Im Jahr 2011 gelangte die portugiesische Rechte wieder an die Macht. PSD und CDS betrieben vier Jahre lang mit Unterstützung der Troika [Europäische Zentralbank, Europäische Kommission und Internationaler Währungsfonds] ein einschneidendes Sparprogramm. Mehr als eine halbe Million Portugies*innen waren gezwungen, auszuwandern, die Arbeitslosigkeit erreichte 15,5 % und das Beschäftigungsniveau fiel auf Werte zurück, die nahe bei denen der 1980er Jahre lagen. Die Monatseinkommen der Beamt*innen und Rentner*innen sanken, während die Steuern für die Mehrheit der Beschäftigten anstiegen.

Auf die Schocktherapie folgte ein schwerer Kater, der tiefe Einschnitte im Lager der portugiesischen Rechten hinterließ. Im Jahr 2015 verlor sie ihre Mehrheit im Parlament und musste einer linken Mehrheit weichen, die eine Rücknahme der sozialfeindlichen Maßnahmen der Vorgängerregierung auf der Agenda hatte. Der Scherbenhaufen, den die Troika hinterlassen hatte, führte zur Spaltung der PSD. Der ehemalige Premierminister Passos Coelho [2011–2015] gab den Parteivorsitz auf und auf ihn folgte 2018 Rui Rio [ehemaliger Bürgermeister von Porto von 2002 bis 2013] als Kritiker der „exzessiven“ Austeritätspolitik und ihrer sozialen Folgen unter der Ägide der PSD. Noch immer sitzt die PSD auf den Oppositionsbänken und ist in zwei Flügel gespalten, dem einen, der an Passos Coelhos Sparpolitik festhält, und dem anderen unter Rui Rio, der die Partei in der Mitte neu positionieren will.

In der CDS kam es zum Rücktritt des langjährigen Parteivorsitzenden Paulo Portas, einem ihrer historischen

Führer und ehemaligen stellvertretenden Premierminister der Troika-Regierung. Seine Nachfolgerin wurde im März 2016 die ehemalige Landwirtschaftsministerin [2011 bis 2015] Assunção Cristas. Nach der Niederlage bei den Parlamentswahlen [4,22 % der Stimmen im Oktober 2019] trat auch diese zurück und ihr Nachfolger wurde im Januar 2020 der Neokonservative Francisco Rodrigues dos Santos. Seither ist die CDS marginalisiert und liegt laut Umfragen bei 0,3 % der Wählerstimmen.

Die Radikalisierung der traditionellen Rechten und die dadurch hervorgerufene innere Krise machte den Weg frei für die Entstehung zweier neuer Parteien rechts von ihr, der ultraliberalen Iniciativa liberal und der rechtsextremen Chega [Genug!] unter Führung von André Ventura. Beide stehen für die Erstarkung der radikalisierten Sektoren der portugiesischen Rechten, die sich zuvor unter der Führung von Passos Coelho vertreten sahen. Daher ist es auch kein Zufall, dass sich ihre führenden Vertreter*innen gerne auf das Erbe von dessen Regierung berufen.

Der Aufstieg von Chega

Bei den Kommunalwahlen 2017 präsentierte die PSD André Ventura als Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters der Gemeinde Loures, der sechstgrößten in Portugal, in der Nähe [nördlich] von Lissabon. André Ventura war bekannt für seine furiosen Kommentare für SL Benfica (Portugals größtem Fußballverein) in den Sportsendungen [auf CMTV] und für seine Hetztiraden in der portugiesischen Boulevardpresse gegen die „Kriminalität“. Als Mitglied der nationalen PSD-Führung setzte er in Wahlkämpfen auf Hetze gegen die „Zigeuner“ und trat für die Todesstrafe, lebenslange Haft, schärfere Repression und mehr polizeiliche Überwachung ein. Dieser „nationalpopulistische“ Diskurs sorgte für Unbehagen beim rechten Partner, der CDS, die daraufhin die Koalition aufkündigte.

Trotz des starken Widerstands, den dessen fremdenfeindlicher und autoritärer Diskurs in der portugiesischen Gesellschaft und auch bei Teilen und der Führung der PSD hervorrief, hielt der damalige Vorsitzende Pedro Passos Coelho an seiner Unterstützung für André Ventura fest und unterstützte ihn im Wahlkampf. Inzwischen gilt dies als Auftakt eines Trutzbündnisses zwischen der portugiesischen Rechten und der extremen Rechten.

André Ventura wurde zum Stadtrat von Loures gewählt und erhielt die drittmeisten Stimmen, hinter der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP, die die Gemeinde seit 2013 verwaltet) und der PS (Sozialistischen Partei). Nach dem Ausscheiden von Pedro Passos Coelho

aus dem Vorsitz der PSD verließ André Ventura 2018 die PSD und den Stadtrat und verkündete die Gründung einer neuen Partei, Chega.

Nach anfänglichen Kontroversen – wie dem Versuch, die Partei mit gefälschten Unterschriften anerkennen zu lassen – wurde die rechtsextreme Formation im April 2019 vom Verfassungsgericht anerkannt.

Im Mai 2019 kandidierte Chega bei den Europawahlen unter dem Dach der Koalition Basta (Es reicht!), der sich die Partido Popular Monárquico (PPM), die katholischen Traditionalisten von Portugal pro Vida (PPV) und eine liberale Kleinstgruppe, „Democracia XXI“, angeschlossen hatten. Die von André Ventura geführte Wahlfront der Rechtsradikalen kam jedoch nicht ins Europäische Parlament und landete mit etwa 50 000 Stimmen (1,49 %) auf dem 9. Platz. Bei den Parlamentswahlen [Oktober 2019] kandidierte Chega allein, nahm aber Mitglieder der PPV in seine Listen auf. Sie erhielt 67 826 Stimmen (1,29 %) und ihr Vorsitzender wurde zum Abgeordneten des Wahlkreises Lissabon gewählt. Einige Monate später erklärte er seine Absicht, im Januar 2021 bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren.

Endlich salonfähig

Seit der Gründung von Chega tobt innerhalb der traditionellen portugiesischen Rechten eine Debatte über ihr Verhältnis zur extremen Rechten. Bis zu den Regionalwahlen auf den Azoren im Oktober 2020 lehnten die Führer der im Parlament vertretenen Rechten jedes Abkommen mit der Partei von André Ventura ab, weil seine Vorstellungen mit ihren „demokratischen“ und „humanistischen“ Prinzipien unvereinbar seien.

Doch „Probieren geht über Studieren“. Bei den Regionalwahlen auf den Azoren [Oktober 2020] verlor die PS ihre absolute Mehrheit und die Rechte hatte die Chance, nach 24 langen Jahren in der Opposition wieder an die Macht zu kommen. Voraussetzung dafür war lediglich, dass José Manuel Bolieiro (Vorsitzender der PSD/Azoren) eine parlamentarische Vereinbarung mit Chega treffen musste, die zwei Abgeordnete und 5 % der Stimmen gewonnen hatte.

Chega stellte dafür drei Bedingungen an die PSD. Die erste war die Verpflichtung, die Zahl der Empfänger*innen des RSI (Rendimento Social de Inserção, eine Sozialhilfe für die Ärmsten der Armen) um 50 % zu reduzieren. Im Durchschnitt erhält jede*r Bedürftige auf den Azoren 86,11 Euro pro Monat. Die vom Nationalen Institut für Statistik (INE) veröffentlichten Daten

zeigen, dass fast 10 % der Leistungsempfänger*innen auf den Azoren arbeiten und 61,3 % Frauen sind – die meisten alleinstehend und zwischen 35 und 44 Jahren alt. Die Azoren sind in der Tat die ärmste Region Portugals. Außerdem sollten ein „Kabinetts der Korruptionsbekämpfung“ gebildet – eine „populistische“ Maßnahme ohne jeden Wert – und die Anzahl der Abgeordneten in der gesetzgebenden Versammlung der Autonomen Region der Azoren verringert werden, eine Maßnahme, die kaum jemals umgesetzt werden wird, da sie von der Zustimmung des Parlaments der Republik und der Region selbst abhängt.

Die portugiesische Rechte hat ihren andalusischen Moment erlebt [eine Anspielung auf das Ergebnis der rechtsextremen Vox 2018 in Andalusien mit 11 %, was die Bildung einer rechten Regierung ermöglichte]. Der Präzedenzfall des Azoren-Abkommens zeigt, dass die portugiesische liberale und konservative Rechte Abkommen mit der extremen Rechten schließen wird, solange der Schlüssel zur Macht in ihren Händen bleibt. Dass sie damit die Akzeptanz von rassistischen, fremdenfeindlichen und autoritären Tendenzen fördern – und damit das Erbe der schlimmsten Episoden der jüngeren portugiesischen Geschichte –, interessiert sie wenig, wenn es um die Macht geht.

Personal und Ideologie

Versuchte Chega noch in den ersten Monaten seines Bestehens, die Etikettierung als rechtsextreme Partei zu vermeiden, so scheint dies für die Parteiführung inzwischen kein Problem mehr zu sein. Die von André Ventura geführte Partei hat kürzlich beschlossen, der europäischen Partei Identität und Demokratie beizutreten, in der das Gros der europäischen extremen Rechten vereint ist. Er tauscht öffentlich Komplimente mit dem Bolsonaro-Clan aus, betreibt in Italien an der Seite von Matteo Salvini Wahlkampf, besucht Marine Le Pen in Paris und empfängt sie, inmitten des Präsidentschaftswahlkampfes, in Lissabon.

Die Rhetorik und Taktik, die er zur Konsolidierung seiner sozialen Basis benutzt, sind offensichtliche programmatische Anleihen bei der internationalen extremen Rechten, insbesondere des Bolsonarismus: ein neoliberales Wirtschaftsprogramm, ein zutiefst rassistischer und fremdenfeindlicher, sicherheitsstaatlicher Diskurs, nostalgische Appelle an den portugiesischen Kolonialismus und die Diktatur des Estado Novo und „Populismus“ peronistischer Prägung gemischt mit christlich-messiani-

schen Bezügen. André Ventura verstieg sich sogar dazu, öffentlich zu erklären, dass Gott ihm die „schwierige, aber ehrenvolle Aufgabe anvertraut hat, ein neues Portugal zu schaffen“.

Es gibt noch weitere Übereinstimmungen. Laut portugiesischen IT-Experten besteht Chegas digitales Aufgebot aus mindestens 20 000 gefälschten Accounts in den sozialen Netzwerken. Diese Daten erklären zu einem großen Teil den Erfolg der Partei auf Facebook und YouTube. Dieses Mittel wird nicht nur eingesetzt, um Parteipropaganda zu verbreiten, sondern vor allem, um Desinformationen zu verbreiten und Journalisten, bekannte Linke und Aktivist*innen der sozialen Bewegungen zu denunzieren. Chega produziert so viele Lügen, dass die portugiesischen Faktenkontrolleure mit dem Zählen gar nicht nachkommen.

Das Wirtschaftsprogramm liest sich wie eine Bibel des Neoliberalismus. Chega will den portugiesischen Sozialstaat komplett abbauen: Der Nationale Gesundheitsdienst, die staatlichen Schulen, die Sozialversicherung und der öffentliche Verkehr sollen privatisiert und all diese öffentlichen Güter wieder an private Konzerne übergeben werden. Die Steuerprogression soll abgeschafft und Pauschalsteuern erhoben werden, mit denen die Steuerlast für Geringverdiener erhöht und für Spitzenverdiener reduziert würden. Zwangsräumungen von Wohnungen und das Arbeitsgesetzbuch sollen vollständig dereguliert werden. In ihrem Wahlprogramm plädiert die Partei sogar für Lohnsenkungen. Zwar beschert die von ihm vertretene aggressive Schocktherapie Ventura Probleme bei Interviews und politischen Debatten – Portugal ist immerhin eines der ungleichsten Länder in der EU, mit einem Armutsrisiko vor Sozialtransfers von 43 % der Bevölkerung –, aber zugleich mobilisiert er damit Gelder und Unterstützung von diversen Geschäftsleuten, Immobilienhaien und Banker*innen (von denen viele in Finanzskandale verstrickt sind).

Viele von Portugals Großindustriellen haben öffentlich erklärt, dass sie André Ventura finanziell unterstützen. Etwa der Geschäftsmann João Maria Bravo, Eigentümer von Sodarca [Waffen] und Helibravo [Lufttransport]; oder Miguel Félix da Costa, dessen Familie 75 Jahre lang die portugiesische Niederlassung der Castrol-Schmierstoffwerke leitete und der heute Großinvestor im Immobilien- und Tourismussektor ist; von Carlos Barbot, Besitzer von Tintas Barbot [Tinten, Farben]; oder von Paulo Mirpuri, Vorstandsvorsitzender der Fluggesellschaft HiFly und von Mirpuri Investments.

Auch in der Finanzwelt hat die portugiesische extreme Rechte starke Verbündete. Darunter sind mehrere Top-Manager der [2014] bankrott gegangenen Grupo Espírito Santo (GES) wie Francisco Sá Nogueira, Salvador Posser de Andrade oder Pedro Pessanha. Die letzten beiden sind Mitglieder der Partei. Posser de Andrade, der immer noch Direktor der ehemaligen GES-Immobilienverwaltung Coporgest ist, ist im Parteivorstand und kandidierte bei den Parlamentswahlen in Lissabon, während Pedro Pessanha, ein ehemaliger Berater des Finanzkonzerns in Angola, Bezirksvorsitzender von Lissabon ist. Francisco Cruz Martins ist ein ehemaliger Strohmann für die Geschäfte der angolanischen Elite in Portugal, dessen Name bei internationalen Skandalen wie den Panama-Papers auftaucht, aber auch bei anderen nationalen Korruptionsfällen, wie der Vale-do-Lobo-Affäre oder dem Bankrott der Banif-Bank auf Madeira: auch er ein vehementer Unterstützer von André Ventura. Das Gleiche gilt für den Pharmaunternehmer César do Paço, Eigentümer von Summit Nutritionals International, der bis 2019 die CDS finanziert hat. Der portugiesische Ex-Konsul in Florida finanziert Chega nicht nur, sondern hat auch gleich seinen Vertrauensmann in der Partei platziert – José Lourenço, der bis Januar 2021 Bezirksvorsitzender von Porto war.

Wie bei anderen europäischen „populistischen“ Parteien der radikalen Rechten setzen sich Mitgliederbasis und Führungsstruktur von Chega aus den verschiedensten Gruppierungen zusammen. Der ideologische Kopf und erste Vizepräsident der Partei, Diogo Pacheco de Amorim, ist seit vielen Jahren in der portugiesischen extremen Rechten aktiv. Er gehörte zu den faschistischen Studentenbewegungen, die rechts von der Diktatur des Estado Novo standen. Außerdem war er Mitglied der terroristischen Gruppen MIRN und MDLP, wo er dem „Politischen Büro“ angehörte, er vertrat Portugal in der französischen neofaschistischen Zeitschrift *Nouvelle École* und übersetzte die Texte von Alain de Benoist ins Portugiesische. Daneben war er zeitweise Mitglied der CDS-PP und gehört der traditionalistischen katholischen Bewegung *Comunhão e Libertação* an. Der zweite Vizepräsident Nuno Afonso, derzeit André Venturas Stabschef in der Versammlung der Republik, hat seine gesamte Karriere in der PSD absolviert, genau wie der Parteivorsitzende. Zur Parteiführung gehören auch der Präsident der Polizeigewerkschaft, José Dias, ein Mitglied des Opus Dei, Pedro Frazão, und die Anführerin der neopfingstlichen

Evangelikalen in Chega, Lucinda Ribeiro, die auch bei den Covid-19-Leugnern aktiv ist.

Der ultranationalistische Flügel hat sich wohl auf das Präsidium des Nationalkonvents der Partei konzentriert. Der Präsident dieses Gremiums, Luís Filipe Graça, war Mitglied mehrerer Neonazi-Gruppen, wie dem Nova Ordem Social (NOS) oder dem Movimento de Oposição Nacional (MON), aber auch Anführer der Partido Nacional Renovador (PNR). Nelson Dias da Silva, gehört neben dem Präsidium auch der Chega-Studiengruppe an und verbindet diese Funktionen mit der des Sprechers der neofaschistischen Organisation *Portugueses Primeiro* (P1), zu der mehrere bekannte Gesichter der portugiesischen Neonazi-Bewegung gehören, wie João Martins, der Mörder des jungen Schwarzen Alcindo Monteiro.

Unter den Sicherheitskräften gibt es zunehmend mehr Mitglieder dieser Organisation. Das Movimento Zero (nach dem Vorbild der amerikanischen Blue Lives Matter-Bewegung) ist eng mit Chega liiert. Im November 2019 organisierte diese Bewegung gemeinsam mit den Gewerkschaftsstrukturen der Polizei eine Demonstration vor dem portugiesischen Parlament. Andre Ventura wurde von Hunderten von Polizisten enthusiastisch begrüßt und war der einzige hochrangige Politiker, der als Sprecher auf der Demonstration eingeladen war.

Die Präsidentschaftswahlen

Bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2021 belegte André Ventura mit 11,9 % der Stimmen den dritten Platz hinter dem amtierenden Präsidenten Marcelo Rebelo de Sousa (60,70 %), der von der PSD und CDS unterstützt wurde, und der Sozialistin Ana Gomes (12,97 %), die zwar nicht von ihrer Partei (PS), aber von *Pessoas Animais e Natureza* (PAN, Umweltschützer*innen) und der pro-europäischen Partei LIVRE unterstützt wurde. Der von der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) unterstützte Kandidat João Ferreira erhielt 4,32 %, die vom Bloco de Esquerda unterstützte Marisa Matias 3,95 % der Stimmen und der Ultraliberale (IL) Tiago Mayan 3,22 %.

Der rechtsextreme Kandidat kann sich als Gewinner fühlen, auch wenn er sich zum Ziel gesetzt hatte, vor Ana Gomes zu landen. Das Wahlergebnis war Anlass zu vielen Spekulationen. Viele Kommentatoren behaupteten bereits in der Wahlnacht, dass der Rechtsextremist seine Stimmen von der traditionellen linken Wählerschaft bekommen habe. Neuere und gründlichere Studien haben diese These widerlegt. Die linken Wähler*innen stimmten statt für Ana Gomes, João Ferreira und Marisa Matias

für den Amtsinhaber. Dass Marcelo Rebelo de Sousa der Regierung der linken Mehrheit [PS mit der bedingten Unterstützung seitens des Linksblocks und der PCP] keine Hindernisse in den Weg legte und sich bei den Wahlen als Gegner des rassistischen und autoritären Programms der extremen Rechten präsentierte, bescherte ihm einen komfortablen Sieg im ersten Wahlgang. Unter diesen Umständen war er für viele Tausend Stammwähler*innen von PS, BE und PCP wählbar.

Die Stimmen für André Ventura kamen von den radikalisierten Sektoren der traditionellen Rechten, vor allem im Landesinneren und in der Zentralregion. Die „Entdämonisierung“ von Chega durch die PSD, insbesondere nach der Einigung auf den Azoren, und die Erosion des CDS haben zweifellos zu diesem Ergebnis beigetragen. Auch der rassistische und gewalttriefende Diskurs gegen die Roma scheint ausschlaggebend gewesen zu sein. André Ventura erzielte besonders gute Ergebnisse in den Gemeinden, in denen zahlreiche Roma leben, vor allem im Alentejo. In der Tat sind unter den fast 500 000 Wähler*innen von André Ventura bei den Präsidentschaftswahlen viele frustrierte Menschen aus der Arbeiterklasse, die in ihm eine Alternative sehen. Aber mehrere Studien deuten darauf hin, dass diese Wähler*innen überwiegend bereits zuvor für die Rechte (CDS und PSD) gestimmt hatten.

Die Zersplitterung der rechten Parteien (PSD, CDS, Chega und Iniciativa Liberal) hat dafür gesorgt, dass sie nicht noch mehr Wähler*innen für sich mobilisieren konnten. Alle Meinungsumfragen zeigen, dass sich die große Mehrheit der Portugies*innen zwar weiterhin von den linken Parteien vertreten fühlt, für die Linke sollte dies jedoch kein Grund für Bequemlichkeit oder Sorglosigkeit sein.

Portugal durchläuft drei schwere Krisen: eine Gesundheitskrise, eine soziale Krise und eine Wirtschaftskrise. Die portugiesische Linke muss ein mehrheits- und mobilisierungsfähiges Programm gegen diese Krisen entwickeln, das niemanden zurücklässt. Arbeitslosigkeit und sinkende Einkommen, wovon Tausende von Portugies*innen betroffen sind, sowie der nachvollziehbare Verdruss am Lockdown können schnell dafür sorgen, dass eine rechts-extreme Mehrheit an die Macht kommt. Politische Prognosen sind immer ein riskantes Unterfangen. Aber eine mögliche zukünftige rechte Regierung wird sich schwer tun, nicht von der extremen Rechten und ihrer rassistischen, diskriminierenden und autoritären Agenda abhängig zu sein – mit den Folgen, die wir mit Salvini in Italien,

Órban in Ungarn, Trump in den USA oder Bolsonaro in Brasilien erlebt haben.

■ **Fabian Figueiredo** ist Soziologe und Leitungsmitglied des Bloco de Esquerda

Quelle: <https://www.observatoriodaextremadireita.pt/2021/03/cheга-o-pior-do-sistema-portugues.html>, Anmerkungen in eckigen Klammer aus der frz. Übersetzung auf *alencontre*

■ Übersetzung aus dem Portugiesischen: MiWe

DIE NIEDERLÄNDISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI IN DER KRISE

In den späten 2000er Jahren war die niederländische Sozialistische Partei sehr erfolgreich und hat sich von einer kleinen maoistischen Gruppe zu einer Partei mit 50 000 Mitgliedern entwickelt. Aber die Trennung von ihrem Jugendflügel und lautes Nachdenken über eine Koalition mit der Rechten haben Aktivist*innen demoralisiert – und die Gefahren einer parlamentarischen Partei aufgezeigt, die sich von den Arbeiter- und Sozialbewegungen gelöst hat.

■ Alex de Jong

Die niederländische Sozialistische Partei (SP) war lange Zeit eine der großen Erfolgsgeschichten der europäischen Linken. Nachdem sie in den 1970er Jahren als maoistische Gruppe begonnen hatte, gelang ihr in den 1990er Jahren der Durchbruch in die nationale Politik, als die kommunistischen Parteien zusammenbrachen und die Sozialdemokratie auf dem gesamten Kontinent zum Neoliberalismus schwenkte.¹

Um die Jahrtausendwende öffnete sich die SP für soziale Bewegungen und wurde zum Bezugspunkt für linke Aktivist*innen. Ihre Mitgliederzahl wuchs schnell; in den späten 2000er Jahren hatte sie 50 000 Mitglieder – doppelt so viele wie 10 Jahre zuvor. Bei den Parlamentswahlen 2006 erhielt sie über 16 Prozent der Stimmen.

Trotz der Erfolge der SP in der Vergangenheit sind die Aussichten heute eher düster. Vor den allgemeinen Wahlen in den Niederlanden im März ist die SP gespalten und ratlos, wie sie ihren jüngsten Niedergang umkehren kann.

Abnehmende Anziehungskraft

Die Stimmung unter vielen SP-Aktivist*innen ist pessimistisch. Die Mitgliederzahl ist in den letzten zehn

Jahren um 18 000 gesunken und die Ergebnisse der Partei bei nationalen Wahlen sind auf unter 10 Prozent gefallen. Nur vier Monate vor den Wahlen im März beendete die SP-Führung die Unterstützung des Jugendflügels der Partei ROOD und beschuldigte ihn, von kommunistischen Radikalen infiltriert worden zu sein und gegen die Parteiregeln zu verstoßen. Dem gingen Ausschlüsse einer Reihe von Aktiven voraus, denen vorgeworfen wurde, Mitglieder des Marxistischen Forums und/oder der Kommunistischen Plattform zu sein, zwei innerhalb der SP aktiven Gruppen, die von der Führung als „rivalisierende“ politische Parteien bezeichnet wurden.²

Die Ablehnung solcher Maßnahmen ist weit verbreitet – und auf dem Kongress, auf dem die SP ihr Programm für die kommenden Wahlen verabschiedete, sprach sich mehr als ein Drittel der Partei gegen diese Schritte aus. Dieser Konflikt zwischen der Führung und ROOD vertiefte die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Einschätzung des Abwärtstrends der SP in den letzten Jahren darüber, wie sie sich erholen könne und welche Prioritäten sie setzen sollte.

In diesem Sinne steht die SP vor ähnlichen Fragen wie andere Parteien links der Sozialdemokratie, z. B. welche Allianzen und Kompromisse der sozialistischen Politik langfristig zugutekommen können – und unter welchen Bedingungen eine sozialistische Partei eine Rolle in der Regierung übernehmen kann. In diesem Fall eskalierte der Konflikt zwischen ROOD und der Parteiführung, als die Jugendorganisation eine Erklärung veröffentlichte, in der sie ihre Opposition gegen den Beitritt der SP zu einer Regierungskoalition mit der Rechten erklärte.

Angesichts der großen Zahl der im Parlament vertretenen Parteien bestehen die niederländischen Regierungen traditionell aus Koalitionen mehrerer verschiedener Parteien, die zusammen eine Mehrheit bilden. Die derzeitige SP-Führung hat erklärt, dass sie bereit sei, Koalitionen mit rechten Parteien in hypothetischen zukünftigen Regierungen in Betracht zu ziehen, einschließlich mit der säkularen, marktliberalen VVD von Premierminister Mark Rutte. Die SP ist bereits auf lokaler Ebene Koalitionen mit der VVD eingegangen und hat kürzlich mit den anderen linken Parteien gebrochen, als sie ein umstrittenes Umweltgesetz der Regierung unterstützte.

Es ist nicht ganz leicht zu verstehen, was innerhalb der SP passiert. Die Partei hat eine berüchtigte Top-Down-Struktur, die teilweise aus der maoistischen Ära geerbt ist; Fraktionen und organisierte Strömungen sind verboten. Da die Beteiligung der Partei an politischen Führungspositionen und Stadtverwaltungen zusammen mit ihrem eigenen Apparat immer mehr wuchs, konzentrierten Vollzeitkräfte, häufig in der Doppelrolle als Mandatsträger und Mitarbeiter, zunehmend Informationen und Entscheidungen in ihren eigenen Händen. Das Fehlen einer parteiweiten Debatte oder der Beteiligung der Basis bedeutet, dass die Parteipolitik von kleinen informellen Gruppen entschieden werden kann.

Die Position der Partei zur Teilnahme an einer Regierungskoalition ist ein Beispiel dafür. Ein kürzlich eingereichter Antrag, wonach in der SP eine Debatte über dieses Thema stattfinden sollte, wurde mit dem Argument zurückgewiesen, dass es für eine solche Diskussion „zu früh“ sei. Doch kurz danach änderte die Führung ihre Position ohne Diskussion und schwenkte von einer Opposition gegen hin zu einer möglichen Koalition mit der VVD.

Wahlen und soziale Bewegungen

Die jüngsten Enttäuschungen haben dazu geführt, dass in der SP-Führung zwei verschiedene Tendenzen entstanden sind.

Die eine besteht darauf, die Partei als verlässlichen Partner in einer Regierung mit rechten Kräften darzustellen. Als Teil dieser Politik trat die SP bereits vor einigen Jahren in Regierungen auf örtlicher Ebene ein, beispielsweise in Amsterdam, wo sie sich mit rechten Parteien an einer Koalition unter Ausschluss der [sozialdemokratischen] Arbeitspartei beteiligte. Eine andere Gruppe in der SP-Führung besteht, obwohl auch sie solche Koalitionen nicht grundsätzlich ablehnt, dennoch auf einem aktivistischeren Profil der Partei und einer eher traditionelleren sozialistischen Rhetorik.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen „Koalitionist*innen“ und „Aktivist*innen“ besteht im Wesentlichen darin, wie sich die SP den Wähler*innen präsentieren soll: als regierungsfähige und verantwortungsbewusste Partei, die im Rahmen der etablierten Politik agiert, oder als Partei engagierter oppositioneller Aktiver.

Die prominenteste „Koalitionistin“ ist Lilian Marijnissen, Vorsitzende der Parlamentsfraktion der Partei. Sie ist die Tochter von Jan Marijnissen, dem langjährigen Parteiführer, unter dessen Führung die SP zu einer nationalen Kraft wurde. Ein wichtiger Vertreter der „Aktivist*innen“ war Ron Meyer, der frühere Vorsitzende der Partei. Meyer, ein früherer Gewerkschaftsführer, verließ seine Position in der Partei nach dem Scheitern des Europa-Wahlkampfes im Jahr 2019.

Trotz ihrer Unterschiede konzentrieren sich beide Gruppen auf Wahlen als Ausweg aus der Notlage der SP. Den Aufbau unabhängiger sozialer Bewegungen als Ziel an sich oder als Teil einer langfristigen Strategie verfolgt keine der beiden Gruppen.

Viele SP-Aktive meinen sogar, dass die derzeitige Ausrichtung der Partei sie von sozialen Bewegungen isoliert. Dies wurde besonders deutlich bei Mobilisierungen gegen Rassismus und Klimawandel. Die SP hatte in Bezug auf Antirassismus immer eine schwache Position und sah ihn als Nebenproblem an; aber diese Ignoranz wurde immer offensichtlicher, als das Thema in der niederländischen Politik an Bedeutung gewann.

Die extreme Rechte in den Niederlanden ist dramatisch gewachsen und hat Islamophobie und andere Formen von Rassismus befeuert und bestärkt.³ Als Reaktion darauf erlebte das Land erhebliche antirassistische Mobilisierungen und eine zunehmende politische Debatte über Rassismus. Aber die SP spielt bei solchen Entwicklungen keine oder nur eine geringe Rolle. In Lehrmaterialien stellt die SP das, was sie „Rassenkampf“ nennt, dem „Klassenkampf“ entgegen. Bedeutende Proteste, die viele junge

Menschen anziehen, fanden auch zum Thema Klimawandel statt, aber auch hier blieb die Partei zurückhaltend. Die Teilnahme bleibt weitgehend den Entscheidungen der Ortsgruppen und der ROOD überlassen.

Für viele sind Sorgen wegen Rassismus und Klimawandel der Beginn einer umfassenderen Politisierung – aber der Beitritt zur derzeitigen SP erscheint ihnen nicht als logischer Schritt.

Wenn sich die SP von solchen Mobilisierungen fernhält, geschieht dies nicht mangels Gelegenheiten. Vielmehr handelt es sich um eine Strategie, die Priorität auf Wahlergebnisse zu setzen, und eine Abwägung, was nach Meinung der Parteiführung die meisten Stimmen bringen könnte. Antirassismus und Klimaschutzmaßnahmen werden als zu „kontrovers“ unter (potenziellen) SP-Wähler*innen angesehen.

Das frühere SP-Ratsmitglied Mahmut Erciyas beschreibt diese Strategie als den Versuch, „progressive sozio-ökonomische Politik mit kulturellem Konservatismus zu verbinden“. Parteimitglieder beklagen sich darüber, dass Marketingagenturen und PR-Experten bei der Festlegung dieses Kurses mehr zu sagen hätten als einfache Mitglieder. Als es den Mitgliedern kürzlich auf einem Parteitag gelang, Antirassismus zur Priorität zu erklären, hatte dies wenig praktische Folgen.

Erciyas war jahrelang Stadtrat in Oss, eine SP-Hochburg und die Stadt, in der Lilian und Jan Marijnissen ihre politische Karriere begannen. Oss ist eine typische SP-Hochburg: eine mittelgroße Stadt im ehemals katholischen Süden des Landes mit überwiegend weißer Bevölkerung und ohne starke linke Tradition.

Die Unzufriedenheit über die derzeitige politische Ausrichtung der SP ist besonders groß in den größeren, ethnisch gemischteren Städten wie Rotterdam (der zweitgrößten des Landes) und Amsterdam.

„Die derzeitige politische Ausrichtung der SP steckt in einer Sackgasse; sie verbindet sich nicht mit den vielfältigen Realitäten der arbeitenden Klasse, insbesondere in den größeren Städten“, sagt Erciyas.

Andere SP-Mitglieder kritisieren die Ausrichtung der Führung in ähnlicher Weise und sagen, sie versuche, eine karikierte, veraltete Version von nur einem Teil der Arbeiterklasse anzusprechen. Mit Forderungen wie, eine Arbeitserlaubnis für Menschen aus anderen EU-Ländern zu verlangen, wiederholt die SP „die Fehler, die wir gegenüber türkischen und marokkanischen Arbeitsmigrant*innen⁴ gemacht haben“, sagt Erciyas. „Wir versuchen, polnische Arbeiter fernzuhalten, anstatt sie

in ihrem Kampf für ein besseres Leben nachdrücklich zu unterstützen.“

Unter Gewerkschafter*innen ist die SP neben der Arbeitspartei eine der beliebtesten Parteien, aber auch hier ist die Partei keine starke, organisierte Kraft. Die SP hat ihre Betriebsstrukturen vor Jahren aufgelöst.

Laut Gus Ootjers, einem der ausgeschlossenen SP-Mitglieder, verpasst die Partei die Gelegenheit, Anhänger der arbeitenden Klasse zu organisieren. „Es gibt viele SP-Mitglieder, die auch aktive Gewerkschafter sind, aber die Parteiführung will keine Gewerkschaftsstrategie entwickeln. Die Partei ist nicht an Entwicklungen und Diskussionen in der Gewerkschaftsbewegung beteiligt und beschwert sich dann darüber, dass deren Ausrichtung zu rechts sei.“

Eine gescheiterte Strategie

Das Setzen auf Wahlerfolge und die Vermeidung kontroverser Fragen bedeuten, dass die Partei in zentralen politischen Fragen keine klare Haltung einzunehmen scheint. Die Versuche der SP, durch eigene Kampagnen beispielsweise im Gesundheitswesen ein politisches Profil aufzubauen, waren nicht so erfolgreich wie erhofft und sind zugunsten der parlamentarischen Ausrichtung verschwunden.⁵ Bereits im Jahr 2006 wurden SP-Programmpunkte, an denen – nach eigener Einschätzung – eine mögliche Regierungsbeteiligung scheitern könnte, wie Abschaffung der Monarchie und Nato-Austritt, aus den Wahlprogrammen der Partei gestrichen worden. Die jüngsten Ausschlüsse sind ein weiterer Schritt zur Integration der SP in die etablierte Politik.

Eine Frage, zu der die SP eine deutlich andere Position einnimmt, ist die Europäische Union. Die SP warnt vor einem „europäischen Superstaat“ und fordert die Rückkehr zu einer nationalen niederländischen Währung. Sie hat keine alternative Vision für eine internationale linke Zusammenarbeit und ihre Aufmerksamkeit für internationale Entwicklungen ist begrenzt. Die SP ist nie der Partei der Europäischen Linken (EL) beigetreten, zu der Kräfte wie die deutsche Partei Die Linke gehören. Vielmehr beharrt die SP-Führung auf den niederländischen Nationalstaat als ihren politischen Rahmen.

In diesem Sinne versuchte die SP vor den Europawahlen 2019, nach den Worten ihres ehemaligen Mitglieds des Europäischen Parlaments Erik Meijer, „die wütenden Außenseiter“ anzusprechen; Menschen, die sich sonst enthalten oder Geert Wilders' rechtsextreme Anti-EU-Partei PVV wählen würden. Aber ihre Versuche, Anti-EU-Stimmungen zu mobilisieren, blieben ohne Erfolg und sie

verlor die beiden Sitze im Europäischen Parlament, die sie seit 2004 innehatte.

Unterstützung für das Angebot, Forderungen abzuschwächen, um die SP als potenziellen Koalitionspartner zu präsentieren, kommt zum Teil von Mitgliedern, die in den letzten Jahren an lokalen und regionalen Verwaltungen beteiligt waren. Ein solcher Druck kommt aber auch von gewöhnlichen Wähler*innen und Mitgliedern. Dies ist nur logisch, da die SP keine anderen langfristigen Ziele präsentiert, als gute Wahlergebnisse und politische Ämter in Koalition mit kapitalistischen Parteien anzustreben.

Es ist unwahrscheinlich, dass die SP nach den Wahlen im März tatsächlich in eine Regierungskoalition eintritt. Die Signale der Führung, dazu bereit zu sein, basieren wohl eher auf der Annahme, dass eine solche Rhetorik erforderlich sei, um als eine akzeptable Wahlalternative zu gelten.

Entscheidungen wie die Erklärung der SP, dass sie bereit sei, mit dem traditionellen Feind der Linken, der VVD, zusammenzuarbeiten oder sich von sozialen Bewegungen fernzuhalten und Aktivismus nur als Wahlkampfinstrument zu behandeln, ergeben sich aus der Wahlorientierung der Partei. Dies hat zu Unzufriedenheit und Frustration bei ihren Mitgliedern geführt. In den letzten zehn Jahren ging die Mitgliederzahl um mehr als ein Drittel zurück, und die jüngsten Konflikte führten zu mehr Austritten wütender und enttäuschter Mitglieder.

Veränderte Landschaft

Selbst unter der engen Fixierung auf die Wahlen funktioniert die Strategie der SP nicht. Und ihre Probleme gehen tiefer als das, was ein erfolgreicher Wahlkampf oder PR-Experten lösen könnten. Das politische Klima ist konservativer geworden⁶ und trotz seiner gescheiterten Handhabung der COVID-Pandemie ist der derzeitige Premierminister Rutte nach wie vor sehr beliebt.

Es gibt auch sonstige Veränderungen, auf die die Partei reagieren müsste. Die bevorstehende Wirtschaftskrise nach der Pandemie wird zu neuen Sparmaßnahmen führen, während die gewerkschaftliche Organisation stark zurückgeht. Der wichtigste Gewerkschaftsverband FNV verlor 2019 sieben Prozent seiner Mitglieder. Von allen EU-Ländern haben die Niederlande einen der höchsten Prozentsätze an Arbeitenden unter prekären Bedingungen. Aber die Gewerkschaften ziehen keine jungen, prekären Arbeitskräfte an.

Doch während das Gewicht der Gewerkschaften abgenommen hat, sind neue soziale Bewegungen im

WAHLEN 2021

Die Wahlen im März bestätigten den im Artikel antizipierten Niedergang der SP: Sie verlor mehr als ein Drittel und Groen-Links (GL), in der auch die KP der Niederlande aufgegangen ist, fast die Hälfte der Stimmen. Bemerkenswert ist, dass die ehemaligen Linkswähler zur linksliberalen D66 gewandert sind, weil die Unterschiede nicht mehr so richtig klar waren. Damit rangiert die gesamte niederländische Linke einschließlich der sozialdemokratischen PvdA noch hinter den rechtsextremen Parteien PVV, FvD und deren Abspaltung Ja21, die z. B. fast 20 % der Wähler*innen erreichten. Ein relativer Lichtblick ist das Ergebnis der dezidiert antirassistischen und antikapitalistischen BIJ1, einer Abspaltung der SP, die mit knapp einem Prozent der Stimmen einen Parlamentssitz erzielen konnte.

| Partei | Proz. 2021 | Diff. 2017 | |
|-----------|------------|-------------|----------------------|
| VVD | 21,9 | +0,6 | rechtsliberal |
| D66 | 15,0 | +2,8 | linksliberal |
| PVV | 10,8 | -2,3 | rechtspopulistisch |
| CDA | 9,5 | -2,9 | christdemokratisch |
| SP | 6,0 | -3,1 | sozialistisch |
| PvdA | 5,7 | 0 | sozialdemokratisch |
| GL | 5,2 | -3,9 | linksgrün |
| FvD | 5,0 | +3,2 | rechtspopulistisch |
| Ja21 | 2,4 | +2,4 (neu) | Abspaltung v. d. FvD |
| BIJ1 | 0,8 | +0,5 | Abspaltung v. d. SP |

Bereich Rassismus und Ökologie entstanden und farbige Menschen sind als Reaktion auf Rassismus und Rechtsextremismus politisch organisierter geworden. Das Fernbleiben der SP von wichtigen sozialen Mobilisierungen, ihre starre Struktur und ihre Feindseligkeit gegenüber offenen Debatten machen sie für neu politisierte Aktive unattraktiv. Innerhalb der Partei befürchten kritische Mitglieder, dass die SP die Verbindung zu jüngeren Aktiven verlieren wird. Der Kampf mit ROOD ist ein dramatisches Beispiel für diese Gefahr.

In der Vergangenheit haben die Erfolge der SP ihrer Führung Legitimität verliehen. Aber im Niedergang steigen Unzufriedenheit und Opposition. Einige erwägen, im März für die neue antirassistische Partei Bij1 (niederländisch ausgesprochen „zusammen“) zu stimmen, die auch ein stark linkes Wirtschaftsprogramm hat. Radikale in der SP argumentieren, dass die Menschen trotz allem in der Partei bleiben und versuchen sollten, ihren Kurs zu ändern.

ROOD setzt ihre Aktivitäten fort und fordert die Parteiführung auf, die Verbindungen zur Jugendorganisation wiederherzustellen. Parteimitglieder haben eine Kampagne für finanzielle Unterstützung für ROOD gestartet und fordern außerdem die Wiederherstellung der Verbindungen zwischen den Organisationen.

Radikale in der SP plädieren für eine Ausrichtung, die der Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments Priorität einräumt, und für eine unabhängige Agenda. Dafür sind eine aktive Beteiligung an sozialen Bewegungen und die Formulierung politischer Positionen erforderlich, die die Fragen der Bewegungen und die Forderungen der Arbeiterklasse berücksichtigt.

Dies kann nur erfolgreich sein, wenn die SP mit anderen Kräften zusammenarbeitet. In den letzten Jahren hat sich die SP nach den Worten eines Mitglieds zu einer „Problemlösungspartei“ entwickelt, die sich darauf konzentriert, auf politische Fragen zu reagieren, aber keine eigenen Alternativen und keine langfristige Vision hat. Aber angesichts der begrenzten Sichtbarkeit sozialistischer Ideen in den Niederlanden ist ein ideologischer Kampf um das künftige Aussehen der Gesellschaft dringend erforderlich.

Die Niederlande sind keine Ausnahme vom globalen Muster, bei dem Wutausbrüche zu Mobilisierungen führen, die sich dann wieder spurlos auflösen können. Dies macht es notwendig, das aufzubauen, was Alan Sears als neue „Infrastrukturen des Dissens“ bezeichnet hat, „das Zusammenspiel von Räumen, Netzwerken und Institutionen, in denen Aktivist*innen ihre Fähigkeiten entwickeln, um gegen den kapitalistischen Sparmaßnahmenkonsens und den engen Rahmen der offiziellen Politik vorzugehen“. Anstatt zu versuchen, eine vermeintliche Wählerschaft anzusprechen (was, wie die Wahlergebnisse zeigen, nur begrenzten Erfolg hat), muss die Partei versuchen, die Menschen für eine andere Vision zu gewinnen.

Es ist klar, dass eine weitere Isolation und ein weiterer Rückgang unvermeidbar sind, wenn die SP an ihrem derzeitigen Kurs festhält. Orientierungsänderungen zu erzwingen, wird ein schwieriger Kampf sein. Angesichts der strukturellen Schwäche der Linken gibt es keine Erfolgsgarantie.

18. Januar 2021

■ Übersetzung aus dem Englischen: Björn Mertens

Quelle Jacobin: <https://jacobinmag.com/2021/01/dutch-socialist-party-expulsions-rood>, <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article7004>

1 Siehe Alex De Jong, *International Viewpoint*, Oktober 2014: „Dutch Socialist Party from Sect to Mass Party“ (deutsch: „Wohin geht die Sozialistische Partei?“; *Inprekorr* 1/2015)

2 *Weekly Worker*, 12. November 2020: „Bureaucratic control-freakery“, Communist Platform: „About us“, <https://communisme.nu/about-us/>

3 *Jacobin*, 27. Oktober 2020: „How US Neocons Inspired the Netherlands' New Radical Right“, 25. März 2019: „The Decline of the Low Countries“ (deutsch: „Der Untergang des Tieflands“, *die internationale* 3/2019)

4 1983 forderte die SP einen viel beachteten Report *Gastarbeiden kapitaal* (Gastarbeit und Kapital), „Gastarbeiter“ sollten sich in die niederländische Gesellschaft und Kultur integrieren und einen wertvollen Beitrag im Klassenkampf leisten. Wenn sie dazu nicht bereit seien, sollten sie eine Prämie bekommen, um sich in ihrem Heimatland eine neue Existenz aufbauen zu können. Diese Broschüre löste einen Sturm der Entrüstung aus – Anm. d. Red. (nach Wikipedia).

5 *Jacobin*, „Fights We Can Win“ (im Original deutsch: „Kämpfe, die wir gewinnen können“, LuXemburg, März 2017, <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/may-naomi-blank/>).

6 Alex De Jong, *Jacobin*, 14. März 2017: „The Right's Model Nation“, Original: „The Netherlands lurches towards elections: Islamophobia, austerity and crisis of the left“, *International Viewpoint*, 10.3.2017



GEOSTRATEGIE IM NAHEN OSTEN

Ein Dossier mit **4 Beiträgen**.

VON DER NICHT-ANERKENNUNG ZUM „NORMALISIERUNGSABKOMMEN“

Gegen Ende von Donald Trumps Präsidentschaft wurden mehrere „Normalisierungsabkommen“ zwischen Israel und einigen arabischen Staaten unterzeichnet: Im September 2020 unterzeichneten die VAE und Bahrain die sog. Abraham-Abkommen, denen sich im Dezember 2020 Marokko und im Januar 2021 der Sudan anschlossen. Zuvor hatten mit Ägypten und Jordanien lediglich zwei arabische Staaten offiziell normale Beziehungen mit dem israelischen Staat unterhalten. Um die Bedeutung dieses Schritts zu ermessen, muss man sie im

geschichtlichen Kontext der israelisch-arabischen Beziehungen betrachten, aber auch im Blickwinkel der aktuellen Ereignisse und der Machtkämpfe in der dortigen Region. **Julien Salingue**

Als die UNO am 29. November 1947 den Plan für die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat verabschiedete, wurde er von den Palästinenser*innen und den anderen arabischen Nationen weitgehend abgelehnt. Im Mai 1948 proklamierte Israel seine Unabhängigkeit, nachdem es bereits 400 000 Palästinenser von ihrem Land vertrieben hatte. Dies war der Beginn des ersten arabisch-israelischen Krieges, an dem der Irak, Syrien, Ägypten, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und der Jemen in unterschiedlichem Maße beteiligt waren. Zum Zeitpunkt der Waffenstillstände (Anfang 1949) hatte Israel 78 % von Palästina erobert und 800 000 Palästinenser waren geflohen und die Waffenstillstandsvereinbarungen waren militärische Vereinbarungen, die in keiner Weise die Anerkennung Israels durch die arabischen Kriegsteilnehmer beinhalteten.

Die Nicht-Anerkennung als offizielle Doktrin

Nach dem Sechstagekrieg im Juni 1967, an dessen Ende Israel ganz Palästina, die syrischen Golanhöhen und die ägyptische Sinai-Halbinsel besetzte, versammelte sich

die Arabische Liga zu einem Gipfeltreffen im Sudan und verabschiedete am 1. September 1967 die Resolution von Khartum, in der die drei Neins – „Nein zu einem Frieden mit Israel, Nein zu einer Anerkennung des jüdischen Staates und Nein zu Verhandlungen sowie das Recht des palästinensischen Volkes auf ihr Land“ – bekräftigt wurden. Jahrzehntlang blieb dies die offizielle Position der arabischen Staaten, auch wenn sie 1978/79 durch das Camp David Abkommen von Ägypten unter Sadat und 1994 von Jordanien unter König Hussein durch das Abkommen von Wadi Araba verletzt wurde.

Auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) erkennt im Rahmen des 1993–1994 eingeleiteten Oslo-Prozesses den Staat Israel an, unterzeichnete aber im Gegensatz zu Jordanien und Ägypten zu diesem Zeitpunkt keinen „endgültigen“ Friedensvertrag.

Auf dem Gipfeltreffen der Arabischen Liga im März 2002 in Beirut, inmitten der gewaltsamen israelischen Offensive in den palästinensischen Gebieten, wurde die Arabische Friedensinitiative verabschiedet, die die Anerkennung Israels unter der Bedingung vorsah, dass es sich aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht, einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anerkennt, der sich über die besetzten Gebiete des Gazastreifens und des Westjordanlandes erstreckt, und zustimmt, dass die Frage der palästinensischen Flüchtlinge einer „gerechten Lösung“ gemäß der UN-Resolution 194 (1948) zugeführt werden sollte. Diese Vorschläge, die vom Staat Israel abgelehnt wurden, wurden aufs Neue auf dem Gipfel der Arabischen Liga in Riad im März 2007 bekräftigt.

Der Iran ins Visier ...

Formal verharrte die überwiegende Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga bis Ende 2020 auf der Position der Nicht-Anerkennung des Staates Israel, solange dieser sich weigert, die nationalen Rechte der Palästinenser zu erfüllen. Gleichzeitig war es jedoch ein offenes Geheimnis, dass eine Reihe dieser Staaten mehr oder weniger inoffizielle Beziehungen zu Israel unterhielt, darunter Marokko, die Golfmonarchien und der Sudan. Darüber hinaus war die Position der Nicht-Anerkennung weniger ein Ausdruck echter Solidarität mit den Palästinenser*innen als vielmehr eine Instrumentalisierung der palästinensischen Frage und ihrer Symbolkraft, bei der es um die innerarabischen Rivalitäten, das Feilschen mit den imperialistischen Ländern und eine opportunistische Haltung gegenüber den arabischen Bevölkerungen ging, die für die

Situation der Palästinenser*innen besonders empfänglich sind.

Insofern ist die Unterzeichnung der jüngsten Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen zu Israel weniger ein Bruch als vielmehr die Formalisierung eines zuvor offenen Geheimnisses. Die jüngsten Abkommen, die auf Betreiben der Trump-Administration (und unter dem beifälligen Nicken der Demokraten) unterzeichnet wurden, sind realiter Teil einer Strategie, gegen den Iran eine Front zu errichten, um Saudi-Arabien herum, das beim Vorgehen der Ölmonarchien (Bahrain und VAE) natürlich die Hand im Spiel hat, auch wenn es selbst offiziell kein Abkommen unterzeichnet hat. Die Annäherung zwischen Saudi-Arabien unter Mohammed Bin Salman und dem Staat Israel beruht letztlich darauf, dass beide gemeinsam den iranischen Einfluss eindämmen wollen. Beide Staatsoberhäupter eint daneben „die Lust am starken Staat, das Misstrauen gegenüber den demokratischen Bestrebungen der arabischen Bevölkerung in der Region [und] die Ablehnung der palästinensischen Ansprüche“.¹

... und Palästina ins Abseits

Die Normalisierungsabkommen dokumentieren darüber hinaus die schwindende Bedeutung der palästinensischen Frage in der Regionalpolitik und tragen zur zunehmenden Isolierung der Palästinenser bei: Der König von Marokko erhielt im Gegenzug für die Normalisierung der Beziehungen zu Israel Trumps Anerkennung der Souveränität Marokkos über die Westsahara, während der Sudan dafür von der US-Liste der Staaten, die den Terrorismus unterstützen, gestrichen wurde und eine Finanzhilfe der USA in Höhe von einer Milliarde Dollar pro Jahr erhält, um damit seine Schulden bei der Weltbank begleichen zu können.

Seit der Unterzeichnung der einzelnen Abkommen wurden viele Dinge umgesetzt: Visafreiheit, Abkommen über Telekommunikation und Kooperation in Sicherheitsfragen oder Ausbau von Handel und Tourismus. Alles deutet darauf hin, dass in naher Zukunft noch engere wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen geknüpft werden. Gleichzeitig setzt Israel seine Kolonialpolitik gegenüber den Palästinenser*innen fort und konterkarriert damit die Ankündigungen der Führer der Golfmonarchien, dass die Abraham-Abkommen das Ende der Annexionspläne bedeuten. Was also momentan passiert, ist eine Art von Normalisierung, wie sie von palästinensischen Organisationen, die an der BDS-Kampagne beteiligt sind, definiert (und abgelehnt) wird, wonach jede Annäherung an israelische Unternehmen oder Institutionen kritisiert

wird, „die nicht das Ziel haben, sich aktiv gegen die israelische Besatzung zu wenden und alle Formen von Diskriminierung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes anzuprangern.“

1 René Backmann, „Israël-Émirats: la normalisation sur le dos des Palestiniens“, *Mediapart*, 14. August 2020.

EINEN SOLCHEN „FRIEDEN“ BRAUCHEN WIR NICHT!

Die Abraham-Abkommen dienen der Verstärkung der Apartheid-Politik. Bloß die zionistische Linke will dies immer noch nicht begreifen. **Haggai Matar**

Am 15. Oktober fand in der Knesset ein einzigartiges Ereignis statt. Die viel umworbene Vereinbarung zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt, wenige Wochen nachdem Premierminister Benjamin Netanjahu sie auf dem Rasen des Weißen Hauses unterzeichnet hatte. Eine überwältigende Mehrheit von 80 Mitgliedern der Knesset ratifizierte das Abkommen – von der liberalen zionistischen Meretz-Partei über Naftali Bennetts nationalistische und religiöse Jamina bis hin zu Netanjahus Likud. Nur 13 der 120 Mitglieder der Knesset stimmten dagegen: Alle waren Mitglieder der Gemeinsamen Liste, dem Bündnis von vier Parteien, die die palästinensischen Bürger*innen Israels vertreten.

Palästina im Schraubstock

Für die israelische Rechte geht es bei diesen Abkommen hauptsächlich um die Konsolidierung ihrer Macht und die weitere Schwächung des palästinensischen Kampfes gegen Besatzung und Apartheid. Obendrein verschafften

sie den Regierungen Netanjahu und Trump den nötigen Rückenwind, sind sie doch bei der eigenen Bevölkerung inzwischen wegen ihres Versagens bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlichen Auswirkungen höchst unbeliebt und obendrein wegen Korruption unter öffentlichen und juristischen Druck geraten.

Netanyahu selbst macht keinen Hehl daraus, in wiefern sein Normalisierungsprogramm mit der israelischen Besatzungspolitik zusammenhängt. „Die Palästinenser sagen, dass wir uns auf die Grenzen von 1967 zurückziehen und Jerusalem teilen sollten, was absurd ist“, sagte er im August im israelischen Armeesender nach der Ankündigung des Abraham-Abkommens. „Ich bin davon ausgegangen, dass wir ein ganz anderes Konzept haben müssen: Frieden im Tausch für Frieden, Frieden aus einer Position der Stärke.“

Somit tragen die Abkommen nicht nur nichts zum Ende der Besatzung bei, sondern zementieren sie vielmehr. Wie der Vorsitzende der Balad-Partei, Jamal Zahalka, kürzlich vor der Bekanntgabe des Normalisierungsabkommens mit dem Sudan sagte, sind die Abraham-Abkommen i. W. ein Bündnis dreier Apartheidstaaten: Israel mit seiner Apartheid gegen die Palästinenser*innen; Bahrain und seine Unterdrückung der schiitischen Mehrheit durch Sunnit*innen, die von den Saudis unterstützt werden; und die VAE, wo eine Million emiratische Bürger mit acht Millionen rechtlosen „Ausländern“ zusammenleben.

Die zionistische Linke auf dem Prüfstand

Damit sind wir bei den Differenzen innerhalb der israelisch-jüdischen Linken, deren Bruchlinien sich i. W. anhand ihres Verhältnisses zum Zionismus skizzieren lassen. Während die antizionistischen und nicht-zionistischen Aktivist*innen der jüdischen Linken die Position der Gemeinsamen Liste gegen die Abkommen unterstützen, sprechen sich die Arbeitspartei und Meretz dafür aus und stimmen entsprechend ab. Es überrascht nicht, dass diese Position die Meinung der Palästinenser*innen selbst völlig ignoriert, wonach die Abkommen bloß ein Deckmantel zur Verschärfung der Apartheid sind. Was für die Palästinenser*innen und die israelische Rechte eindeutig ist, scheint die liberalen Zionisten zu überfordern.

Wenn man bedenkt, dass Netanjahus Winkelzüge gegen die israelische Friedensbewegung und die Palästinenser*innen zielen, mag die positive Reaktion der zionistischen Linken auf die Abkommen überraschen. Seit Jahren vertritt diese Linke zwei zentrale Argumente für einen Frieden mit den Palästinenser*innen: ein Ende der

Gewalt und des Blutvergießens sowie Normalisierung der Beziehungen mit den arabischen Ländern. Netanjahu hat diese beiden Bedingungen quasi erfüllt. Die Zahl der israelischen Todesopfer in dem Konflikt hat sich in den letzten zehn Jahren um 90 % verringert und damit die Kosten der Besetzung an Menschenleben reduziert. Und mit diesen „Friedensabkommen“ wird den Israelis nun klar, dass sie die Palästinenser nicht einmal „brauchen“, um sich mit den Ländern des Nahen Ostens und darüber hinaus zu arrangieren. In der Zwischenzeit kann Israel weiterhin von der Besetzung profitieren, d. h. von „billigem“ (sprich: gestohlenem) Land für Wohnraum, vom Zugriff auf Wasser und andere natürliche Ressourcen sowie auf abhängige Absatzmärkte und Arbeitskräfte etc.

Wie auch in der Frage der Boykott-, Divestment- und Sanktionsbewegung (BDS) stellen die Abraham-Abkommen die linken israelischen Juden auf den Prüfstand. Ein wirklicher Widerstand gegen die Kolonialpolitik setzt voraus, dass wir unsere Privilegien in Frage stellen und uns somit auch den „Friedensabkommen“ widersetzen, von denen nur die Israelis profitieren.

Quelle, gekürzte Version: <https://www.972mag.com/zionist-left-netanyahu-abraham-accords/>

WIR PFEIFEN AUF DIESE „NORMALISIERUNG“

Seit Monaten diskutiert die politische Öffentlichkeit in Palästina die sogenannte Normalisierung, derweil die arabischen Staaten Schlange nach solchen angeblichen Friedensabkommen mit dem Staat Israel stehen. **Yumna Patel**

Unter den palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Öffentlichkeit herrscht Einigkeit

darüber, dass nur die israelische Besatzungspolitik schön geredet wird, wenn arabische Staaten, Organisationen, Unternehmen und Institutionen Israel als „normalen“ Staat behandeln, mit dem „business as usual“ betrieben werden kann. Außerdem ebnet dies den Weg für Israel, weitere Verbrechen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu begehen.

Das „wahre Gesicht“ der arabischen Regime

Die Palästinenser*innen haben auf die jüngste Welle von Normalisierungsabkommen mit Frustration und Empörung reagiert. Überall im Westjordanland, in Jerusalem und im Gazastreifen wurde gegen diese Normalisierung demonstriert. Während sie aber den Palästinenser*innen als „Dolchstoß“ und „ultimativer Verrat“ gelten, zeigt sich der Großteil der palästinensischen Öffentlichkeit zwar verärgert, aber keineswegs überrascht über die Abkommen.

„Als sie die Normalisierung offen ankündigten, war dies fast schon eine gewisse Erleichterung, denn wir wussten, dass dies alles schon lange unter der Hand stattfand und letztlich nur bestätigt wurde“, sagte Ayman Gharib, ein palästinensischer Menschenrechtsaktivist im Westjordanland. „Diese Normalisierungsabkommen zeigen uns bloß das wahre Gesicht der arabischen Regime und machen Schluss mit der Fassade, die sie so lange aufrecht erhalten haben“.

„Ob sich die arabischen Staaten für eine Normalisierung entscheiden oder nicht und ob dies offen oder unter dem Tisch passiert, ändert nichts daran, dass wir als Palästinenser noch immer hier auf diesem Land sind, unser Heimatland verteidigen und standhaft in unserem Kampf bleiben“. Mit seiner Kritik an der Normalisierung gibt Gharib ein Gefühl wieder, das von vielen Palästinenser*innen geteilt wird, nämlich dass es eine unverbrüchliche Solidarität zwischen der arabischen Bevölkerung in der ganzen Region in der Palästinafrage gibt, auch wenn die arabischen Regierungen lieber eine Normalisierung mit Israel betreiben als die Befreiung Palästinas zu unterstützen. „Selbst wenn ihre Regierungen uns verraten haben, erwarten wir, dass die arabischen Völker auf der ganzen Welt zu uns stehen, und viele von ihnen tun dies auch“, sagte er und verwies auf die Proteste gegen die Normalisierung, die sich im Sudan und in Bahrain nach den Abkommen ihrer Länder mit Israel entzündeten.

„Warum die Kapitulation noch feiern?“

„Die Normalisierung mit anderen arabischen Ländern findet auf Regierungsebene statt, aber nicht zwischen den

Völkern“, sagt Mahmoud Nawajaa, Koordinator des palästinensischen Nationalen BDS-Komitees. „Aber irgendwann werden diese Diktaturen und Regime in der arabischen Welt fallen, und wir hoffen, dass sich das arabische Volk in freien Wahlen in der Zukunft Gehör verschaffen wird“, sagte er. „Wir denken, dass derlei Regierungen und Systeme solche Deals betreiben, weil es dort keine Demokratie gibt. Wenn diese arabischen Staaten demokratisch gewählte Führer hätten, würden derlei Abkommen nicht geschlossen werden, weil ihre Bevölkerung dies niemals akzeptieren würde.“

Nachdem es bei den jüngsten Normalisierungsabkommen zu heftigen Protesten unter der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen gekommen war, verwiesen viele kritischen Beobachter*innen darauf, dass auch schon vorher eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und angrenzenden Ländern wie Ägypten und Jordanien gegeben habe. Aber während Ägypten und Jordanien seit Jahren diplomatische Beziehungen mit Israel unterhalten, liegen diesmal die Dinge aus palästinensischer Sicht merklich anders, weswegen die Reaktion so unterschiedlich ausfällt.

„Dieses Mal liegen die Dinge anders. Die normalisierten Beziehungen mit Ägypten und Jordanien sind nicht herzlich, sondern bloße Abkommen“, sagt Diana Buttu, eine palästinensische Anwältin und politische Beobachterin mit Blick auf die Feierlichkeiten rund um Israels Abkommen mit den VAE und Bahrain. „Beim Vertrag mit den VAE war es definitiv zu viel, sagt sie und fügt hinzu, dass der Rummel um die Abkommen nur dazu gedient hat, das palästinensische Volk noch mehr zu kränken. „Viele Palästinenser sagen sich: Okay, wir verstehen, warum ihr diese Deals gemacht habt, z. B. wegen wirtschaftlicher und politischer Vorteile. Aber was um alles in der Welt macht ihr, wenn ihr das auf diese Weise feiert?“

Das Versagen der palästinensischen Führung

Vielleicht genauso frustrierend wie die Abkommen selbst, betont Buttu, sei die Strategie, oder das Fehlen einer solchen, seitens der palästinensischen „Führung“ als Reaktion auf die Normalisierung gewesen. „Nun, es gab überhaupt keine Strategie“, sagt sie. „Die einzige Reaktion der Regierung auf diese Normalisierungsabkommen bestand nur darin, mit den Händen zu fuchteln und zu sagen: ‚Hey, wir sind auch noch hier!‘, und sonst nichts.“

Laut Buttu ist die nüchterne Reaktion der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) auf das Abkommen der

VAE mit Israel eventuell der Tatsache zuzuschreiben, dass die PA-Verantwortlichen keine harten Töne anschlagen wollten, um den Aufenthaltsstatus der mehr als 300 000 den Palästinenser*innen, die im Golfstaat leben, nicht zu gefährden. „Aber als das Abkommen mit Bahrain kam, duckte sich die PA erneut weg und genauso lief es dann beim Vertrag mit dem Sudan. Das größte Problem dieser Strategie ist, dass sie nur zeigt, wie erbärmlich ihr Vorgehen in all den Jahren war“, sagt sie über die PA.

Der gegenwärtige Zustand der PA – ein finanziell ausgelaugtes Gremium ohne Mitspracherecht in der globalen und regionalen Politik, die ihr Volk betrifft – so Buttu, sei der Höhepunkt all der Jahre gescheiterter Strategien seit Oslo und der vollständigen Umgehung der PA als Entscheidungsträger in den letzten vier Jahren durch die Trump-Regierung. „Die PA hat seit den Osloer Verträgen nichts getan, um ihren Kurs zu ändern. Infolgedessen stecken wir seit 27 Jahren im gleichen Szenario. Die PA redet immer noch dieselben Sprüche, während sich die Welt eindeutig weiterentwickelt hat. Das totale Ausbleiben einer organisierten Reaktion und Aktion auf die Normalisierung ist unbedingt der gescheiterten palästinensischen Führung anzulasten. Sie haben nie eine alternative Strategie entwickelt, und wir zahlen seit Jahren den Preis dafür.“

Gekürzte Übersetzung aus <https://mondoweiss.net/2020/11/palestinians-are-fed-up-with-normalization-and-how-their-leaders-have-handled-it/>

DIE NORMALISIERUNG DER ANOMALITÄT

Die offizielle arabische Welt scheint darauf bedacht zu sein, das palästinensische Volk durch einen fortlaufenden „Normalisierungsprozess“ zu verraten, der vom verstorbenen ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat in den späten 1970er Jahren begonnen und von den Jordaniern

und der PLO in den frühen 1990er Jahren fortgesetzt wurde. Jetzt ist die Reihe an den VAE und Bahrain, der israelischen Kolonialpolitik im Herzen des Nahen Ostens Legitimität zu verschaffen. **Haidar Eid**

Als palästinensisches Volk können wir uns ganz augenscheinlich nicht mehr auf die meisten arabischen Regierungen verlassen. Nur die Zivilgesellschaft – Oppositionsparteien, Gewerkschaften, Verbände, Frauenorganisationen etc. – kann noch wirkliche Unterstützung mobilisieren, um die beispiellosen Verbrechen Israels gegen das palästinensische Volk – ob in den seit 1967 besetzten Gebieten, ob innerhalb Israels oder als Flüchtlinge in der Diaspora – zu beenden.

Umso wichtiger sind die Lehren, die wir aus dem südafrikanischen Kampf gegen das unmenschliche Apartheid-Regime gezogen haben. Unsere Inspiration ist die Anti-Apartheid-Bewegung und die erfolgreiche Intervention der Zivilgesellschaft in den späten 1980er Jahren gegen das Apartheid-Regime. Auch um einen gerechten Frieden in Palästina zu erlangen, kann nur so Israel dazu gezwungen werden, sich an das Völkerrecht zu halten.

Besatzung, ethnische Säuberung und Apartheid

Wir den Palästinenser*innen sind die fruchtlose Opposition gegen den Normalisierungsprozess leid, der durch den Camp-David-Vertrag und die Osloer Abkommen eingeleitet und jetzt von den Golfscheichtümern zementiert wurde. Wir wollen stattdessen so darauf reagieren, dass das System der zionistischen Unterdrückung tatsächlich besiegt werden kann, auf all seinen Ebenen: Besatzung, ethnische Säuberung und Apartheid. In dem Moment, in dem die internationale Gemeinschaft – die Zivilgesellschaft und die Regierungen – beschließt, so zu handeln wie damals gegen das Apartheidsystem in Südafrika, wird Israel durch den Aufruf zu Boykott, Divestment und Sanktionen (BDS) zum Nachgeben gezwungen werden.

Trotz jahrelanger Unterdrückung, tausender Berichte der wichtigsten Menschenrechtsorganisationen und der dauerhaften Verweigerung der Grundrechte auf Bildung, Freizügigkeit, Arbeit und Gesundheitsversorgung wird den den Palästinenser*innen vorgeworfen, nicht flexibel genug zu sein! Mehr als 600 israelische Militärkontrollpunkte im besetzten Westjordanland und in Jerusalem, die mittelalterliche Belagerung des Gazastreifens und die

offizielle Apartheid der palästinensischen Bürger in Israel selbst rauben den Palästinensern ein normales Leben. Um es offen zu sagen, wir werden diskriminiert, weil wir keine Juden sind, so wie schwarze Südafrikaner*innen diskriminiert wurden, einfach weil sie nicht weiß waren.

Oslo-Prozess – Schnee von gestern

Wir glauben, dass es unser Recht ist, von den arabischen Völkern zu erwarten, dass sie sich uns in unserem Kampf gegen Israels Apartheid anschließen, indem sie das rassistische und gewaltsame Regime und die Institutionen, die es am Leben erhalten, boykottieren. Genau wie die Schwarzen in Südafrika vor uns sind wir für unser Überleben zunehmend auf internationales Recht und Solidarität angewiesen, insbesondere von unseren eigenen Brüdern.

Die offizielle palästinensische Führung hat damit gedroht, ernsthafte Schritte bis hin zur Beendigung des Oslo-Prozesses zu unternehmen, ohne jedoch den einzig konsequenten Schluss zu ziehen, für die Ein-Staaten-Lösung einzutreten. Israel hat bereits 30 % des besetzten Westjordanlandes annektiert, womit auch der Traum von einem „unabhängigen“ palästinensischen Staat auf 22 % des historischen Palästinas zu Grabe getragen worden ist. Die Verwirklichung dieses Traums haben die Verfechter*innen des Oslo-Prozesses zum ultimativen Ziel erhoben, um dadurch den hohen Preis zu rechtfertigen, den die den Palästinenser*innen dafür gezahlt haben. Ist es nicht höchste Zeit, dass sich das palästinensische Volk von der Illusion der Zweistaatenlösung löst und einen demokratischen Ansatz verfolgt, der seine Grundrechte auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit garantieren kann?

Israel ist ein kolonialistischer Apartheidstaat, und die Werkzeuge, die gegen die Apartheid in Südafrika benutzt wurden, können auch das Vorbild in unserem Kampf gegen die Apartheid in Israel sein. Israel von einem ethnisch-religiösen Apartheidstaat in ein wirklich demokratisches Gebilde zu verwandeln, sollte das Ziel jedes einzelnen Menschen sein, der an Demokratie und Freiheitsrechte glaubt.

Gekürzte Übersetzung aus <https://mondoweiss.net/2020/09/normalizing-the-abnormal/>

■ *Übersetzung des Dossiers: MiWe*



DIE COMMUNE IST NICHT TOT!

Die folgende Rede hielt E. Mandel auf der Abschlusskundgebung mit mehr als 30 000 Demonstrant*innen aus dem In- und Ausland zur Hundertjahrfeier der Pariser Commune im Mai 1971 in Paris an der Mauer der Föderierten.

■ Ernest Mandel

■ Liebe Genossinnen und Genossen, die Pariser Kommune eröffnete die Ära proletarischer und sozialistischer Revolutionen. Sie bildet das erste historische Beispiel einer tatsächlichen Diktatur des Proletariats. Sie ermöglichte Marx und Lenin, die marxistische Theorie des Staates zu vervollständigen. Diejenigen, die zwei sozialistische Revolutionen in Frankreich abgewürgt haben – die vom Juni '36 und die vom Mai '68 –, können nicht erhabenen Hauptes vor der Mauer der Föderierten auftreten. Es ist Sache der Revolutionäre, die unermüdlich in Frankreich und anderen Teilen der Welt für den Sieg neuer sozialistischer Revolutionen arbeiten, den hundertsten Jahrestag der Kommune zu feiern, indem sie deren Werk fortführen.

Die Pariser Kommune hat überzeugend bewiesen, dass es möglich ist, die Diktatur des Proletariats mit der breitesten Arbeiterdemokratie zu verbinden und allen Strömungen der Arbeiterbewegung Handlungsfreiheit zu gewährleisten. Diejenigen, die gerade den letzten Rest von Arbeiterdemokratie in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik im Keim erstickt haben, diejenigen, die den arbeitenden Massen Osteuropas jegliche Freiheit gewerkschaftlicher und politischer Aktion verweigern, diejenigen, die unsere Genossen Kuroń und Modzelewski im Gefängnis halten, obwohl der phantastische Massenaufstand der Arbeiter in den baltischen Häfen ihre Analyse bestätigt und ihr Aktionsprogramm weitgehend aufgegriffen hat, diejenigen, die das Monopol der Machtausübung in den Händen einer materiell privilegierten Bürokratie rechtfertigen, können

nicht erhabenen Hauptes vor der Mauer der Föderierten auftreten. Dies steht nur den Revolutionären zu, also jenen, die für einen Staat kämpfen, der von demokratisch gewählten Arbeiterräten geführt wird, wie es die Kommune war, die für einen Staat kämpfen, in welchem kein Beamter ein höheres Gehalt als das eines Facharbeiters erhält. Nur den Revolutionären, die das Vorhaben der Commune weiterverfolgen, steht es zu, den hundertsten Jahrestag der Kommune zu feiern.

Die Pariser Kommune leitete trotz der kurzen ihr zur Verfügung stehenden Zeit und trotz der Zaghaftheit, die ihre proudhonistischen Führer gegenüber der Bank von Frankreich an den Tag legten, die Ära der Enteignung der Enteigner ein, indem sie die Vergesellschaftung der von ihren Bossen zurückgelassenen Fabriken verfügte und ein Regime der Arbeiterselbstverwaltung einführte. Übrigens hatte Eugène Varlin, der Führer der Ersten Internationale in Frankreich, schon 1870 dieses Regime in einem prophetischen Artikel über die von ihm vorhergesehene Revolution folgendermaßen beschrieben: „Um sich durchzusetzen, darf die kommende Revolution nicht bei einem einfachen Wechsel des Regierungsetiketts und einigen Detailreformen stehen bleiben ... Die Gesellschaft kann nicht länger die Verfügung über den öffentlichen Reichtum, der das Produkt kollektiver Arbeit ist, der Willkür der durch Geburt oder wirtschaftlichen Erfolg Privilegierten überlassen. Der Reichtum darf nur zum Nutzen der Gemeinschaft verwendet werden.“ (*Les Sociétés ouvrières, La Marseillaise*, 11. März 1870).

Die Pariser Kommune eröffnete ein neues Kapitel in der Tradition des proletarischen Internationalismus, trotz ihres jakobinisch-nationalen Ursprungs. Sie lieferte damit ein erstes Beispiel für einen Prozess der permanenten Revolution. Wir wissen, dass sie als Flagge die rote Fahne gewählt hat, die der weltumspannenden Republik der Arbeit. Eini-germaßen bekannt ist die ruhmreiche Rolle, die ausländische Revolutionäre wie Fraenkel und Dombrowski darin spielten. Weniger bekannt ist, dass 65 Jahre vor der spanischen Revolution von 1936 die Commune die Tradition der internationalen proletarischen Brigaden begründete, indem sie eine belgische Brigade und eine französisch-amerikanische Brigade schuf. In ihren Reihen kämpften mehrere Tausend Revolutionäre und ausländische Arbeiter, denn die Versailer verhafteten während der Kämpfe mehr als 1700 sogenannte „Ausländer“.

Die Kühnheit der Pariser Arbeiter war insofern beachtenswert, als die grundlegenden Probleme, die sie im März 1871 aufdeckten, bis heute nicht gelöst sind. Wir kennen den Hauptgrund dafür. Er liegt weder in der Unreife der objektiven Bedingungen noch im mangelnden Kampfgeist der Massen. Der Hauptgrund liegt im Fehlen einer angemessenen revolutionären Organisation. Eine solche Organisation ist unabdingbar, um die enormen spontanen Energien der Arbeitermassen mit all ihrer unvermeidlichen und heilsamen Vielfalt auf ein entscheidendes zentrales Ziel zu konzentrieren: den Sturz der bürgerlichen Staatsmacht; die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln; die Schaffung der demokratischen Macht der Arbeiter, die ihre eigene Wirtschaft und ihren eigenen Staat verwalten.

Im Gefolge der Kommunarden haben sich die sozialistische Revolution vom Oktober 1917 in Russland und die Kommunistische Internationale zur Zeit Lenins und Trozki um die Erfüllung dieser Aufgaben bemüht. Die Vierte Internationale hat diese Arbeit aufgegriffen. Sie verkörpert und führt diese Tradition fort. Natürlich ist sie noch schwach, sie ist nur ein erster Kern der künftigen revolutionären Masseninternationale, des künftigen Hauptquartiers der Weltrevolution. Aber sie existiert, sie lebt, sie kämpft auf fünf Kontinenten, in mehr als vierzig Ländern.

Dass sie mit Abertausenden gut organisierter, kampferprobter Kader bereits stark ist, daran kann nach der heutigen Demonstration niemand mehr zweifeln. Es ist besonders wichtig zu verstehen, dass sie seit einigen Jahren eine wirkliche Wandlung durchgemacht hat. Aus einem Kern, der aufgrund seiner zahlenmäßigen Schwäche größtenteils darauf beschränkt war, Propagandatätigkeiten durchzuführen und das Programm an die neuen Generationen weiterzugeben,

wurde eine revolutionäre Vorhut, die bereits in der Lage ist, Initiativen zu ergreifen, Massen mitzureißen und den Lauf der Dinge zu beeinflussen.

In der Streikwelle, die seit Mai '68 über Europa schwappt, verfolgen die Sektionen und Mitglieder der Vierten Internationale von Grund auf ein dreifaches Ziel:

- die Erfahrungen der fortgeschrittensten Arbeiterkämpfe bekannt zu machen, sie regional, national und international zu verbreiten; dies erfolgt auf der Grundlage der gestellten Forderungen wie auch der gewählten Organisations- und Kampfformen;
- die Infragestellung der Autorität der Bosse sowie den Kampf um die Arbeiterkontrolle zu propagieren und in den Arbeitermassen zu verankern. Durch diese Anfechtung werden die Arbeiter das Bewusstsein und die Erfahrungen sammeln, die notwendig sind, um in zukünftigen Generalstreiks und revolutionären Explosionen zur Übernahme der Fabriken und zur Vergesellschaftung der Produktion überzugehen;
- die Einrichtung von Streikleitungen anzuregen, die von der Masse der Arbeiter kontrolliert werden, d. h. demokratisch gewählte Streikkomitees, die regelmäßig den Generalversammlungen der Streikenden Bericht erstatten. Wenn die Arbeiter lernen, ihre eigenen Streiks zu organisieren, werden sie umso schneller lernen, morgen ihren eigenen Staat und ihre eigene Wirtschaft zu managen.

Diese ganze Tätigkeit der Vierten Internationale hat aufgehört, eine Tätigkeit zu sein, die sich auf die Herausgabe von Zeitungen und Flugblättern beschränkt. Ich erkenne hier in der Menge unsere Genossen, die die Wahl von Streikkomitees bei Paillard in der französischsprachigen Schweiz initiiert haben, also während des ersten wichtigen Streiks in diesem Land seit mehr als dreißig Jahren. Ich erkenne die belgischen Genossen, die die Wahl des Streikkomitees in der [Zink-] Fabrik Vieille-Montagne, in Balen-Wezel bei Antwerpen, angeregt haben. Ich erkenne die französischen Genossinnen und Genossen, die sich für solche Erfahrungen in den Arbeiterkämpfen eingesetzt haben. Ich sehe die Genossen, die zu den Initiatoren der Wahl von Betriebsräten im Fiat-Werk in Turin gehörten, dem Ausgangspunkt der in der großen italienischen Industrie so wichtigen Betriebsrätebewegung.

Ich sehe in der Menge die deutschen Genossinnen und Genossen, die eine führende Rolle bei der Organisation einer großen Lehrlingsbewegung spielen, die es den jungen Arbeiterinnen und Arbeitern ihres Landes ermöglicht, ihre eigenen Forderungen zu bestimmen und ihre eigene Kraft innerhalb der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Ich sehe

die luxemburgischen Genossinnen und Genossen, die eine führende Rolle bei der jüngsten Mobilisierung von Gymnasiasten in ihrem Land gegen die Repression gespielt haben.

Ich sehe die britischen Genossinnen und Genossen, die eine beispielhafte Rolle bei der Organisierung der Solidarität mit allen Opfern ihrer eigenen imperialistischen Bourgeoisie spielen, den irischen, ceylonesischen, pakistanischen, arabischen. Ich erkenne die französischen Genossinnen und Genossen, die neben ihren vielfältigen kämpferischen Aktivitäten die wahre kommunistische Tradition durch ihre antimilitaristische Kampagne und ihre kühnen Aktionen gegen die Bestrebungen, eine faschistische Bewegung zu rekonstituieren, haben aufleben lassen.

Und dann gibt es all jene, die aufgrund materieller Probleme oder Repressionen daran gehindert werden, heute bei uns zu sein, die aber nichtsdestotrotz den internationalen Aufstieg der trotzkistischen Bewegung belegen. Da sind unsere Genossinnen und Genossen in den USA, die die gewaltige Anti-Kriegs-Mobilisierung vom 24. April angestoßen haben, die 800 000 Demonstrantinnen und Demonstranten auf die Straße brachte, die riefen: „Zieht die US-Truppen sofort und bedingungslos aus Indochina ab!“ Es gibt unsere Genossinnen und Genossen in Ceylon [Sri Lanka], die danach streben, die verstreuten revolutionären Kräfte der Insel, die aufständische Landjugend, das Proletariat der Städte und das Proletariat der Plantagen, zu einem einzigen Block zu vereinen. Es gibt unsere Genossen in Indien, die die emanzipatorische Mobilisierung der am schlimmsten Ausgebeuteten dieser Erde in Angriff genommen haben: die armen Pariabauern Bengalens, die jetzt damit beginnen, das Land der Reichen zu besetzen und sich zu organisieren. Es gibt unsere Genossen in Bolivien, die bereits in den Gewerkschaften einflussreich sind und die sich zunehmend in der neuen Bauernbewegung und der Studierendenbewegung verankern, um die Massen ihres Landes auf den bewaffneten Kampf zur Machtergreifung vorzubereiten. Es gibt unsere Genossinnen und Genossen in Argentinien, die eine großartige Seite des revolutionären Wagemuts innerhalb der aufständischen Arbeitermassen von Cordoba geschrieben haben. Da sind unsere griechischen Genossen, die in den Lagern und Gefängnissen die „Unbeugsamen“ sind, die von der Militärdiktatur nicht freigelassen werden und die sich gleichzeitig gegen den Terror zur Wehr setzen müssen, den die stalinistischen Schergen gegen sie ausüben. Es gibt unsere spanischen Genossen von der Revolutionär-Kommunistischen Liga, die den Kampf für den Boykott der Wahlen zur faschistischen Gewerkschaft anfeuern, hoffentlich in Aktionseinheit mit anderen Gruppen der radikalen Linken.

Das ist die Realität der Vierten Internationale heute, einer Organisation, die noch bescheiden ist gemessen am kühnen Ziel, das sie sich gesetzt hat: den Sieg der sozialistischen Weltrevolution zu sichern. Aber eine Organisation, die bereits eine Kampforganisation ist, die zu brillanten national und international koordinierten Aktionen fähig ist.

Genossinnen und Genossen, die allgemeine Krise des Kapitalismus hält an und verschärft sich. Dieses Regime, das sich längst überlebt hat, ist nicht in der Lage, einen seiner grundlegenden Widersprüche zu überwinden. Die Krise, die sich mit dem Sturz des Dollars offenbarte, ist nur der jüngste anschauliche Ausdruck der wirtschaftlichen Widersprüche, die das kapitalistische System zerreißen.

Die heldenhaften vietnamesischen Massen, die mit Hilfe der Antikriegsbewegung in den USA den US-Imperialismus in Indochina unaufhaltsam in die Niederlage treiben, haben einen anschaulichen Beweis für seine gesellschaftliche und militärische Krise geliefert. Diese Niederlage läutet neue revolutionäre Stürme in ganz Südasien ein.

Hört, hört die Fanfare, die in Indochina erklingt, ihr Versailler Herren in Djakarta, die ihr das Blut von fünfhunderttausend Kommunisten und Revolutionären an euren Händen kleben habt! Es läutet die Totenglocke eurer elenden Diktatur, sie verkündet neue indonesische Kommunen, siegreiche! Hört, hört auf die Fanfaren, die in Indochina erklingen, Henker von Karachi, Schlächter der Hafearbeiter von Chittagong; ihr Mörder der Arbeiter, Frauen und Kinder von Dhaka. Die Bengalische Kommune wird jedes eurer Verbrechen bestrafen, ohne Gnade! Auch in Europa hat die junge revolutionäre Garde die Botschaft der vietnamesischen Revolution vernommen. Sie hat sich im Kampf gestählt. Sie schmiedet das Instrument des Sieges: die revolutionäre Partei und die revolutionäre Internationale. Sie schickt sich an, die an der Mauer der Föderierten und im Châtelet Ermordeten zu rächen, und mit ihnen Karl Liebknecht, Rosa und alle Opfer der Konterrevolution, diejenigen, die von Hitler und Franco umgebracht wurden, die Bolschewiki, die Stalin erschießen ließ. Mit der Unterstützung unseres alten Freundes, des Maulwurfs, wird sie morgen in der Erde unseres Planeten die Furche ziehen, die von der endgültig triumphierenden Pariser Kommune zur Französischen Sozialistischen Republik, zu den Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa, zur Weltrepublik der Arbeiterräte führen wird.

■ Übersetzung: Jakob S.

DIE COMMUNE – STAAT UND REVOLUTION

Der folgende Text wurde als Redebeitrag auf der Sommerschule der LCR gehalten, die vom 24. bis 29. August 2007 im südfranzösischen Port Leucate stattfand.

■ Daniel Bensaïd

Viele seiner Leser*innen werfen Marx einen rigorosen ökonomischen Determinismus vor. Zumeist aber liegt dies an mangelnder Kenntnis seiner politischen Schriften, darunter die Trilogie *Klassenkämpfe in Frankreich, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte* und *Der Bürgerkrieg in Frankreich*.¹ Obwohl fast zwanzig Jahre zwischen dem ersten und dem letzten Text liegen, bilden sie dennoch eine Trilogie, in der eine Konzeption von Politik, Repräsentation, Staat und Demokratie skizziert wird. Diese drei Texte stellen in gewisser Weise die andere Seite der Marxschen Kritik der Moderne dar, die oft von den Leser*innen ignoriert wird, die von der alles überstrahlenden Kritik der politischen Ökonomie – *Das Kapital* – geblendet sind.

Von der reinen Republik zur sozialen Republik

„Mit der Durchsetzung der Republik“ eroberte das Pariser Proletariat 1848 das „Terrain für den Kampf um seine revolutionäre Emanzipation, keineswegs diese Emanzipation selbst“, denn die Arbeiterklasse war „noch unfähig, ihre eigene Revolution durchzuführen“.² Michelet hatte dies bereits 1846 vorausgesehen: „Ein halbes Jahrhundert hat gereicht, um zu sehen, wie die Bourgeoisie aus dem Volk hervorgeht, sich durch ihre Aktivität und Energie erhebt und plötzlich, inmitten ihres Triumphs, in sich zusammenfällt.“³ So reifte „der obskure Keim dieser unbekanntenen Revolution“ heran, den er im Aufstand der Pariser

Sansculotten von 1793 erkannte: „Die klassischen Republikaner hatten ein Gespenst hinter sich, das schnell marschierte und sie überholt hätte: den romantischen Republikanismus mit hundert Köpfen, mit tausend Schulen, den wir heute Sozialismus nennen.“⁴ Es ist dasselbe Gespenst, das Europa seit den ersten Zeilen des *Manifests der Kommunistischen Partei* heimsucht, das in den letzten Tagen des Jahres 1847 geschrieben wurde und wenige Wochen später auf die europäische Bühne drängt.

Marx datiert den offiziellen Beginn der Zweiten Republik auf den 4. Mai. „Und die wirkliche Geburtsstätte der bürgerlichen Republik, es ist nicht der Februarsieg, es ist die Juniniederlage.“ Das besiegte Proletariat zwang die neu ausgerufene Republik, als der Staat aufzutreten, dessen erklärtes Ziel „die Verewigung der Sklaverei der Arbeit“ war: „Die *Bourgeoisie hat keinen König*, die wahre Form ihrer Herrschaft ist die *Republik*“, die in ihrer „namenlosen Herrschaft“ „die Synthese der Restauration und der Julimonarchie“ vollzieht. In ihrer vollendeten Form vollzieht die konstitutionelle Republik die Koalition mit den Interessen der Partei der Ordnung, die sie bekämpft. Von nun an wird es keine bloße Republik mehr geben. Sie wird sozial sein oder sie wird nur eine Karikatur ihrer selbst sein, die Maske einer neuen Unterdrückung.

Zu der Zeit, als Marx *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte* veröffentlichte, schrieb Blanqui, der in der Festung Belle-Ile inhaftiert war, mehr oder weniger dasselbe an

seinen Freund Maillard: „Zu was sind wir denn so lange gezwungen worden, wenn nicht zum Bürgerkrieg? Und gegen wen? Ah, das ist genau die Frage, in der man partout versucht, Verwirrung unter uns zu stiften. Denn es soll verhindert werden, dass die beiden Fahnen einander feindlich gegenüber stehen.“⁵ Und deshalb müssen sich die Sozialisten jetzt von den einfachen bürgerlichen Republikanern abgrenzen, die „bloß den Februar wiederholen“ wollen.

In *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850* und *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* hat Marx begonnen, unter Berufung auf Blanqui die strategischen Konsequenzen aus der Kraftprobe vom Juni 1848 zu ziehen. „Das Proletariat gruppiert sich immer mehr um den revolutionären Sozialismus, um den Kommunismus, für den die Bourgeoisie selbst den Namen Blanqui erfunden hat. Dieser Sozialismus ist die Permanenzklärung der Revolution...“⁶ Diese berühmte Formel greift er als Losung im Schlusswort seiner *Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März* wieder auf: „Ihr Schlachtruf muss sein: Die Revolution in Permanenz.“⁷ Eine rätselhafte Losung, die den Akt und den Prozess, den Augenblick und die Dauer, das Ereignis und die Geschichte problematisch miteinander verknüpft.

Die permanente Revolution hat von vornherein eine europäische Dimension. Die nationalen Territorien sind die Einzelschlachtfelder eines Bürgerkrieges ganz anderen Ausmaßes. Bis zur Niederschlagung der deutschen, ungarischen und italienischen Revolutionen zwischen 1918 und 1923 werden die Revolutionär*innen in Europa, angefangen bei den Bolschewiki, ihre Strategie in einer gesamteuropäischen Dimension entwickeln. Das ist die Schlussfolgerung, die Marx schon in *Die Klassenkämpfe in Frankreich* zog: „Die neue französische Revolution ist gezwungen, sofort den nationalen Boden zu verlassen und das europäische Terrain zu erobern, auf dem allein die soziale Revolution des 19. Jahrhunderts sich durchführen kann.“ „denn daß die Karte von Europa definitiv festgestellt sei, wird kein Mensch behaupten“.⁸ Das Verhältnis von Krieg und Revolution ist also a priori in dieser kontinentalen Perspektive zu sehen.

In seiner Einleitung zur Neuauflage von Marx' Schrift *Der Bürgerkrieg in Frankreich* 1891 wagte Engels die Vorhersage: „Hat nicht die Annexion der französischen Provinzen Frankreich in die Arme Rußlands getrieben? [...] Und hängt nicht noch tagtäglich über unserm Haupte das Damoklesschwert eines Kriegs, an dessen erstem Tag alle verbrieften Fürstenbündnisse zerrieben werden wie

Spreu, eines Kriegs, von dem nichts gewiß ist als die absolute Ungewißheit seines Ausgangs, eines Racenkriegs, der ganz Europa der Verheerung durch fünfzehn oder zwanzig Millionen Bewaffneter unterwirft [...]?“⁹ Ein Rassenkrieg! So wie die Revolution der Commune aus dem Krieg hervorging, ging später die Oktoberrevolution aus dem Ersten Weltkrieg hervor, und die chinesische, griechische, vietnamesische und jugoslawische Revolution aus dem Zweiten Weltkrieg, aber zu welchem Preis: auf einem immer erschreckenderen Trümmer- und Leichenhaufen, dessen Tote immer schwerer auf dem Leben und den Gehirnen der (Über-)Lebenden lasten, soweit, dass sich die Träume von Emanzipation in Alpträume verwandeln.

Kritik der Bürokratie

1850–1871: Von den *Klassenkämpfen in Frankreich* zum *Bürgerkrieg in Frankreich*. Dazwischen Aufstieg, Niedergang und Fall des Kaiserreichs. Wie Maximilien Rubel nachgewiesen hat, lieferte diese Abfolge Marx das Anschauungsmaterial, um sich in das seltsame moderne politische Phänomen des „Bonapartismus“ zu vertiefen und auf diesem Weg die Frage des Staates und seines Verhältnisses zur bürgerlichen Gesellschaft neu zu überdenken.¹⁰

So taucht im Lichte des Niedermetzels der Commune die 1843 im *Kreuznacher Manuskript* begonnene und unvollendet gebliebene oder nur verstreut in gelegentlichen Schriften wieder aufgegriffene Bürokratiekritik wieder auf. Der korporative Geist des alten Regimes überlebt, so schrieb er damals, in der Bürokratie als Produkt der Trennung zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft: „Derselbe Geist, der in der Gesellschaft die Korporation, schafft im Staat die Bürokratie. [...] Die Bürokratie ist der *Staatsformalismus* der bürgerlichen Gesellschaft. Sie ist das Staatsbewußtsein, der Staatswille, die Staatsmacht, als *eine Korporation* [...], also eine *besondere, geschlossene* Gesellschaft im Staat. [...] so versteht es sich von selbst, daß Bürokratie« ein Gewebe von *praktischen* Illusionen oder die Illusion des Staates ist. Der bürokratische Geist ist ein durch und durch jesuitischer, theologischer Geist. Die Bürokraten sind die Staatsjesuiten und Staatstheologen. Die Bürokratie ist la *république prêtre* |die Pfaffenrepublik|.“¹¹

„Was den einzelnen Bürokraten betrifft, so wird der Staatszweck zu seinem Privatzweck, zu einem *Jagen nach höheren Posten*, zu einem *Machen von Karriere*. [...] Die Aufhebung der Bürokratie kann nur sein, daß das allgemeine Interesse *wirklich* und nicht, wie bei Hegel, bloß im Gedanken, in der *Abstraktion* zum besondern Interesse wird, was nur dadurch möglich ist, daß das *besondere* In-

teresse wirklich zum *allgemeinen* wird.“¹² Als eine endlich gefundene Form der Befreiung erscheint die Pariser Commune in den Augen von Marx gerade als die Kritik am bürokratischen Staat in Aktion und als das Partikularinteresse, das tatsächlich zum Allgemeininteresse wird. In diesem Sinne war „die größte Maßregel“ der Commune keine doktrinäre Erfindung oder ein künstliches Paradies, nicht die Errichtung von Phalanstère oder eines Ikarien, sondern „ihr bloßes Bestehn“, einschließlich ihrer Grenzen und Widersprüche. Die Commune war also „der gerade Gegensatz des Kaisertums“ oder „die positive Form der sozialen Republik“, von der man seit den Drei Glorreichen (Tagen) von 1830 und den blutigen Tagen des Juni 1948 träumte.

Die Staatsmacht ist „fortan abgeschafft“, schreibt Marx über die sechs Wochen der Freiheit unter der Commune. Abgeschafft? Das Wort scheint im Widerspruch zu den Polemiken gegen Proudhon oder Bakunin zu stehen, in denen Marx sich gegen die Vorstellung wandte, dass eine solche Abschaffung, des Lohnarbeitssystems oder des Staates, dekretiert werden könnte. Vielmehr handelte es sich um einen Prozess, dessen Bedingungen erst erfüllt werden mussten, und zwar durch die Verkürzung der Arbeitszeit, die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und die radikale Veränderung der Arbeitsorganisation. Der zweite Entwurf des *Bürgerkriegs* erklärt genau, was unter Abschaffung zu verstehen ist. Als „gerader Gegensatz des Kaisertums“ sollte die Commune „aus Stadträten bestehen, die durch allgemeines Wahlrecht gewählt werden, verantwortlich und jederzeit absetzbar“ sind.¹³ Sie „sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“ „Alle Beamten sollten ebenso wie die Mitglieder der Kommune ihre Arbeit für Arbeiterlohn verrichten.“ „Mit einem Wort, alle öffentlichen Funktionen, sogar die wenigen, die zur Zentralregierung gehören würden, sollten durch kommunale Beamte und daher unter Kontrolle der Kommune ausgeführt werden. Eine der Absurditäten besteht darin, zu behaupten, daß die zentralen Funktionen – nicht die Funktionen der Regierungsgewalt über das Volk, sondern die Funktionen, die durch die lebenswichtigen und allgemeinen Bedürfnisse des Landes erforderlich werden – unmöglich würden. Diese Funktionen würden bestehen, aber die Beamten selbst könnten sich nicht, wie in der alten Regierungsmaschinerie, über die wirkliche Gesellschaft erheben, weil diese Funktionen von *kommunalen Beamten* und daher stets unter wirklicher Kontrolle auszuführen wären. Die öffentlichen Ämter würden

aufhören, ein Privateigentum zu sein“.¹⁴ Es geht also nicht darum, das Absterben des Staates als Überführung aller seiner Funktionen in die gesellschaftliche Selbstverwaltung oder in die bloße „Verwaltung der Angelegenheiten“ zu interpretieren. Bestimmte „zentrale Funktionen“ müssen weiter bestehen, aber als öffentliche Funktionen unter Kontrolle des Volkes. In diesem Fall bedeutet das Absterben des Staates nicht das Absterben der Politik oder seine Auslöschung als bloßer rationaler Verwalter der Gesellschaft. Es kann auch bedeuten, die Ebene des politischen Kampfes durch die Entbürokratisierung der Institutionen und die permanente Infragestellung der staatlichen Funktionen auszuweiten.

In der Hitze des Gefechts geschrieben, erlauben uns die Texte über die Commune, mit dem Mythos eines ultrajakobinischen, hyperetatistischen und ultrazentralistischen Marx' im Gegensatz zu einem girondinistischen, libertären und dezentralistischen Proudhon aufzuräumen. Gewiss, er betont, dass die Kommunalverfassung, die die Macht des modernen Staates bricht, „versehnt worden [ist] für einen Versuch, einen Bund kleiner Staaten, wie Montesquieu und die Girondins ihn träumten, an die Stelle jener Einheit großer Völker zu setzen, die, wenn ursprünglich durch Gewalt zustande gebracht, doch jetzt ein mächtiger Faktor der gesellschaftlichen Produktion geworden ist.“ Auch ist fälschlicherweise die „Commune, die die moderne Staatsmacht bricht, angesehen worden für eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Kommunen, welche jener Staatsmacht [...] vorausgingen“.¹⁵ Die Zentralisierung des Staates diente dazu, die feudalen Partikularismen zu beseitigen und den Horizont zu erweitern, und dann die Revolution gegen die Intrigen des alten Regimes zu verteidigen. Aber dem siegreichen parasitären und bürokratischen Staat und seiner staatlichen Zentralisierung stellt Marx das Prinzip der solidarischen Dezentralisierung gegenüber, um so ein Bündnis zwischen den von der Hauptstadt Paris unterdrückten Bauern und den von der provinziellen Reaktion unterdrückten Pariser Arbeitern zu schließen: „Paris, die Hauptstadt der herrschenden Klassen und ihrer Regierung, kann keine freie Stadt und die Provinz kann nicht frei sein, weil ein solches Paris die Hauptstadt ist. Die Provinz kann nur frei sein mit der Kommune in Paris.“¹⁶ Dieser Antagonismus zwischen der Hauptstadt Paris und der Pariser Commune ist das Ausgangsszenarium eines Kampfes zwischen zwei sozialen Kräften und zwei politischen Prinzipien. Seitdem haben die herrschenden Klassen immer wieder das Gespenst der Pariser Commune beschworen, das seither mehrfach wie-

der auferstanden ist (1936 mit den Streiks der Volksfront, 1945 mit dem Aufstand und der Befreiung von Paris, 1968 mit dem Generalstreik und den Barrikaden).

Was die Pariser Commune wollte, war, „das System der künstlichen Einheit zu brechen, das der wahren lebendigen Einheit Frankreichs entgegensteht“, denn die bis dahin auferlegte Einheit war „eine despotische, unwissende, willkürliche und beschwerliche Zentralisation“. Die politische Einheit um die Kommune wäre im Gegenteil „die freiwillige Vereinigung aller örtlichen Initiativen“ und „eine zentrale Abordnung der föderierten Kommunen“ gewesen. Der Kommunarde Marx ging so weit, Montesquieus Formel einer föderativen Republik aufzugreifen, die als „eine Gesellschaft von Gesellschaften, die eine neue bilden, welche sich durch zahlreiche Genossen vergrößern kann“ konzipiert ist.¹⁷

Was ist die Diktatur des Proletariats?

Die Commune als die endgültig gefundene Form der Befreiung oder der Diktatur des Proletariats oder von beidem, untrennbar? Dies erklärte Engels zwanzig Jahre später im Schlusswort seiner Einleitung zu *Der Bürgerkrieg in Frankreich*: „Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“¹⁸

Wenn, wie Engels meinte, die Commune „die Diktatur des Proletariats war“, sollte man wissen, was die Kommune genau war. Sie schaffte „alle Geheimnisse und Anmaßungen des Staates“ ab, indem sie alle Funktionsträger unter ständige Kontrolle des Volkes stellte und sie wie Facharbeiter bezahlte. „Ihre größte Maßregel war die Schaffung der Kommune selbst, die in einem Zeitpunkt geboren wurde, da der äußere Feind vor dem einen Tor stand und der Klassenfeind vor dem andern.“¹⁹ Sie „beseitigt nicht den Klassenkampf“, sondern vertritt „die Befreiung der Arbeit“ als „grundlegende Bedingung des individuellen und sozialen Lebens“. „Sie schafft das rationale Zwischenstadium“, in der sich die gesellschaftliche Emanzipation zu entwickeln beginnen – also wirklich nur beginnen – kann.²⁰ Sie ist „Sphinx, die den Bourgeoisverstand auf so harte Proben setzt“, ganz einfach „die Form, in der die Arbeiterklasse [...] die politische Macht ergreift.“²¹ Angesichts dieser despotischen Gewalt der Eigentümer griff Marx dann „die kühne revolutionäre Kampfparole [auf]: Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!“²²

Diese Form – das muss betont werden, da es leicht vergessen wird – bleibt die des allgemeinen Wahlrechts

und der territorialen Vertretung der Gemeinden und Bezirke: „Die Kommune sollte aus den Stadträten der verschiedenen Arrondissements bestehen (da Paris Initiator der Kommune war und zum Muster diente, müssen wir uns auf Paris beziehen), die durch Stimmrecht aller Bürger gewählt, verantwortlich und jederzeit absetzbar waren. Die Mehrzahl dieser Körperschaft würde selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse bestehen.“²³ Wie Marx in der *Ansprache vom 31. Mai 1871 an den Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation* unterstrich, „sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen“, denn „nichts konnte dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen.“ Eine Einschränkung des Stimmrechts anhand sozialer Kriterien war für ihn nicht vorgesehen. Lediglich sprach er seine Überzeugung aus, dass die politische Mehrheit „natürlich“ der sozialen Mehrheit entsprechen würde. Was das Verhältnis der Vertreter zu den Vertretenen, der Funktionsträger zu ihren Mandatären betrifft, gilt eine ständige Kontrolle, die auf den Prinzipien der Verantwortlichkeit und der Absetzbarkeit beruht. Die Vertreter sind für ihr Handeln ständig rechenschaftspflichtig und müssen im Falle einer Auseinandersetzung mit den Vertretenen ihr Mandat verteidigen. In dieser Passage aus dem Zweiten Entwurf von *Der Bürgerkrieg* ist nicht von einem imperativen Mandat die Rede, wie in der *Ansprache vom 31. Mai 1871 an den Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation*, wo als Feststellung getroffen wurde: „Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten [...] verwalten [...], [die] jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden“ sind.²⁴ So wie die Absetzbarkeit die Folge der Verantwortlichkeit des gewählten Vertreters vor seinen Wählern ist, so führt das imperative Mandat zur Lähmung der demokratischen Willensbildung: Wenn der Mandatsträger nur der Sprecher des Partikularinteresses seiner Wähler ist, ohne Möglichkeit, seinen Standpunkt entlang der Diskussion zu ändern, kann kein allgemeiner Wille entstehen. Die Partikular- oder Standesinteressen heben sich gegenseitig auf und die Sterilität der konstituierenden Macht bereitet am Ende das Bett für eine Bürokratie, die sich über den Willen der Einzelnen erhebt, indem sie das allgemeine Interesse zu verkörpern vorgibt.

Wenn man wissen will, was die Diktatur des Proletariats im Sinne von Marx und Engels war, braucht man sich nur die Commune anzuschauen und diese „Diktatur“

respektiert ganz augenscheinlich das allgemeine Wahlrecht und den politischen Pluralismus. Ihre ersten Maßnahmen bestanden in der Entbürokratisierung und Demilitarisierung des Staatsungeheuers, in Bestimmungen, die wir heute als Bestandteil einer partizipativen Demokratie bezeichnen würden, und in elementaren Maßnahmen der sozialen Gerechtigkeit. Sie hatte wenig mit einer diktatorischen Macht oder einem Ausnahmeregime gemein, außer dass sie die bestehende Rechtsordnung durch die Ausübung der unveräußerlichen verfassungsgebenden Gewalt eines souveränen Volkes ersetzte.

Die Commune, der Staat und die Revolution

Für Lenin wie für Marx und Engels war daher die Staatsfrage untrennbar mit der der Diktatur des Proletariats verbunden, als Organisation von Zwang und Gewalt, „sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung“. Auch wenn diese „Diktatur“ einen Klassencharakter hat, ist sie jedoch nicht als korporative Diktatur konzipiert. Es geht darum, die Macht zu übernehmen, um „das ganze Volk zum Sozialismus zu führen“. Die Formel erinnert an den Begriff der Hegemonie, der in der russischen Sozialdemokratie verwendet wurde, um das Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft im Arbeiter- und Bauernbündnis zu definieren, lange bevor Gramsci ihm eine andere strategische Bedeutung verlieh. Es ging bereits damals um die Bildung eines historischen Blocks, ohne zu vergessen, dass „das Proletariat – kraft seiner ökonomischen Rolle in der Großproduktion – fähig [ist], der Führer ALLER werktätigen und ausgebeuteten Massen zu sein, die [...] zu einem *selbständigen* Kampf um ihre Befreiung nicht fähig sind.“

Nach der Machtergreifung bleibt der Staat zunächst bestehen, aber „als bürgerlicher Staat ohne Bourgeoisie“. Diese paradoxe Formel sollte Lenin noch einmal verwenden, als er eine neue Theorie über den aus der russischen Revolution hervorgegangenen Staatstyp entwickelte. Aber ein bürgerlicher Staat ohne Bourgeoisie ist kein proletarischer Staat. Der bürgerliche Staat ohne die Bourgeoisie wird so zum Boden, auf dem die spezifischen Gefahren der Machtausübung gedeihen und unter dessen Schutz sich eine neue Form von parasitären bürokratischen Auswüchsen der Gesellschaft entwickelt. In *Staat und Revolution* vollzog Lenin also einen radikalen Bruch mit dem „parlamentarischen Kretinismus“ des orthodoxen Marxismus, aber er behielt dessen Ideologie der Rechnungsführung bei. So stellte er sich immer noch vor, dass die sozialistische

Gesellschaft nicht mehr sein wird als „ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn“. Solche Formeln erinnern an bestimmte Seiten, auf denen Engels vorschlug, dass das Absterben des Staates auch das Absterben der Politik zugunsten einer einfachen „Verwaltung der Dinge“ bedeuten würde, deren Idee den Saint-Simonianern entlehnt ist; mit anderen Worten, einer einfachen Verwaltungstechnologie des Sozialen, in der es der postulierte Überfluss erübrigen würde, Prioritäten festzulegen, Entscheidungen zu debattieren und die Politik als einen Raum der Pluralität zum Leben zu erwecken.

Wie so oft, wird aus einer scheinbar libertären eine autoritäre Utopie. Der Traum von einer Gesellschaft, die „sämtlich bloß aus einem Büro und einer Werkstatt“ bestehen würde, wäre nur eine Frage guter Verwaltungsorganisation. Genauso kann ein „proletarischer Staat“, der als „Kartell des ganzen Volkes“ konzipiert ist, leicht zu einer totalitären Gleichsetzung von Klasse, Partei und Staat führen. Indem Lenin den institutionellen Legalismus der II. Internationale für immer beseitigen wollte, kehrte er seine Kritik in die andere Richtung. Er brach mit den parlamentarischen Illusionen, verbat sich aber gleichzeitig, über die politischen Formen des Übergangstaates nachzudenken.

Genau diesen blinden Fleck strich Rosa Luxemburg heraus, indem sie den Begriff der Diktatur des Proletariats im weiteren Sinn anwendete: „Noch keine Revolution hat anders geendet als durch eine solche Diktatur einer Klasse“, so warnte sie auch die russischen Sozialdemokraten: „Offenbar gibt sich kein Sozialdemokrat der Täuschung hin, dass das Proletariat sich an der Macht halten kann; wenn es sich halten könnte, so würde es seine Klassenideen zur Herrschaft bringen, würde es den Sozialismus verwirklichen. Dazu reichen die Kräfte heute nicht aus, da gerade das Proletariat im strengen Sinne des Wortes im russischen Reich die Minderheit der Gesellschaft bildet. Die Verwirklichung des Sozialismus aber durch eine Minderheit ist bedingungslos ausgeschlossen, da gerade die Idee des Sozialismus selbst die Herrschaft einer Minderheit ausschließt.“ Dieser Artikel von 1906 nahm die berühmte Broschüre von 1918 über die Russische Revolution vorweg und kündigte sie an. Im Gegensatz zu den orthodoxen Sozialisten der deutschen Sozialdemokratie begrüßte sie die Revolution und die Bolschewiki, die es „gewagt haben“, dem internationalen Proletariat den Weg zu öffnen, indem sie die Macht übernahmen. Sie unterstrich die Verantwortung, die sich daraus für die europäischen Revolutionäre, angefangen bei den Deutschen, ergibt: „In Rußland

konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden. Und *in diesem Sinne* gehört die Zukunft überall dem Bolschewismus.“ Die Zukunft der russischen Revolution würde sich also vorwiegend in der europäischen und weltweiten Arena entscheiden.

Nichtsdestotrotz behielten auch die russischen Bolschewiken ihren Teil an der Verantwortung. Rosa kritisierte deren Maßnahmen hinsichtlich der Agrarreform und der nationalen Frage. Indem sie kein gesellschaftliches Eigentum, sondern eine neue Form von privatem Agrareigentum schafften, verschärften die Parzellierung des Großgrundbesitzes die „Eigentumsunterschiede auf dem Lande“ und erzeugten „eine enorm angewachsene Masse des besitzenden Bauerntums“,²⁵ dessen Interessen zwangsläufig in Widerspruch zu denen des Proletariats treten würden. Ebenso führte die verallgemeinerte Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen des Zarenreichs nur zur „Selbstbestimmung“ der herrschenden Klassen dieser unterdrückten Nationen, denn „Separatismus“ ist „ein bürgerlicher Fallstrick“. Lenin und seine Freunde „bauschen diese lächerliche Posse von ein paar Universitätsprofessoren und Studenten künstlich zu einem politischen Faktor auf.“ In Fragen der Agrar- und Nationalitätenpolitik sündigten die Bolschewiki durch ein Übermaß an demokratischen Illusionen, während sie umgekehrt die Gefahren für die Demokratie in der institutionellen Frage unterschätzten.

Die Frage der verfassungsgebenden Versammlung

Es ging hier um die berühmte Debatte über die Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung. Rosa war nicht taub für die Argumente, dass „diese überholte“ und daher „tot geborene Konstituierende Versammlung kassiert“ werden musste, da sie die revolutionäre Dynamik verschleppte, sowohl durch ihre „schwerfälligen Wahlkörper“ als auch durch das Zerrbild, das sie vom Land lieferte. Aber dann „ergab sich der Schluß [...], ungesäumt Neuwahlen zu einer neuen Konstituante auszuschreiben.“ Jedoch schlossen Lenin und Trotzki (in seiner Broschüre über *Die Lehren des Oktober* von 1923) prinzipiell jede Form der von den Austro-Marxisten befürworteten „gemischten Demokratie“ aus.

In Trotzki's Augen waren diejenigen, die in der Partei die Konstituierende Versammlung fetischisierten, dieselben, die durch ihren Legalismus vor der Entscheidung zum Aufstand gezögert hatten. Wenn im Oktober der Aufstand „in das Fahrwasser der Sowjets geleitet und agitatorisch mit dem zweiten Sowjetkongreß verbunden“ wurde, so war

das seiner Meinung nach „keine Prinzipienfrage, sondern eher technischer Art [...] wenn auch von großer praktischer Bedeutung“. Diese Verschränkung von militärischen Entscheidungen und demokratischen Institutionen führte zu einer Verwirrung über die Rollen zwischen Partei und Staat, aber auch zwischen dem revolutionären Ausnahmezustand und der demokratischen Herrschaft. Diese Verwirrung wurde in *Terrorismus und Kommunismus* auf die Spitze getrieben, einem Text, der ebenfalls in der Not des Bürgerkriegs, also der auf das Äußerste zugespitzten Form des Ausnahmezustands, geschrieben wurde.

Der Ansatz von Rosa Luxemburg war anders. Sie akzeptierte die von den Bolschewiki vorgebrachten Argumente für die Auflösung der Konstituierenden Versammlung, aber sie war besorgt über diese Gleichsetzung von Ausnahme und Regel: „Das Gefährliche beginnt dort, wo sie [die bolschewistischen Führer] aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“ Was auf dem Spiel stand, über die Frage der Konstituierenden Versammlung hinaus, war die Vitalität und Effektivität der sozialistischen Demokratie selbst. Rosa unterstrich die Bedeutung der Volksstimmung, die nicht auf eine Attrappe oder ein Schattenspiel reduziert werden kann. Alle „geschichtliche Erfahrung[...] zeigt, daß das lebendige Fluidum der Volksstimmung beständig die Vertretungskörperschaften umspült, in sie eindringt, sie lenkt. Wie wäre es sonst möglich, daß wir in jedem bürgerlichen Parlament zu Zeiten die ergötzlichsten Kapriolen der Volksvertreter erleben, die, plötzlich von einem neuen Geist belebt, ganz unerwartete Töne hervorbringen, daß die vertrockneten Mumien sich zu Zeiten jugendlich gebärden und die verschiedenen Scheidemännchen auf einmal in ihrer Brust revolutionäre Töne finden – wenn es in den Fabriken, Werkstätten und auf der Straße rumort? Und diese ständige lebendige Einwirkung der Stimmung und der politischen Reife der Massen auf die gewählten Körperschaften sollte gerade in einer Revolution vor dem starren Schema der Parteischilder und Wahllisten versagen? Gerade umgekehrt! Gerade die Revolution schafft durch ihre Gluthitze jene dünne, vibrierende, empfängliche politische Luft, in der die Wellen der Volksstimmung, der Pulsschlag des Volkslebens augenblicklich in wunderbarer Weise auf die Vertretungskörperschaften einwirken.“ Anstatt diesen „Pulsschlag des Volkslebens“ zu unterdrücken, müssen Revolutionäre ihn schlagen lassen, denn er stellt „ein kräftiges Korrektiv zum schwerfälligen

Mechanismus der demokratischen Institutionen“ dar: „Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse ist, um so unmittelbarer und genauer ist die Wirkung – trotz starrer Parteischilder, veralteter Wahllisten etc. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“²⁶

Rosas Warnungen erhalten erst im Nachhinein ihre volle Bedeutung. Sie befürchtete 1918, dass vorübergehend gerechtfertigte Ausnahmemassnahmen im Namen einer rein instrumentellen Konzeption des Staates als Herrschaftsapparat einer Klasse über eine andere zur Regel werden würden. Die Revolution bestünde dann nur darin, die Akteure zu tauschen: „Lenin sagt, der bürgerliche Staat sei ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, der sozialistische zur Unterdrückung der Bourgeoisie. Es sei bloß gewissermaßen der auf den Kopf gestellte kapitalistische Staat. Diese vereinfachte Auffassung sieht von dem Wesentlichsten ab: die bürgerliche Klassenherrschaft braucht keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse enge Grenzen hinaus. Für die proletarische Diktatur ist sie das Lebenselement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag.“²⁷

Die neue Gesellschaft erfindet sich ohne Anleitung. Das Parteiprogramm bietet „nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen“, und selbst dann liefern diese Hinweise nur Anhaltspunkte und Vorbehalte und keine Dekrete. Gewiss, der Sozialismus „hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen – gegen Eigentum usw.“, aber: „Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme.“ Um diese Probleme zu lösen, ist die weitestgehende Freiheit, die weitestgehende Aktivität des größten Teils der Bevölkerung erforderlich. Nicht die Freiheit, sondern der Terror demokratisiert: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.“²⁸

In *Staat und Revolution* hat Lenin selbst erkannt, dass die politische Demokratie eine soziale Funktion hat. Einigen

Marxisten, für die das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker im Kapitalismus unerreichbar war und im Sozialismus überflüssig werden würde, antwortete er im Voraus: „Eine derartige, anscheinend geistreiche, in Wirklichkeit aber falsche Argumentation ließe sich über jede beliebige demokratische Einrichtung wiederholen [...] denn ein vollauf konsequenter Demokratismus ist unter dem Kapitalismus unmöglich, im Sozialismus wird aber jede Demokratie *absterben*. [...] Entwicklung der Demokratie *bis zu Ende*, Auffinden der *Formen* einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung in der *Praxis* usw. – das alles bildet eine der integrierten Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie für sich genommen, sondern er wird mit anderen Erscheinungen zusammengenommen, er wird seinen Einfluß auch auf die Ökonomie ausüben, *ihre* Umgestaltung fördern, dem Einfluß der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte.“²⁹

■ Übersetzung: MiWe

1 Karl Marx, *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*, MEW Band 7, S. 9–107, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, Band 8, S. 111–207, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, Band 17, S. 313–365

2 Karl Marx, *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*, MEW Band 7, S. 18 und 20

3 Jules Michelet, *Das Volk*, 1846. Bereits 1832 erklärte Louis-Auguste Blanqui in seinem *Bericht an die Gesellschaft der Volksfreunde*: „Man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass zwischen den Klassen, die eine Nation bilden, ein Krieg auf Leben und Tod herrscht.“ (Blanqui, *Il faut des armes*, Paris, La fabrique, 2007, S. 80)

4 Jules Michelet, *Geschichte der Französischen Revolution*, Ffm. 1988

5 Blanqui, *ibid*, S. 176

6 Marx, *ibid*, S. 89

7 Karl Marx/Friedrich Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850“ MEW 7, S. 254

8 Friedrich Engels, *Po und Rhein*, MEW Band 13, S. 267

9 MEW 22, S. 189

10 Maximilien Rubel, *Karl Marx devant le bonapartisme*, in der Neuausgabe von Karl Marx, *Les luttes de classes en France*, Paris, 2002

11 Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts*, MEW, Band 1, S. 248

12 MEW 1, S. 249 f.

13 Karl Marx: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW 17, S. 340

- 14** Karl Marx, *Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW, Band 17, S. 596
- 15** Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich* MEW 17, S. 340 und 341
- 16** Karl Marx, *Erster Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW, Band 17, S. 560
- 17** *ibid* S. 564 und 568
- 18** Friedrich Engels, *Einleitung [zu Der Bürgerkrieg in Frankreich von Karl Marx]*, MEW, Band 22, S. 199
- 19** Karl Marx, *Erster Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW, Band 17, S. 545
- 20** *ibid* S. 546
- 21** Karl Marx, *Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW, Band 17, S. 591
- 22** Karl Marx, *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*, MEW Band 7, S. 33
- 23** Karl Marx, *Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW, Band 17, S. 596
- 24** Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW 17, S. 340. Bei Lenin gelten in *Staat und Revolution* die Prinzipien der Verantwortlichkeit und Absetzbarkeit, nicht jedoch das imperative Mandat.
- 25** Rosa Luxemburg: „Zur russischen Revolution“ in R. L. *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 345
- 26** Rosa Luxemburg, *ibid*, S. 355
- 27** Rosa Luxemburg, *ibid*, S. 359
- 28** Rosa Luxemburg, *ibid*, S. 362
- 29** W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, in *Lenin Werke*, Bd. 25, S. 466



Bücher zum Werk von Ernest Mandel



Gilbert Achcar (Hrsg.)
Gerechtigkeit und Solidarität

Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus
287 Seiten, 18,00 Euro
2003, ISBN 978-3-929008-44-9
nur ab Verlag lieferbar

Das Buch enthält die Beiträge eines wissenschaftlichen Symposiums zum Werk von Ernest Mandel, das im Juli 1996 in Amsterdam stattfand. Zusätzlich enthält das Buch eine biographische Skizze von *Gilbert Achcar* über Ernest Mandel sowie eine Bibliografie der Werke und Artikel Mandels, die von *Christoph Jünke* und *Wilfried Dubois* zusammengestellt wurde. Von *Ernest Mandel* selbst sind im Buch zwei Beiträge: »Über die materiellen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des nazistischen Genozids« und »Zur Lage und Zukunft des Sozialismus«.



Manuel Kellner
Gegen Kapitalismus und Bürokratie – zur sozialistischen Strategie bei Ernest Mandel

Wissenschaft & Forschung 22
464 Seiten, 36,00 Euro
2009, ISBN 978-389-900-022-1

Manuel Kellners Arbeit ist die erste deutsche Dissertation zum theoretischen Werk von Ernest Mandel. Sie behandelt insbesondere seine Kritik des zeitgenössischen Kapitalismus und der bürokratischen Regime Osteuropas, seine Vorstellungen von einem freiheitlichen Sozialismus als »freier Assoziation der ProduzentInnen«, seine Debattenbeiträge zur antikapitalistischen Strategie und zum Aufbau neuer revolutionärer Organisationen, die in die Lage versetzt werden sollten, den Einfluss des Reformismus zurückzudrängen und die Mehrheit der Arbeitenden zu gewinnen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

„SIE WAR UND BLEIBT EIN ADLER“

Wir schreiben das Jahr 1986. Im *Vorwärts*, der Parteizeitung der SPD, stand zu lesen: „Diese Blutspur (vom Mord an Luxemburg / Liebknecht über Auschwitz und Dachau, Benno Ohnesorg, Rudi Dutschke und Stammheim bis zu Günter Sare ...) ist das Kainsmal der immer noch herrschenden Klasse, ist das Kainsmal ihrer nationalen Geschichte, die eine Geschichte der Abtreibung ihrer schöneren, menschlicheren Möglichkeiten war – Abtreibungen, an denen übrigens die SPD der Eberts und Scheidemänner, der Lebers und Schmidts stets staatstragend mitwirkte.“

■ **Jakob Moneta**

Der dies schrieb, wurde entlassen. Obwohl er die immer noch herrschende Klasse und nicht die SPD für diese „Blutspur“ verantwortlich machte. Daß diese sich jedoch an der Abtreibung der „schöneren menschlichen Möglichkeiten“ beteiligte – 1914 durch die Bewilligung der Kriegskredite, 1918 durch Verhinderung der Räterepublik, 1933 durch Mitverantwortung an der Niederlage der Arbeiter – läßt sich schlechterdings nicht leugnen.

Rosa Luxemburg steht für die Weigerung, sich unter Opferung der Lebens- und Überlebensinteressen der Lohnabhängigen und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten der bürgerlichen Ordnung anzupassen. Damit ist sie heute, wo die gleiche Politik der herrschenden Klasse die Gefahr der atomaren Zerstörung der Menschheit heraufbeschwört, wo die Sozialdemokratie noch deutlicher als damals sich an die bestehenden Verhältnisse gekettet hat, aktueller denn je. Rosa Luxemburg, unversöhnliche Kämpferin gegen die kapitalistische Ausbeutung, frühe Warnerin vor der bürokratischen Entartung der jungen Räte-Macht in Rußland, wurde nicht selten von Sozialdemokraten vereinnahmt. War sie nicht „weniger hart“, „menschlicher“ als die Bolschewisten, als Lenin und Trotzki? Als sie sich gegen das imperialistische Schlachten gewandt hatte, als

sie nach dem Ersten Weltkrieg für die Machteroberung der Räte in Deutschland, für die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und gegen die konterrevolutionäre Politik der Mehrheitssozialdemokratie antrat, hat man ihr solche Blumen nicht zugeworfen, sondern bejubelte ihre feige Ermordung durch eine schamlose Soldateska.

Wie es in einer revolutionären Strömung, in einer revolutionären Partei üblich ist, gab es unter den internationalistischen, sozialistisch-revolutionären Kräften stets Meinungsverschiedenheiten über Fragen unterschiedlichen Gewichts, Fragen der Einschätzung, der Strategie, der Taktik. So gab es Meinungsverschiedenheiten auch zwischen Luxemburg und Lenin; und es geht hier nicht darum zu beurteilen, wer in welchem Falle mehr recht hatte. Es ist aber nützlich, das Verhältnis zurechtzurücken, in dem diese Meinungsverschiedenheiten zum Boden revolutionärer internationalistischer Gemeinsamkeit standen, was von interessierter – sozialdemokratischer und stalinistischer Seite – gern geleugnet wird.

Rosa und Lenin

Nicht aus Hochachtung für die Märtyrerin Rosa Luxemburg nach ihrer Ermordung, sondern drei Jahre später –

Ende Februar 1922 – schrieb Lenin: „Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens; sie irrte 1902 in der Beurteilung des Menschewismus; sie irrte in der Theorie der Akkumulation des Kapitals; sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u. a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst nach der Entlassung aus dem Gefängnis Ende 1918 und Anfang 1919 ihre Fehler zum großen Teil korrigierte). Aber trotz aller dieser Fehler war sie und bleibt sie ein Adler; und nicht nur die Erinnerung an sie wird den Kommunisten der ganzen Welt immer teuer sein, sondern ihre Biographie und die *vollständige* Ausgabe ihrer Werke (mit der sich die deutschen Kommunisten in unmöglicher Weise verspäten, was nur teilweise mit den unerhört vielen Opfern in ihrem schweren Kampf zu entschuldigen ist) werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt.“ (Lenin, *Werke*, Berlin [Dietz Verlag] 1962, Bd. 22, S. 195.)

Lenin hätte sich damals nicht träumen lassen, daß ausgerechnet in der Sowjetunion im Jahre 1931 Stalin durch einen „Leserbrief“ an die Redaktion der Zeitschrift *Proletarskaja Rewolucija*, in dem er gegen die Veröffentlichung eines Diskussionsartikels von Sluzki protestierte, der angeblich „parteifeindlich und halbtrotzkistisch“ sei, eine Unterbrechung aller Forschungsarbeit und Publizierung der Werke von Rosa Luxemburg um mehr als zwei Jahrzehnte bewirken würde. Der Titel von Sluzkis Artikel lautete: „Die Bolschewiki über die deutsche Sozialdemokratie in der Periode ihrer Vorkriegskrise“.

Bekanntlich hatte Rosa Luxemburg *vor* Lenin die Gefahren der Bürokratisierung der deutschen Gewerkschaften und der SPD erkannt und den Kampf gegen das „linke Zentrum“ Kautskys aufgenommen. Stalin nahm diese historische Tatsache zum Anlaß, um scheinbar Lenin in Schutz zu nehmen und einige Breitseiten gegen „trotzkistische Schmuggler“ loszulassen, mit denen man keine „literarische Diskussion“ zulassen dürfe. Damit war aber zugleich das Urteil über Rosa Luxemburg gefällt. Bewundern muß man im Nachhinein Stalins richtigen Instinkt: Er spürte bereits 1931, daß er und Rosa Luxemburg auf völlig verschiedenen politischen Wellenlängen liegen.

Ihre Briefe

Feliks Tych, der Rosas Briefwechsel mit Leo Jogiches herausgegeben hat, nennt diesen „fast eine Enzyklopädie des Wissens über die damalige sozialistische Bewegung“. Er stellte auch „eine erstaunliche Einheit ganz persönli-

cher und politischer Momente“ dar. Selten begegne man Texten, „die solch eine subtile Vivisektion psychologischer Motive des politischen Handelns hervorragender Führer erlauben“ wie in diesen publizierten Briefen.

Was aber ebenso verblüfft in Rosas Briefwechsel (siehe die ausgezeichnete fünfbändige Ausgabe des Dietz Verlags der DDR, 1984) ist ihr unersättlicher Wissensdurst auf fast allen Gebieten, ihre Gabe, Wissen weiter zu geben, die sie bereits als Lehrerin der sozialdemokratischen Parteischule so glänzend bewiesen hat, ihr Einfühlungsvermögen in andere Menschen und wie sie – die fast den ganzen Krieg über unrechtmäßige Haft erleiden mußte, andere zu trösten versteht.

Da heißt es in einem Brief vom 12. Januar 1918 aus dem Gefängnis in Breslau: „Sie schreiben mir viel zu elegisch! Trotz allem soll man nicht hoffnungslos sein. *Lachen* Sie über den ganzen Jammer: Er ist eben so groß, daß die Geschichte sich schon selbst auf die Beine machen muß, um ihn wegzuräumen. Und das wird sie, seien Sie unbesorgt! Die Geschichte allein weiß Rat für ihre eigenen Sorgen, und sie hat schon manchen Misthaufen in die Luft gesprengt, der ihr im Wege stand. Je hoffnungsloser es aussieht, umso gründlicher wird dann die Säuberung sein.“

Oder aus einem Brief an Rosi Wolfstein vom 8. März 1918 (sie wurde später die Frau von Paul Fröhlich): „Wenn man bloß mit dem ‚Glück im Winkel‘, das ich nun im vierten Jahr genieße, auskommen könnte! Aber die Weltgeschichte kommt einem ja vor wie ein schlechtes Buch, ein Kolportageroman, wo grelle Effekte und Bluttaten sich in roher Übertreibung häufen und wo man keine Menschen, keine Charaktere, sondern Holzpuppen handeln sieht. Leider kann man dieses schlechte Buch nicht aus der Hand schmeißen, man muß sich durchbeißen. Und doch – sie bewegt sich. Ich verzweifle nicht einen Augenblick an der geschichtlichen Dialektik ...“

Genauso ernst ging sie zum Beispiel auf Pflanzenkunde ein und verriet eine erstaunliche Kenntnis der Natur. Am 18. September 1918 schrieb sie ihrer Sekretärin Mathilde Jacob (sie wurde von den Nazis ermordet): „Die eine violette Blume, die Sie nicht kannten, heißt ... *Beinwell*, das weiße Blümchen mit grünlichen Streifen, nach dem Sie fragten, ist das *Sumpferzblatt*, in Österreich Studentenröschen genannt, auf Latein *Parnassia Palustris* ...“

Rosa und die Sozialdemokratie

Rosa Luxemburg ist von den „Zentristen“, dem linken marxistischen Flügel in der Sozialdemokratie um Kautsky, mit dem sie zuvor den „Revisionismus“ von Bernstein

bekämpft hatte, der Vorwurf gemacht worden, sie übertrage einfach mechanisch Kampfmethoden der Russischen Revolution 1905 auf die deutschen Verhältnisse.

Die Lektüre ihrer wohl bedeutendsten Schrift über die Taktik der Arbeiterbewegung – Massenstreik, Partei und Gewerkschaften – genügt, um sich vom Gegenteil zu überzeugen. Schreibt sie nicht, daß alle auf dem „Boden der abstrakten unhistorischen Betrachtungsweise stehen“, die in Deutschland entweder den Massenstreik „auf dem Wege eines Vorstandsbeschlusses auf einen bestimmten Kalendertag ansetzen möchten“ oder aber ihn aus der Welt schaffen wollen, indem sie verbieten, ihn zu propagieren, wie es der Gewerkschaftstag in Köln (Mai 1905) getan hat?

Der Massenstreik sei kein bloßes „technisches Kampfmittel“, eine Art Taschenmesser, das man „für alle Fälle“ zusammengeklappt bereithalten oder auch nach Beschluß „aufklappen und gebrauchen kann.“ Die Russische Revolution (von 1905) lehre, daß er sich „in gewissen Momenten aus den sozialen Verhältnissen mit geschichtlicher Notwendigkeit ergibt“. Darum müsse man diejenigen Momente und sozialen Verhältnisse erforschen, aus denen der Massenstreik in einer bestimmten Phase des Klassenkampfes erwächst! „Mit der Psychologie eines Gewerkschaftlers, der sich auf keine Arbeitsruhe bei der Maifeier einläßt, bevor ihm eine genau bestimmte Unterstützung für den Fall seiner Maßregelung im Voraus zugesichert wird, läßt sich weder Revolution noch Massenstreik machen.“

Allerdings verwandle sich im Sturm der Revolution der Proletarier sehr leicht in einen „Revolutionsromantiker“, für den „sogar das höchste Gut, nämlich das Leben, geschweige das materielle Wohlbefinden, im Vergleich mit den Kampffidealen geringen Wert besitzt“.

Es sei schwer vorauszusehen, welche Momente zu sozialen Explosionen führen können. Die Aufgabe der Initiative und Leitung bestehe deshalb nicht „im Kommandieren aus freien Stücken, sondern in der möglichst geschickten Anpassung an die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Massen“.

Selbständiges Handeln

Ihr Verständnis von der entscheidenden Funktion der Massenaktion führte Rosa Luxemburg zum Bruch mit der „sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ von SPD-Abgeordneten, die unter Durchbrechung der Funktionsdisziplin im Dezember 1915 und im März 1916 gegen die Bewilligung von Kriegskrediten gestimmt hatten.

In *Spartacus* Nr. 1 vom 20. September 1916 schrieb sie aus dem Gefängnis: „Genauso wie zu Beginn des Krieges

der Kadavergehorsam der Millionen Arbeiter die Partei wie eine preußische Soldatenkolonne auf das Geheiß der hundertzehn Mann im Reichstage schweigend kehrt um machen ließ, ebenso nimmt schon die Umkehr der Massen zurück zum Sozialismus die groteske Form der geistlosen Jasagerei zu der Kreditverweigerung im Reichstag an. Die parlamentarische Aktion [die Verweigerung der Kriegskredite – d. Red.] des Dutzends oder einiger Dutzend Abgeordneter ist also immer das gegebene, *die* Politik, die Achse des Lebens, der Nabel der Welt, die Massen sind nur der Chor, die dazu Ja oder – in seltenen Fällen – Nein sagen. Als ob die Schicksale des Krieges und des Friedens heute noch im Parlament entschieden werden könnten! Als ob die Aktion der sozialdemokratischen Parlamentarier heute noch eine andere Bedeutung, einen anderen Zweck hätte, als den Massen klarzumachen – daß sie nichts vom Reichstag, daß sie *alles* nur von sich selbst zu erwarten haben, als sie zu diesem selbständigen Handeln durch Wort und Beispiel aufzurütteln, aufzupeitschen! Die Mauern der Säbeldiktatur und der imperialistischen Blutherrschaft werden nicht vor den Posaunenstößen der Reichstagsreden und Abstimmungen fallen und noch weniger vor den schüchternen Versuchen auf der Hirtenflöte einer bescheidenen und tugendhaften Opposition. Nur die rücksichtslose Machtentfaltung der Volksmassen kann dieses Wunder fertig bringen. Und wenn die Kreditbewilligung im Reichstag allerdings zum Springpunkt und zur Losung der gesamten Politik des Sozialdemokratischen Verrats wurde, so ist umgekehrt die Ablehnung der Kredite im Reichstag mitnichten das A und O der Rückkehr zur sozialistischen Politik, vielmehr nur ein Detail, ein schwacher Anfang einer Politik, deren ganzer Schwerpunkt außerhalb des Parlaments, in Massenaktionen liegt.“

Rosa Luxemburg war nicht nur und bleibt ein Adler, sie war und ist einer der bedeutendsten theoretischen Köpfe der Arbeiterbewegung, zugleich aber auch hervorragende Lehrerin für Strategie und Taktik ihrer Kämpfe, in denen Geist und Tat eine unzertrennliche Einheit bilden müssen.

Jakob Moneta schrieb diesen Text als Vorwort zu Ernest Mandel, Karl Radek, *Rosa Luxemburg – Leben, Kampf, Tod*, Frankfurt / M. (ISP-Verlag) 1986. Siehe auch *Inprekorr* Nr. 279 von Januar 1995. Wir haben offensichtliche Fehler korrigiert, aber die damalige Schreibweise nicht verändert.



12./13. Juni 2021:

Ökosozialistische Konferenz der ISO

offline und im Grünen

Welch ein schreiender Gegensatz: Hier eine sich dramatisch zuspitzende Katastrophe im Verhältnis des Menschen zur Natur – von der CoVid 19 ein Ausdruck ist. Ein Beweis mehr, dass der Markt es nicht richtet und dass kapitalistische Staaten und Formationen auf der ganzen Linie versagen.

Als wäre der ganz alltägliche profitgetriebene Irrsinn mit seiner Arbeitsverdichtung, Prekarisierung und Privatisierung nicht bereits unerträglich, bekommen wir jetzt vermehrt die Quittung für den kapitalistischen Raubbau an der Natur. Und damit erreichen wir eine Phase, in der es um nicht weniger geht als das Überleben der Menschheit bzw. der Zivilisation.

Die Pandemie hat viel mit dem Verhältnis von Menschen und Natur zu tun – trotzdem scheint sie für die Herrschenden kein Anlass zum grundsätzlichen Umsteuern zu sein. Wir erleben sogar, wie diese Katastrophe zwar in aller Munde ist, aber weiter verdrängt wird. Wir wollen dagegenhalten.

Wir sind überzeugt: Wenn es linker Politik nicht gelingt, eine ökosozialistische Perspektive zu formulieren und praktisch zu leben, radikalisieren sich die herrschenden Verhältnisse und wenden sich zunehmend gegen die Interessen der Menschheit insgesamt.

Wo können wir ansetzen? Und wer soll es tun? Darüber wollen wir am 12. und 13. Juni im Tagungszentrum Schieferpark Lehesten in Thüringen auf der Ökosozialistischen Konferenz beraten.

Und zwar physisch, nicht digital. Wir wollen die Isolation durchbrechen – auf verantwortungsvolle Weise. Wir haben viel Platz. Drinnen und im Freien – ein Konzept, das eine maximale Sicherheit für die Teilnehmenden gewährleistet: mit täglichen Schnelltests und einem Tagungsort, der geradezu dazu einlädt, die Hygiene- und Abstandsregeln einzuhalten.

Einzelheiten zum Programm: <https://intersoz.org/>

Tagungs- und Seminarzentrum Schieferpark Lehesten: <http://schieferpark.de/>

Um das alles umzusetzen, ist eine verbindliche Anmeldung dringend vonnöten. Bitte schickt diese an: konferenz@intersoz.org.

Wir freuen uns darauf, euch wieder in die Augen zu schauen und für eine Welt zu streiten, die sich der Zukunft stellt, statt die Katastrophe zu verdrängen.

Es wird sich lohnen!

Internationale Sozialistische Organisation (ISO)/Vierte Internationale

www.intersoz.org – facebook.com/intersoz.org – iso@intersoz.org – twitter.com/InterSozOrg

Kontakt: iso@intersoz.org

V.i.S.d.P.: Angela Klein, c/o SoZ, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln

